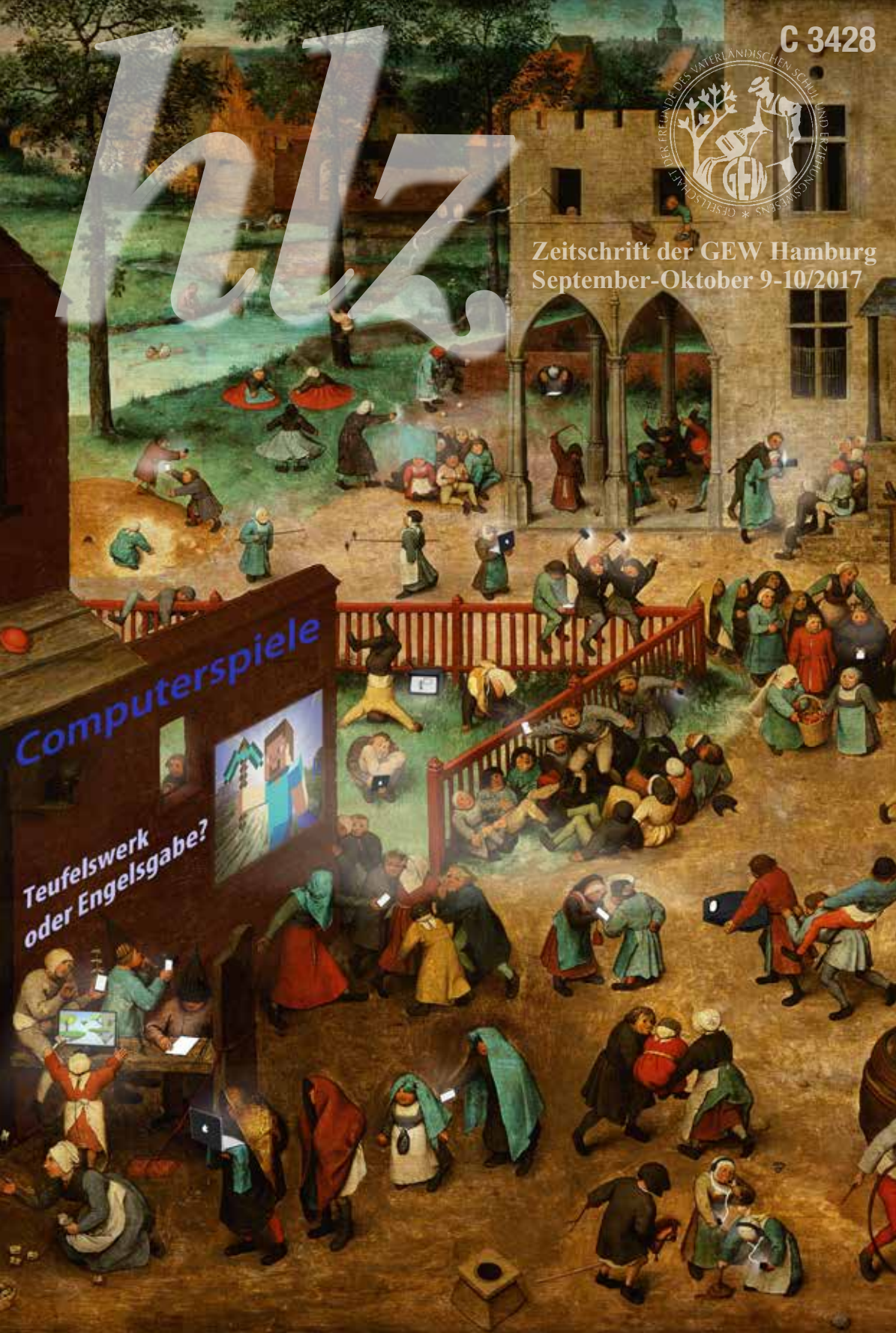




Zeitschrift der GEW Hamburg
September-Oktober 9-10/2017

MLZ



Wissen Sie,
wir Deutschen
sind ganz anders
als das Bild, das
man von uns
hat.

Stömmt!



OKTOBERFEST.



Die GEW Hamburg wünscht allen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern einen guten Schuljahresbeginn 2017/18 und erwartet von der Schulbehörde, die inklusiven Lernbedingungen zu verbessern sowie die Bezahlung der Lehrkräfte anzugleichen.

Der Erfolg der Volksinitiative „Gute Inklusion an Hamburger Schulen“, die kurz nach der Hälfte der vorgesehenen sechs Monate über 24.000 Unterschriften gesammelt hat, zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der personellen und räumlichen Ausstattung der Schulen einen deutlichen Nachbesserungsbedarf sehen. Deshalb begrüßt die GEW die Vereinbarung eines konkreten Verhandlungsfahrplans zwischen den Regierungsfractionen und der Volksinitiative „Gute Inklusion“ für Hamburgs Schüler_innen. Inklusion kann nur durch die Kopplung von Qualitätsentwicklung und ausreichenden Ressourcen gelingen. Ist das System unterfinanziert, kann auch Qualitätsentwicklung nicht gelingen.

In diesem Kontext veranstaltet das Hamburger Bündnis für schulische Inklusion zusammen mit weiteren Organisation am 6./7.10 seine dritte Fachtagung, bei der es u.a. um die Frage geht, wie Schüler_innen mit herausfor-

derndem Verhalten gemeinsam mit anderen ihre Potentiale entwickeln können.

Auch beim Thema faire Bezahlung werden wir nicht lockerlassen. In allen Schulformen wird auf hohem Niveau gearbeitet. Die Behörde hat mit einer verbesserten Bezahlung, nämlich A14 für Schulleitungen an kleinen Grundschulen, auch ihre Wertschätzung ausgedrückt. Wir fordern deshalb, auch den nächsten Schritt zu machen und die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte an Grund- und Stadtteilschulen in Hamburg mit A13 bzw. E13 fair zu bezahlen! Die hohen Qualitätsansprüche von inklusivem Unterricht und ganztägigem Lernen sollten auch bei Grund- und Stadtteilschulen mit einer vol-

Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt, Sven Quiring

Inklusive Lernbedingungen und faire Bezahlung!

len Ausbildung zu einer gleichen Eingangsbesoldung führen. Das muss selbstverständlich sein!

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Gesundheitsschutz. Am 10.10. führen wir einen Fachtag „Gesundheitsschutz an

Schulen verankern“ durch, der dabei helfen soll, die Situation an Schulen zu analysieren und einzuordnen und Impulse zu geben, in der gewerkschaftlichen Aktion für besseren Gesundheitsschutz an Schulen voran zu kommen. Wir freuen uns auf einen Austausch und viele Gespräche und Diskussionen in entspannter Atmosphäre!

Hinweisen möchten wir euch schon jetzt auf verschiedene weitere Veranstaltungen in diesem Halbjahr.

Am 6.11. startet eine Veranstaltungsreihe von GEW, ver.di und der Konferenz des akademischen Personals an der Uni Hamburg (KAP) zum Thema „Der Code of Conduct für gute Arbeit in der Wissenschaft – Was läuft gut, wo muss noch wie nachgesteuert werden?“ mit einer Diskussionsrunde mit Vertreter_innen der Bürgerschaftsparteien. Bei einer Folgeveranstaltung werden wir mit den Staatsrät_innen aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen über diese Thematik reden.

Am 3.11. laden wir herzlich ein zu einer Veranstaltung der GEW Hamburg und des Fachschaftrats Jura der Uni Hamburg „Niemand redet mehr von Berufsverboten – wir schon!“ Anlässlich

des 45. Jahrestages des Radikalerlerntages fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, die Betroffenen zu rehabilitieren.

Zu allen Veranstaltungen seid ihr herzlich eingeladen. Auf ein gutes Halbjahr!



Foto: hlz

Zahltag Seite 8
 Nachdem in Berlin für alle Lehrkräfte A 13 durchgesetzt und in Schleswig-Holstein Teilerfolge hierzu erzielt werden konnten, ist nun Hamburg dran.

Berufsschulen Seite 17
 Auch wenn die HIBB-Leitung es anders sieht, die Fachgruppe Berufliche Schulen ist alarmiert: über die Veränderung der Studententafel zu Ungunsten der allgemeinbildenden Fächer. Verheerend in Zeiten zunehmender Orientierungslosigkeit bei einem Teil der Jugendlichen.

Uni Seite 18
 Man hatte sich längst auf Eckpunkte geeinigt, die u.a. eine deutliche Reduzierung bis Verzicht auf Fristverträge vorsah. Eine Gutachterkommission zur Lage der erziehungswissenschaftlichen Fakultät stellt nun Vieles wieder infrage.

Kita Seite 14
 Auch wenn der Senat sich mit den Erfolgen in der Kita-Personalausstattung zu schmücken versucht – das präsentierte Zahlenwerk entspricht nicht der realen Situation. Ohne politischen Druck wird sich daran nichts ändern. Die Betroffenen sehen sich deshalb gezwungen, eine Volksinitiative zu starten.



Foto: hlz

GEW

JA13 8
 Kampagne gestartet _____ 8

Sportausschuss 20
 Neuer Schwung _____ 20

Antirassismus 45
 Der Fonds der GEW _____ 45

Salon 53
 Täterprofile II _____ 53

Verbandsgeschichte 1 54
 Weiter geht's _____ 54

Verbandsgeschichte 2 55
 Vom Umgang mit Dokumenten _____ 55

Nachruf 60
 Angelika Schlichting _____ 60

Magazin

Berufsverbote 32
 Interview mit Expertin _____ 32

Sozialarbeit 36
 100 Jahre Sozialarbeitsausbildung
 Teil 2 _____ 36

Veranstaltungsreihe 40
 Geschichtsdebatte _____ 40

Gedenkstätte 43
 Einweihung im Lohsepark _____ 43

Curiohaus-Prozesse 46
 Der Sasel-Case _____ 46

Rezension 48
 „Vergesst ja den Nette nicht“ _____ 48

IFL/LI 52
 Aufarbeitung fällig _____ 52

Fair childhood 58
 Projekt in Mali _____ 58

Schwerpunkt

Computerspiele
Teufelswerk oder Engelsgabe? ————— 22

Bildungspolitik

Kita 1
Volksini kommt in Fahrt ————— 14

Kita 2
Hintergrund der Volksini ————— 15

Kita 3
Offene Liste zur Betriebsratswahl ————— 16

Berufsschulen
Allgemeinbildung auf dem Abstellgleis — 17

Uni
Mehr Fragen als Antworten ————— 18

Rubriken

hlz-Notiz ————— 3

Leser_innenbriefe / Nachrichten ————— 6

gb@-Seminare ————— 44

GEW-Termine ————— 62

Impressum ————— 62

Rätsel ————— 63

Aus der Nachlese... ————— 64



Foto: gamescom

Gegen den Strich? Seite 26
Trotz vieler skeptischer bis ablehnender Stimmen nicht nur im Lehrer_innenzimmer ist unser Kollege Kay Anker vom Friedrich-Ebert-Gymnasium in Harburg davon überzeugt, dass der Einsatz von Computerspielen in der Schule Sinn macht. Ein Gespräch mit ihm.

Berufsverbote Seite 32
Was treibt eine junge Wissenschaftlerin dazu, sich über dieses unsägliche Kapitel deutscher Geschichte Gedanken zu machen und eine Dissertation darüber zu schreiben? Ein Interview mit ihr am Vorabend des 45. Jahrestages des Radikalerlasses.

Reflexion statt Rezension Seite 48
Unser langjähriges inzwischen ausgeschiedenes Redaktionsmitglied Stefan Gierlich macht sich Gedanken zum Buch des Kollegen Bernhard Netze, der mit seinem Nazi-Großvater abrechnet.

Fair childhood Seite 58
Dank des Engagements von Kolleg_innen können wir in letzter Zeit vermehrt auf aktuelle Berichte dieser GEW-Stiftung zurückgreifen. Ein Bericht aus Mali.



Foto: Bildungsinternationale

„GEW-Geschichte – es geht weiter“

hlz 7-8/2017, S. 57

Hans-Peter de Lorent sammelt erzählte Geschichten zu Max Träger und führt sie zu seiner Geschichtsschreibung zusammen. Demnach war der erste GEW-Bundesvorsitzende fast ein Held, den man einen NS-Mitläufer keinesfalls nennen darf.

Wie aber kam es, dass nach 92 Prozent Mitgliedschaft der Hamburger Lehrer_innen in der „Gesellschaft der Freunde“ 1932 ein Jahr später 97 Prozent Mitglieder des NS-Lehrerbundes waren? – Max Träger ging voran! Er führte die „Gesellschaft der Freunde“ in den NSLB, um Einfluss auf Sozialleistungen zu behalten: Die Gesellschaft wurde zunächst zu einer NSLB-Gliederung, löste sich dann in den NS-Verband auf.

Dennoch wird Benjamin Ortmeier ultimativ aufgefordert, Träger keinen „Mitläufer“ zu nennen? – Absurd!

Durch de Lorent wurde eine Auseinandersetzung auf dem Niveau aktueller wissenschaftlicher Frageperspektiven nicht eröffnet, sondern versperrt. Ist das gewollt? Immerhin: Die Hamburger GEW-Vorsitzenden folgen de Lorent demonstrativ. Zudem machen sie nun auch zu Ro 19 deutlich: Der Kurs früherer Hamburger GEW-Vorsitzender zum Thema Arisierung Ro 19 soll fortgesetzt werden.

So eröffnet man keine Debatte. So ist vielmehr schon wieder ein halber Schlussstrich gezogen...

BERTHOLD BRUNNER

neu

Hamburgs Berufsschüler sind nach der abgeschlossenen Fusion etlicher Schulen erstmals in einer neuen Struktur in den Unterricht gestartet. Nach einer drei Jahre dauernden Umbauphase gibt es statt 44 nur noch 32 Berufsschulen in der Hansestadt. Der Unterricht zu verwandten Ausbildungsberufen sei an bestimmten Standorten zusammengeführt worden, um die Expertise der Lehrer_innen zu bündeln, sagte Schulsenator Ties Rabe bei der Präsentation des Jahresberichts des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB). Laut Rabe sind von 2014 bis 2017 rund 400 Millionen Euro in Baumaßnahmen investiert worden.

ernüchternd

Nur 50 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Ausbildungsvorbereitung haben den Übergang in eine Berufsausbildung oder in eine Beschäftigung geschafft, wie der Halbjahresbericht der Schulbehörde zeigt. Die Behauptung von Senator Rabe, dass eine Berufsausbildung die Aussicht auf einen höheren Schulabschluss biete, hat sich für nur 23 Prozent aller Absolvent_innen bewährt. Zudem hat die Zahl der nicht vermittelten Bewerber_innen im August einen neuen Höchststand erreicht: Knapp 2700 junge Menschen blieben laut DGB Jugend ohne Ausbildungsplatz.

altbekannt

Über ein Drittel der Auszubildenden leistet regelmäßige Überstunden. Fast bei genauso vielen (35,4 Prozent) liegt kein betrieb-

licher Ausbildungsplan vor, eine Überprüfung der Ausbildungsinhalte ist bei ihnen daher nur schwer möglich. Mehr als jede zehnte Azubi (11,5 Prozent) übt regelmäßig ausbildungsfremde Tätigkeiten aus. Die Abstimmung zwischen Betrieben und Berufsschulen ist oft schlecht. Das sind einige Ergebnisse des Ausbildungsreports, den die DGB-Jugend nun zum zwölften Mal in Folge vorstellte.

erschütternd

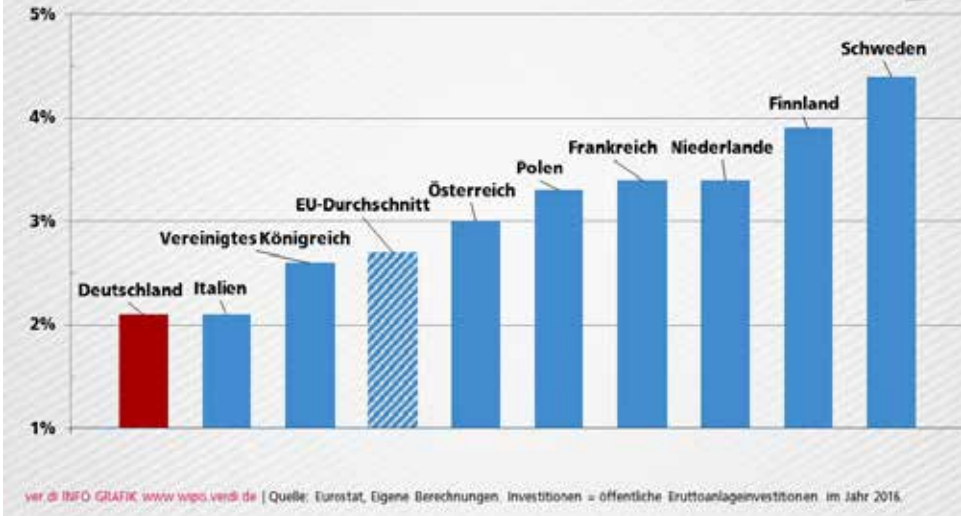
Der Anteil der nichterwerbstätigen jüngeren Menschen, die weder an Aus- noch an Fortbildung teilnehmen, steigt in der EU nach Angaben von Eurostat, dem europäischen Statistikamt, mit dem Alter deutlich an: Für die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen liegt die NEET-Rate (NEET = Not in Education, Employment or Training) im Jahr 2016 bei 6,1 Prozent, bei den 25- bis 29-Jährigen erreicht sie mit 18,8 Prozent den dreifachen Wert. Das Hauptaugenmerk richtet Eurostat auf die mittlere Altersklasse, also die 20- bis 24-Jährigen. Ihre NEET-Rate beträgt auf EU-Ebene 16,7 Prozent (wiederum 2016). Das sind fast 5 Millionen junge Menschen, eine Zahl, die in etwa der Gesamtbevölkerung von Irland entspricht.

erbärmlich

In 2016 galten 20,2 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland als arm bzw. armutsgefährdet (Mikrozensus), insgesamt 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche im Alter von unter 18 Jahren. In den Ländern reichte die Armutsgefährdungsquote in dieser Altersgruppe 2016 von 13,1 Pro-

Deutschland auf der Investitionsbremse Öffentliche Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt 2016

ver.di



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKÉ – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Seltsam, seltsam – Noch nie waren die öffentlichen Kassen so gut gefüllt, noch nie waren die Finanzierungsmöglichkeiten so günstig! Dabei liegt die Teuerungsrate unterhalb der gewünschten 2 Prozent-Marke. Vor allem aber könnte man im Rahmen einer gleich ausgerichteten Haushaltspolitik im Rahmen der Europäischen Union jene Ungleichgewichte verringern, die nicht unwesentlich die jetzige Krise verursacht haben und immer noch bestimmen. Aber der Heilige Gral, die Schwarze Null, scheint eine solche Strahlkraft zu erzeugen, die viele Politiker, allen voran unseren Finanzminister, blind macht. JG

zent in Bayern bis 36,6 Prozent im Land Bremen.

verantwortungslos

Bundesweit fehlen in Deutschland weit mehr als 3000 Lehrer_innen. Die Bilanz wäre noch schlechter, würden nicht zu Tausenden sogenannte Seiteneinsteiger_innen angestellt – ohne pädagogische Ausbildung Die *Süddeutsche* berichtet: Bevor Felix Oevermann das erste Mal vor einer Klasse stand, besuchte er einen Vorbereitungskurs. Das Seminar dauerte drei Tage, und am Ende entließ der Dozent die Teilnehmer_innen mit diesen Worten: „Die nächsten drei Monate geht es nur ums Überleben. Sie werden keine Freizeit haben und bis ans Ende Ihrer Kraft gehen müssen. Dann wird es besser.“ Genau so war es, sagt Oevermann.

herausfordernd

Der Hauptgrund des aktuellen Lehrer_innenmangels sei eine große Pensionierungswelle, die viele Nachbesetzungen erfordere und noch drei bis vier Jahre lang spürbar sein werde, sind sich die meisten Expert_innen einig. Im Schnitt sind die deutschen Lehrer_innen die Zweitältesten im gesamten OECD-Raum. Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben wie die Inklusion, die Integration Hunderttausender Flüchtlingskinder, der Ausbau der Ganztagschulen.

teuer

Im Bund und in vielen Bundesländern sinken die Schulden, nicht so in Hamburg und Schleswig-Holstein. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stieg die Verschuldung der Hansestadt zur Jahresmitte gegenüber

dem 30. Juni des Vorjahres um 7,3 Prozent auf 32,2 Milliarden Euro. In Schleswig-Holstein legte sie um 4,6 Prozent auf 28,8 Milliarden Euro zu. Als Hauptgrund gaben die Statistiker den kreditfinanzierten Ankauf von faulen Schiffskrediten der HSH Nordbank an.

gewendet

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien (CDU) hat die von der Landesregierung geplante Wiedereinführung des G9-Abiturs an den Gymnasien im Norden durchweg positiv bewertet. Die Schüler_innen sollten mehr Zeit zum Lernen, aber auch für andere Aktivitäten haben, sagte Prien. Das G8-Turbo-Abi habe sich als Fehler erwiesen, der gemäß dem Willen der Wähler_innen korrigiert werde.



Längst überfällig

Kampagne für einheitliche Lehrer_innenbesoldung gestartet

Seit 2015 verstärkt die GEW Hamburg ihre Forderung nach A13 Z (s. auch Artikel von Andreas Hamm) bzw. E 13 für alle Grund- und Mittelstufenlehrkräfte, die eine vollständige Lehrerausbildung mit erstem und zweitem Staatsexamen haben. Jetzt legen wir noch einmal nach und starten unsere Kampagne in Hamburg mit starker Unterstützung der GEW-Initiative „JA13!“ auf Bundesebene.

Welche Initiativen und Aktionen sind bereits gelaufen?

Gemeinsam mit den Landesverbänden Bremen und Schleswig-Holstein haben wir im Herbst 2015 an die sozialdemokratischen Bildungsverantwortlichen appelliert, die Bezahlung der Grundschul- und Sek-I-Lehrkräfte endlich den anderen Lehrämtern anzupassen. Mit unterschiedlichen Gründen lehnten die Bildungsverantwortlichen unsere Forderungen ab.

Bildungssenatorin Dr. Bogedan (SPD) in Bremen versteckte sich bei ihrer Antwort hinter dem Argument, dass sie als Senatorin eines sog. Nehmerlandes im

Rahmen des Länderfinanzausgleichs keine Verbesserung bei der Bezahlung von Grundschullehrkräften vornehmen könne. Die damalige Bildungsministerin Ernst (SPD) in Schleswig-Holstein schuf im Januar 2016 Fakten und manifestierte die ungerechte Bezahlung der Grundschullehrkräfte mit A12

In Hamburg ist Bildungssenator Rabe der Meinung, dass die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte sehr wohl A13 bzw. E13 verdient hätten, nur habe er dafür kein Geld

durch ein entsprechendes Besoldungsgesetz. Durch den Druck, den die GEW-Kolleg_innen in Schleswig-Holstein weiter machten, sah sich die Ministerin gezwungen, zumindest für die Kolleg_innen an den Gemeinschaftsschulen mehr Geld in Aussicht zu stellen. Aber auch

dieser angekündigte Schritt wurde erst umgesetzt, als die GEW-Kolleginnen und -Kollegen auf die Straße gegangen sind. Unter bestimmten Voraussetzungen und entsprechenden Fortbildungen wurden zum 1.12.2017 ca. 1200 Grund- und Hauptschullehrkräfte an Gemeinschaftsschulen nach A13 bzw. E13 befördert. Ein Skandal ist, dass die Lehrkräfte an den Grundschulen immer noch nicht berücksichtigt werden. Auch unter der neuen Bildungssenatorin Prien (CDU) hat sich daran nichts geändert.

In Hamburg ist Bildungssenator Rabe (SPD) der Meinung, dass die Grund- und Mittelstufenlehrkräfte sehr wohl A13 bzw. E13 verdient hätten, nur habe er dafür kein Geld. Dass der Hamburger rot-grüne Senat bei immer wieder stolz verkündeten Haushaltsüberschüssen nicht auch an eine gerechte Bezahlung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte denkt und nicht mit sich reden lässt, ist für die GEW nicht hinnehmbar.

Um den politischen Druck auf die sozialdemokratischen Bil-

dungsverantwortlichen zu erhöhen, haben die drei GEW-Landesvorsitzenden aus Bremen, Schleswig-Holstein und Hamburg eine Stellungnahme zum EqualPayDay am 19.3.2017 herausgegeben und sie aufgefordert, ihrem Werbeslogan „Gleiches Geld für gleichwertige Arbeit von Männer und Frauen“ nachzukommen und die Grundschullehrkräfte, die zu über 80 Prozent weiblich sind, endlich besser zu bezahlen. Eine von der GEW in Auftrag gegebene Studie belegt nämlich, dass aufgrund des hohen Anteils von Frauen in dieser Schulform die A12 Besoldung von Frauen an Grundschulen eine mittelbare Diskriminierung darstellt.

Auf den Hamburger Gewerkschaftstagen 2015, 2016 und 2017 haben wir immer wieder zu diesem Thema informiert, diskutiert und entsprechende Beschlüsse gefasst.

Außerdem haben wir uns in Hamburg besonders bei der Kommentierung des Ergebnisses der Expert_innenkommission zur Reform der Lehrer_innenbildung engagiert. Wir haben deutlich gemacht, dass wir gegen ein abgetrenntes Lehramt für Stadtteilschullehrkräfte sind und kritisieren die Reduzierung auf ein reines Grundschullehramt. Beides kann – neben der inhaltlichen Kritik, die wir daran haben – im Rahmen der Einkommensstruktur dafür herhalten, die niedrigere Bezahlung der Grund- und Mittelstufenlehrkräfte zu zementieren. Die gesetzliche Vorlage zur Neuordnung der Lehramtsausbildung ist momentan in der Abstimmung zwischen den Behörden. Die GEW Hamburg beobachtet dieses genau und wird entsprechend reagieren.

Senator Rabe hat mit der jetzt zum Schuljahresanfang in Kraft getretenen Besserstellung der Schulleitungen (A14) und Stellvertretungen (A13Z) kleiner Grundschulen einen Schritt in die richtige Richtung getan. Er

begründet dies damit, dass man das Engagement und den professionellen Einsatz an kleinen Grundschulen würdigen möchte. Der Ausbau des Ganztags und der generelle Aufgabenzuwachs werden dabei erwähnt. Dies ist richtig. Diese Argumente sind ebenfalls für eine Aufwertung der Arbeit der Lehrkräfte an Grund- und natürlich an Stadtteilschulen heranzuziehen.

Bei diesem Schritt darf es nicht bleiben. Grundschul- und

*In Berlin ist für alle
neu ausgebildeten
Grundschullehrkräfte
die E13 festgeschrieben
worden*

Mittelstufenlehrkräfte arbeiten mit den heterogensten Schülergruppen. Sie helfen Kindern, die Welt zu verstehen. Sie bilden Persönlichkeiten und wecken die Freude am Lernen. Sie haben eine lange wissenschaftliche Ausbildung, arbeiten kindbezogen und theoretisch fundiert. Es gibt keinen Grund, diese Lehrkräfte an Hamburger Grund- und Stadtteilschulen anders zu bezahlen als andere Lehrämter!

Wie geht es jetzt weiter?

Um unseren Zielen Nachdruck zu verleihen, hat sich seit Anfang des Jahres dem Beschluss des Landesvorstands im Januar folgend eine Arbeitsgruppe getroffen und weitere Schritte auf den Weg gebracht. So wie Nordrhein Westfalen und Schleswig-Holstein ihre Initiativen für JA13 mit einem rechtlichen Gutachten untermauert haben, hat auch die GEW Hamburg – gemeinsam mit Bremen – für die ganz speziellen Besoldungsstrukturen ein juristisches Gutachten in Auftrag gegeben. Im Januar nächsten Jahres wird es so weit sein, dass wir das Ergebnis vorstellen können. Dann können wir einschätzen, wie und in welcher Form

der Klageweg beschritten werden kann.

Die rechtliche Seite ist aber nur ein Weg, um Bewegung in die Sache zu bringen. Das zeigen auch die Entwicklungen in Berlin. Dort ist für alle neu ausgebildeten Grundschullehrkräfte die E13 festgeschrieben worden. Allerdings scheut der Senat davor, sein Versprechen, auch die Grundschullehrkräfte, die nach älteren rechtlichen Regelungen ausgebildet wurden, zeitnah und unkompliziert höher zu gruppieren, einzuhalten. Dazu sind in Berlin vor den Ferien 2000 Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gegangen. Das macht deutlich, dass am Ende das Engagement der Kolleg_innen zählt.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe kommen sehr gerne in die Kollegien, Betriebsgruppen, Lehrerkonferenzen oder Personalversammlungen in die Schulen und informieren über die Kampagne und Möglichkeiten der Unterstützung. Dazu nimmt die Geschäftsstelle (mescher@gew-hamburg.de) gerne Anregungen und Anfragen entgegen. Außerdem wäre es hilfreich, wenn es ganz konkrete Beispiele aus den Schulen gäbe, die deutlich machen, warum es heißen muss: JA13 für Grund- und Mittelstufenlehrkräfte! Sammelt Statements, macht Fotos, schreibt Artikel – einzelne oder als Gruppe – und schickt sie an die hlz (s. auch Artikel von Eva Klock); nächster Redaktionsschluss ist der 1.11.17.

Wer sich von euch an der weiteren Kampagnenplanung beteiligen möchte, kann an der nächsten AG-Sitzung am 4.10.17, 15 Uhr im Curiohaus (Anmeldung unter mescher@gew-hamburg.de) teilnehmen. Meldet Euch und macht mit!

ANJA BENSINGER-STOLZE,
Vorsitzende GEW Hamburg

Auch für uns!

Warum die Arbeit einer Grundschullehrerin A13 wert ist

Eine wie ich, Jahrgang 1959 und seit 1991 im Hamburger Schuldienst, aber aus einem anderen Bundesland, verdient A12. Zeitgleich haben meine Hamburger Kolleg_innen ähnlicher Altersstufe immer A13 bekommen, für genau die gleiche Arbeit.

Seit 2003 gibt es für alle Neueingestellten nur noch A12 und Beförderungsstellen.

Mein Alltag als Klassenlehrerin, auch das bin ich durchgängig seit 1991, birgt sicherlich ganz andere Anforderungen als die

der finanziell wesentlich besser gestellten Gymnasiallehrkräfte.

Mein Alltag orientiert sich sehr am einzelnen Kind. Ich bin nicht nur dafür zuständig, Lesen, Schreiben, Rechnen, Sport, Kunst und Sachunterricht, Musik und Religion zu vermitteln, sondern vorrangig auch dafür zu schauen, wie es meinen Kindern geht. Wie mache ich aus der mir anvertrauten Anzahl von Schüler_innen, die je nach politischem Interesse in meinem Lehrerinnenleben zwischen 18 und 30+



schwankte, eine Klasse? Wie schaffe ich eine Gemeinschaft? Ein außerordentlich wichtiger Schritt für die 5- bis 7-jährigen Mädchen und Jungen, die ich mit dem Schuleintritt in Klasse 1 kennen lerne.

Wen kann ich, wen muss ich fördern? Warum hat dieses Kind plötzlich so schlechte Ergebnisse in HSP oder HaReT? Sieht meine Schülerin nicht richtig, weil sie sich immer zu nah übers Heft beugt? Hört dieser kleine Junge schlecht oder versteht er nur nicht alles in meiner Sprache? Warum kann dieses schlaue Kind komplizierte Aufgabenstellungen lösen, scheitert aber an der Rechtschreibung? Vielleicht ist es doch sinnvoll, diesem Schüler die Schreibschrift zu ersparen? Ein Kind sprengt regelmäßig den Unterricht. Es ist laut und rücksichtslos und hält sich selten an Regeln. Haben die anderen 17- bis 29 Kinder nicht das Recht auf ungestörtes gewaltfreies Lernen? Wie helfe ich diesem Kind und auch allen anderen in der Klasse?

Eine Diagnostik in der Grundschulzeit beinhaltet immer auch die Frage nach den persönlichen Umständen: Fluchterfahrung, Armut, Desinteresse zu Hause, Krankheit eines Elternteils, zu viel Medienkonsum, Vernachlässigung oder ganz etwas anderes. Es gibt ganz schlaue Kinder, die mit den Anforderungen nicht zu Recht kommen, oder durchschnittlich begabte, die einen großen Ehrgeiz haben und viel mehr schaffen. Wie werde ich dem jeweiligen Kind gerecht, wenn ich es fördere? Ist es nach 14 Uhr nicht viel zu spät, etwas zu erreichen?



- ... sie setzen Inklusion um
- ... sie helfen Kindern, die Welt zu verstehen
- ... sie haben eine lange wissenschaftliche Ausbildung
- ... sie arbeiten kindbezogen und theoretisch fundiert
- ... sie bilden Persönlichkeiten
- ... sie wecken die Freude am Lernen
- ... sie stoßen pädagogische Reformen an
- ... alles beginnt mit guter Bildung!

Studierende für Lehramtstypen	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauenanteil
Lehramtstyp 1	23.034	3.332	26.366	87,36
Lehramtstyp 2	10.617	2.692	13.309	79,77
Lehramtstyp 3	25.425	13.929	39.354	64,61
Lehramtstyp 3/4	709	549	1.258	56,35
Lehramtstyp 4	63.075	42.913	105.988	59,51
Lehramtstyp 5	8.031	5.408	13.439	59,76
Lehramtstyp 6	12.449	3.032	15.481	80,41
Sonstige	13.209	8.284	21.493	61,46

Quelle: erstellt nach Weeber/Hobler, 2015, S. 28.

Mittelbare Geschlechterdiskriminierung nicht zu übersehen (Februar 2016)

Fehlt ein Kind morgens und ist nicht abgemeldet, rufe ich zu Hause an. Mit Glück habe ich eine Telefonnummer, die gilt und unter der sich jemand meldet. Sonst muss gegebenenfalls jemand ausrücken, um das Kind ausfindig zu machen.

Wenn mir ein Schüler erzählt, Papa habe ihn gestern gezwungen, mit Zeigefinger auf dem Boden und einem Bein in der Luft zu stehen, muss ich schauen, was ich tun kann. Eltern anrufen, Gesprächstermine vereinbaren, das Jugendamt informieren, mit Familienhilfen Kontakt aufnehmen, Beratungsstellen kontaktieren, Rebus oder ReBBZ verständigen und mehr.

Was tue ich, wenn mir eine Schülerin ein selbst gemaltes Bild zeigt, dass auf einen sexuellen Übergriff hindeuten könnte? Jugendamt, Beratungsstellen für Missbrauch, eventuell die Mutter? Wie gehe ich am besten vor, ohne noch mehr anzurichten? Was darf ich? Wenig. Wer unterstützt mich?

Die großen Probleme hinterlassen Spuren, denn die Hilfe ist immer zu wenig.

Bei einem Kind drängt sich der Verdacht auf, dass es vernachlässigt und vielleicht ruhig gestellt wird. Ich werde von Beratungsstelle zu Beratungsstelle weiter geleitet und lande im Nichts.

Konnte ich dem Kind helfen, das von größeren Schülern im Bus belästigt und um Geld erpresst wurde?

Leichter geht es bei Kindern, die immer ohne Frühstück kommen, da ist direkte Hilfe möglich. Aber was ist mit denen, die sich morgens aufs Kuschesofa legen und stundenlang auch bei großer Lautstärke schlafen, nicht nur einmal?

Nicht nur manchmal bin ich eine Detektivin auf den Spuren des Kindes. Mal reicht eine tröstende Umarmung oder auch ein Gespräch mit den Eltern. Zeitweise hilft vielleicht die Polizei.

Tue ich das richtige für jedes einzelne Kind? Kann ich noch schlafen, wenn ich nichts erreicht habe?

Meine Arbeit mache ich nach wie vor gern, auch nach Grundschule, Primarschulabteilung einer Gesamtschule und Unterricht in Klasse 5/6/7 in Mathematik. Im Anschluss verlässliche Grundschule, danach AZM, Arbeit in integrativen Regelklassen mit mal 30 Kindern, mal unter 20 Schüler_innen. Zwischendurch viel Arbeit für die Primarschule, die als Idee leider scheiterte. Dann 2010 Leitung einer ersten Inklusionsklasse mit zwei Kindern mit geistiger Entwicklungsverzögerung und diversen (damals so genannten) EUSE-Kindern, ohne dass so recht jemand wusste, wie das am besten geht. Nun Regelklasse mit Lernbüro.

Spätestens in Klasse 3 muss ich mehr Leistung beurteilen, als mir lieb ist. Noten zu geben bedeutet auch immer 5en zu erteilen. Nützt das überhaupt jemandem etwas? Dem Kind sicher

nicht. Der große Spagat ist zwischen individuellem Lernen und gleichem Bewerten. In Klasse 4 kommen die Empfehlungen für die weitere Schullaufbahn; eine Aufgabe, die ich mit sehr großer Sorgfalt erledige und durchaus abwäge, ob eventuell diese Schülerin oder jener Schüler auf dem Gymnasium Abitur machen kann, auch wenn ich weiß, dass es wenig Unterstützung von zu Hause geben kann oder wird. Wird dieses Kind, das ich in den letzten Jahren in der Regel gut kennen gelernt habe, gegebenenfalls verkraften zu scheitern? Habe ich überall die beste Empfehlung gegeben? Schließlich ist die Empfehlung eine richtungweisende Entscheidung.

Immer wieder gibt es ganz verschiedene Anforderungen des Systems. Was aber dauerhaft bleibt, ist die Sorge um jedes einzelne Kind.

Eine funktionierende Klasse hat immer etwas von Familie. Die Grundschulzeit ist ein schützender Rahmen für alle Kinder; ein Raum, um sich auszuprobieren, sich zu streiten, zu sein, voneinander und miteinander zu lernen, gemeinsam zu lernen, das Lernen zu lernen. Nichts ist schulisch wichtiger als diese Grundlage für ein erfolgreiches Leben, für eine spätere Ausbildung oder ein Studium, für die lebenslange Freude am Lernen.

Ja, auch dafür haben wir A13 verdient. JA13!

EVA KLOCK
Grundschule Brehmweg

Ein steiniger Weg

Geschichte eines gewerkschaftlichen Kampfes

1966 veröffentlichte die HLZ einen Artikel unter der Überschrift „Der Weg zum Referendariat. 1848 – 1966: 118 Jahre Kampf um die akademische Lehrerbildung“.

Der Autor feiert auf vier HLZ – Seiten den Kampf der Gesellschaft der Freunde und der GEW um eine gleiche Lehrerbildung für die Lehrkräfte aller Schulformen. Es gipfelt in dem Satz „*Mit der Einführung des Referendariates erhalten alle Volksschullehrer künftig das gleiche Maß an Bildung und Ausbildung wie die Gymnasiallehrer, wie überhaupt die Angehörigen jedes akademischen Berufes.*“

Der Satz drückt das Ziel aus: Es ging um die gleiche wissenschaftliche Ausbildung an der Universität für alle Lehrkräfte. Dieses Ziel wurde erreicht, die neue Lehrerausbildung begann am 1. April 1967. In einer Mitteilung des Senats an die Bürgererschaft vom 1. November 1966 informierte der Senat offiziell über die „Neugestaltung der Ausbildung für das Lehramt der Volks- und Mittelschulen“. Er betrachtete die Neugestaltung als einen großen bildungspolitischen Fortschritt. Hamburg war damit führend in der BRD.

Dem Senat war auch klar – und das war auch gewollt –, dass dies Auswirkungen auf die Besoldung haben sollte und müsste. „*Nach Auffassung des Senats erfüllen die künftigen Volks- und Mittelstufenlehrer mit (damals noch A. H.) sechssemestrigem Studium und zweijährigem Vorbereitungsdienst die beamtenrechtlich für den höheren Dienst vorgesehenen Merkmale und damit die Voraussetzung für eine Einstufung in die Besoldungsgruppe A 13. Eine Einbeziehung*

in die Regelbeförderung in die Besoldungsgruppe A 14 kommt nicht in Betracht, weil es dafür die erforderlichen Beförderungsämter im Bereich der Volks- und Mittelschulen nicht gibt.“

Gleichzeitig wies der Senat aber auch darauf hin, dass die übrigen Bundesländer „erhebliche Bedenken“ gegen eine Besoldung nach A 13 hatten.

Der Kampf um A 13 ist eröffnet

Mit dieser Ausgangslage war klar: A 13 würde es nur geben, wenn der Senat genug Mumm für diese Reform aufbringen würde und die übrigen Bundesländer zumindest still halten würden.

Schaut man sich die Jahressbände der HLZ der folgenden Jahre an, so sieht man: die Lehrerbildung war das beherrschende Thema der GEW. Es wurden verschiedene Modelle diskutiert, auch eine spezielle Lehrerbildung (L-Besoldung).

Mit dem 16. Gesetz zur Änderung des hamburgischen Besoldungsgesetzes vom 19. Mai 1969 wurde das Ziel erreicht. Die Änderung war kurz und knackig: „*Eingefügt werden die Wörter: Studienrat an Volks- und Realschulen.*“

Ein riesiger Erfolg der GEW, die nach der Reform der Lehrerausbildung nun auch maßgeblich die Besoldung der Lehrkräfte (im übrigen nicht nur die der Volks- und Realschullehrer_innen) durchgesetzt hatte.

Damit war allerdings der Kampf und die Lehrerbildung nicht zu Ende. Insbesondere gab es den Widerstand der übrigen Bundesländer, die grundsätzlich auf einer einheitlichen und niedrigeren Lehrerbildung



bestanden. Immer wieder gab es Versuche, die Lehrerbildung in Hamburg auszuhebeln. Dies wurde damit beendet, dass im Bundesbesoldungsgesetz ein Passus eingefügt wurde, nach dem die Bundesländer Hamburg und Bremen ihre Lehrkräfte ausnahmsweise nach A 13 besolden durften. Das brachte für die Lehrerbildung in Hamburg zwei Probleme mit sich.

Zum einen gab es natürlich viele Lehrkräfte, die vor der Reform der Lehrerausbildung in den Dienst gekommen waren und höchstens nach A 12 besoldet wurden. Für diese konnte die GEW eine Überleitungsregelung durchsetzen, den sog. Stufenplan. Maßgeblich daran beteiligt war der Kollege Thies Jensen, damals Vorsitzender der GEW. Der Stufenplan trat 1971 in Kraft. Ab dem 1.1.1974 sollten alle Lehrkräfte übergeleitet sein.

In einem anderen Punkt konnte sich die GEW nicht durchsetzen. Die Besoldung nach A 13 galt nur für Lehrkräfte der Grund- und Mittelstufe, die in Hamburg ausgebildet worden waren. Für Bewerber_innen aus anderen Bundesländern mit entsprechenden Lehramtern galt das Bundesbesoldungsgesetz. Das sah nur A 12 vor. Dies blieb ein ständiger Streitpunkt, wie der Autor aus seiner Tätigkeit bei der GEW seit 1985 oft erfahren musste.

A 13 ohne Beförderung

Und noch ein Punkt blieb offen. Für die Studienrat_innen an Volks- und Realschulen gab es keine Beförderung nach A 14.

Dazu ein kleiner Ausflug in das Laufbahnrecht.

In den siebziger Jahren gab es vier Laufbahnen: den einfachen, den mittleren, den gehobenen und den höheren Dienst. Das Amt A 13 war das Endamt der Laufbahn des gehobenen Dienstes, gleichzeitig aber auch das Eingangsamts des höheren Dienstes.

Unterscheidbar in der Besoldung waren die Ämter durch die allgemeine Zulage für den höheren Dienst (A 13Z) und die Beförderungsmöglichkeit des höheren Dienstes nach A 14.

Knapp und prägnant lautete die Forderung der GEW: „Alle Lehrer in den höheren Dienst“ (HLZ 1974). Dieser Satz ist geradezu prophetisch: Genau das fordert die GEW auch im Jahre 2017. A 13 Z für alle bedeutet nichts anderes als „alle Lehrer in den höheren Dienst“.

In den folgenden Jahren gab es immer wieder Auseinandersetzungen um die Besoldung, es drohte die Rückstufung. 1975 wurde endgültig geklärt: Hamburg darf seine Lehrkräfte nach A 13 besolden. Danach wurde es, abgesehen von einigen Scharmützeln, ruhig um die Lehrerbesoldung.

CDU/Schill Senat greift Lehrerbesoldung an

Das änderte sich erst mit dem CDU/Schill Senat, der 2001 ins Amt kam. Am 10. 12. 2002 legte der Senat der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf vor, der die Lehrerbesoldung für künftige Lehrkräfte mit Hamburger Ausbildung auf A 12 absenkte und nur noch 40 Prozent Beförderungsmöglichkeiten nach A 13 für die Grund- und Mittelstufe vorsah. Die GEW versuchte, eine Bewegung gegen diese Pläne auf die Beine zu stellen, was leider misslang. Außer den direkt betroffenen Referendar_innen waren kaum Kolleginnen und Kollegen zu mobilisieren. Eine Ur-

sache dafür dürfte darin liegen, dass seit 1975 die Besoldung nach A 13 als selbstverständlich angesehen wurde und direkt betroffen davon nur künftige Lehrergenerationen waren. Die bildungspolitische Bedeutung dieser Reform der siebziger Jahre war in Vergessenheit geraten.



GEW-Aktive Ende der 1970er Jahre – Auch damals galt: Ohne Druck von der Straße läuft nichts

bildung nicht stehen geblieben. Im Rahmen des Bologna-Prozesses mit seinen Bachelor- und Masterabschlüssen wurde die Lehrerausbildung bundesweit vereinheitlicht. Inzwischen erfordern die Ausbildungsgänge aller Lehrämter einen Masterabschluss und einen Vorbereitungsdienst für die Einstellung in den Schuldienst als Lehrerin oder Lehrer. Im Umfang der Ausbildung gibt es keinen Unterschied mehr zwischen den Lehrämtern des höheren Dienstes (Gymnasium, Berufliche Schulen und Sonderschulen) und denen der Grund- und Mittelstufe. Natürlich sind die Ausbildungsinhalte unterschiedlich. Das ist natürlich auch bei anderen Masterabschlüssen außerhalb des Schuldienstes so. Die Wertigkeit der Ausbildung ist gleich.

Dies hat das Thema „Lehrerbesoldung“ wieder zu einem Thema der GEW gemacht. Der letzte Bundeskongress im Mai hat das Ziel noch einmal bestätigt.

In der Gesetzesbegründung wies der Senat zynisch darauf hin, dass von der Ausnahmeregelung des Bundesbesoldungsgesetzes ja immer noch Gebrauch gemacht werde. Denn schließlich werde in keinem Bundesland ein_e Grundschullehrer_in nach A 13 befördert.

In seiner Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Kritik teilte der Senat lapidar mit: „Das Ausbildungsniveau allein begründet noch keinen Anspruch auf eine bestimmte besoldungsgesetzliche Einstufung.“ Auch die übrigen Kritikpunkte wie Attraktivität des Lehrerberufes, Vergleichbarkeit mit anderen universitären Abschlüssen z. B. bei Juristen, Durchlässigkeit des Schulwesens wies der Senat zurück.

Warum A 13 Z jetzt?

Seit 2002 ist die Lehreraus-

A 13 Z für alle Lehrkräfte mit Masterabschluss und Vorbereitungsdienst

Nun ist es Aufgabe der Landesverbände, tätig zu werden. Der Landesverband NRW hat bereits dazu ein ausführliches Gutachten vorgelegt und eine Kampagne gestartet. Ähnlich der Landesverband Schleswig-Holstein. Die Landesverbände Hamburg und Bremen haben, insbesondere auf Grund ihrer besonderen Geschichte, ebenfalls ein Gutachten in Auftrag gegeben. Mit diesem Gutachten, das Ende November vorliegt, wird die GEW eine Kampagne für eine Lehrerbesoldung starten. Unser Slogan heute heißt: A 13 Z für alle. So wie es die GEW 1974 mit der Forderung „Alle Lehrer in den höheren Dienst“ getan hat.

ANDREAS HAMM
GEW-Referent (ehem.)

Hamburgs Erzieher_innen kämpfen weiter

Volksinitiative zur Verbesserung des Personalstandards kommt in Fahrt

Unfassbar, aber leider wahr: Die Kita-Verbände haben sich mit der BASFI im Frühjahr 2017 zur Verbesserung der Qualität (!) in Hamburger Kitas unter anderem darauf geeinigt, den Personalschlüssel von 1:4 in der Krippe schrittweise erst bis zum 01.01.2021 zu verwirklichen – Ausfallzeiten und Zeiten für mittelbare Pädagogik sind dabei aber immer noch nicht berücksichtigt. (s. auch hlz 3-4/17: Vor dem Kollaps?) Im Elementarbereich ist erst für das Jahr 2025 eine Verbesserung des Personalschlüssels geplant und auch nur, wenn zusätzliche Bundesmittel dafür fließen! Erst danach sollen Zeiten für mittelbare Pädagogik zur Verfügung gestellt werden und ebenfalls nur mit Hilfe von Bundesmitteln.

„Wir wollen und können diesen Missstand nicht länger auffangen!“

Deshalb haben sich Kolleg_innen aus Kitas in allen Bezirken im Kita-Netzwerk Hamburg zusammengeschlossen und bereiten ein Volksbegehren zur Verbesserung des Personalschlüssels vor. Am 4.10.17 soll es mit dem ersten Schritt, der Volksinitiative, starten. Unterstützt wird die Aktion von unterschiedlichen Trägern und der GEW.

Basierend auf wissenschaftlichen Empfehlungen der Bertelsmannstiftung fordert die Initiative eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 in der Krippe und 1:7,5 im Elementarbereich für die unmittelbare Arbeit mit den Kindern. Im bundesweiten Vergleich steht Hamburg mit seinem derzeitigen Personalschlüssel

von 1:5,1 in der Krippe und 1:9 im Elementarbereich weit unter dem Durchschnitt. Für den Personalschlüssel wird die gesamte Arbeitszeit des pädagogischen Personals gerechnet, also auch Arbeitszeit ohne Kinder. Dazu gehören mittelbare pädagogische Tätigkeiten (Teamsitzungen, Elterngespräche, Dokumentationen, etc.) sowie Ausfall-

zeiten (Urlaub, Weiterbildung, Krankheit). Angenommen, für diese Bereiche werden 25 Prozent der Arbeitszeit verwendet, dann betreut eine Vollzeitkraft in der Krippe bei einem Personalschlüssel von 1:5,1 in der Praxis 6,8 Kinder (Fachkraft-Kind-Relation). Tatsächlich sieht die Personalsituation in den Hamburger Kitas also noch katastrophaler aus, als in der Bertelsmann-Studie dargestellt (s.auch www.gew-hamburg.de/themen/kinder-und-jugendhilfe/gew-hamburg-zur-bertelsmann-studie).

Die Erzieher_innen im Kita-Netzwerk wollen nicht länger den wechselnden Beschlüssen der Vertragskommission ausgeliefert sein, sondern fordern einen gesetzlich festgeschriebenen und damit verbindlichen Personalschlüssel in Krippe UND Elementarbereich unter Berücksichtigung einer angemessenen Refinanzierung der Ausfallzeiten und der mittelbaren Pädagogik, also der Zeit für all die Aufgaben, die sie neben der „direkten Arbeit mit dem Kind“ brauchen, um die Qualität in den Hamburger Kitas halten und weiter entwickeln zu können.

Informationen zum Ablauf, zu Abgabestellen, zu Bezirksverantwortlichen, zum Inhalt der Initiative und die Unterschriftenlisten gehen am 4.10.17 allen Hamburger Kitas per mail zu.

ELKE STRAUB
KINDERLADEN MAIMOUNA

Letzte Meldung:

Aus formalen Gründen muss der Start der Initiative um 4 bis 6 Wochen verschoben werden.

KITA-NETZWERK HAMBURG



Sammelhelfer_innen dringend gesucht!

Wenn du dir vorstellen kannst, an einigen Terminen ab Oktober 2017 allein oder in einem Team von Netzwerker_innen Unterschriften (z.B. auf dem Wochenmarkt) zu sammeln, dann schreibe bitte eine E-Mail an kitanetzwerk-hamburg@gmx.de. Teile darin mit, welche Bezirke für Dich in Frage kommen, z.B. Dein Wohn- und / oder Arbeitsbezirk. Für jeden Bezirk stellt das Netzwerk eine n Verantwortliche n, die/der Kontakt zu dir aufnimmt. Die Termine für die nächsten Treffen des Netzwerks findest du unter www.kitanetzwerk-hamburg.de/die-volksinitiative.html.

Wir warten nicht auf Wunder

Die Forderung der Volksinitiative: „Mehr als satt und sauber – 25 Prozent mehr Personal“ ist mehr als berechtigt, wenn man die realen Verhältnisse in den Kita-Einrichtungen als Bemessungsgrundlage nimmt

Seit Anfang des Jahres steht fest: ohne Volksinitiative dauert es noch Jahre, bevor sich die Personalsituation in Hamburger Kindertagesstätten verbessert.

Über die merkwürdige Zusage des Senats, jedes Jahr ab Januar 2018 fünfshundert (500!) Fachkräfte zusätzlich in den Kitas einstellen zu können, hatten wir schon in der hLZ berichtet. Niemand kann erklären, woher sie kommen sollen. Den Kitaträgern ist gesagt worden, dass sich die Hinführung zum Erzieher-Kind-Schlüssel von 1:4 im Krippenbereich zwar zeitlich um ein Jahr verzögert, aber der Einstieg in die Verbesserung des Personalschlüssels vorverlegt wird.

Die Träger waren ruhig gestellt und wir, die Fachleute aus der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, werden von Senatsseite nicht gehört. Denn der versprochene Personalaufbau in allen Hamburger Kindertagesstätten ist im mehr oder weniger hohen Maße geprägt von Teilzeitverträgen. Ebenso wird immer noch sachgrundlos befristet eingestellt – allerdings mit fallender Tendenz. Aber beide Maßnahmen erschweren den Einstieg in den Beruf der/des Erzieher_in oder der/des sozialpädagogische_in Assistent_in. Geringe Attraktivität beim Berufseinstieg durch Befristung und Teilzeit, gepaart mit einem Tarifvertrag, in dem die Endstufe der Bezahlung erst nach 21 Berufsjahren erworben wird, macht es auch den engagierten jungen Menschen schwer, diesen Beruf zu ergreifen. Die fehlende „Ausbildungsvergütung“ in der vier bis fünf Jahre dauernden schuli-

schen Ausbildung sei hierbei nur am Rande erwähnt.

Aber wir haben Vollzeit- und Teilzeitkräfte in den Kitas. Der Träger benötigt die Teilzeitkräfte und er benötigt die sachgrundlosen Befristungen, weil das Finanzierungssystem – der Kita-Gutschein – den Trägern eine hohe Flexibilität in der Personalvorhaltung abverlangt. Je nach Kindesalter und durch die Erwerbstätigkeit der Eltern bedingte tägliche Kinderbetreuungszeiten ergeben eine auf das individuelle Kind ausgerechnete Personalfinanzierung, die sich sofort ändert, wenn die nachzuweisende, Abwesenheitszeiten der Eltern oder eines Elternteils sich verändern.

Wir haben schon bei Einführung des Kita-Gutscheinsystems darauf verwiesen, dass eine Grundaussstattung unabhängig von der täglichen Anwesenheitsdauer der Kinder in den Kitas finanziert werden muss.

Was will nun die Volksinitiative?

Die ursprüngliche Forderung lautet: 7,5 Prozent mehr Personalwochenstunden für die mittelbare pädagogische Arbeit und 17,5 Prozent mehr Personal, um den nachweislich durch Urlaub, Fortbildung und Krankheit bedingten Personalausfall zu ersetzen.

Diese Forderung setzt keinen bestimmten Personalschlüssel voraus, sondern gilt für jeden denkbaren und auch real existierenden Personalschlüssel. Die Volksinitiative verlangt die „Einpreisung“ dieser zusätzlichen Personalquote in das bestehende

Kita-Gesetz.

Der dadurch errechenbare Verschlechterung der existierenden Personalquote ließe sich um den Betrag der mittelbaren Pädagogik durch Veränderung der Teilzeitbeschäftigungen Vollzeit begeben. Die „Einpreisung“ der Ausfallquote würde real die Situation in den Kitas sofort weder verschlechtern noch verbessern, aber sie wäre bei der zukünftigen Berechnung der Personalschlüssel ein Faktor, der zusätzlich bereitgestellt werden müsste, um einen wünschenswerten und wissenschaftlich empfohlenen Erzieher-Kind-Schlüssel von 1:4 im Krippenbereich und 1:7,5 im Elementarbereich zu erzielen.

Die Forderung nach diesen Erzieher-Kind-Schlüsseln ist nun mit in den Forderungskatalog der Initiative aufgenommen worden, da der Senat sich ähnliche Ziele gesetzt hat. Die Volksinitiative will diesen Personalschlüssel aber deutlich schneller im Kita-Gesetz festgeschrieben wissen, damit für unsere Kolleg_innen in den Kitas diese deutliche Entlastung und die genügende Zeit für die ihnen anvertrauten Kinder fest vereinbart wird und von diesem und den Nachfolge-Senaten nicht mehr streitig gestellt werden kann.

Voraussichtlich startet die Volksinitiative noch im Oktober – macht alle mit und sammelt Unterschriften. Unterschriftenlisten wird es nach dem Start in der Geschäftsstelle der GEW geben.

JENS KASTNER,
Sprecher der Fachgruppe Kinder- und
Jugendhilfe, LV-Hamburg

**Eure Interessen sind
unsere Themen**



Die Offene Liste zur Betriebsratswahl 2018 bei den Elbkindern

Im kommenden Jahr ist es wieder soweit. Nicht nur bei den Elbkindern stehen die Wahlen zum Betriebsrat an. Mit der Wahl können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Einfluss darauf nehmen, welche Interessen der Beschäftigten im Betriebsrat vorrangig berücksichtigt werden.

Die Offene Liste ist offen für alle Kolleginnen der Elbkinder, die etwas bewegen wollen. Sie kooperiert mit der **GEW**. Bei der letzten Betriebsratswahl konnte **Die Offene Liste** ein Mandat hinzugewinnen. Obwohl **Die Offene Liste** zurzeit im Betriebsrat in der Minderheit ist, sind viele Themen von ihr angeschoben und Projekte durchgesetzt worden, u. a.

- Betriebsvereinbarungsentwurf „Begrenzung der Arbeit bei Personalausfall“
- Betriebsvereinbarung zum Umgang mit der Einkaufsplattform „Mercateo“,
- Zustimmungsverweigerungen zu Kündigungen
- Begleitung bei Gesprächen mit Regionalleitungen und Vorgesetzten
- Rechtmäßige Stellenbesetzungen und korrekte Eingruppierungen

Die Anzahl der Probezeitkündigungen steigt. Der Betriebsrat wird auch nicht immer automatisch und verlässlich über angedrohte oder erteilte Abmahnungen informiert. Deshalb sollten die Betroffenen in solchen Fällen mit einem BR Mitglied ihres Vertrauens die Vorgehensweise besprechen.

Veröffentlichungen Der Offenen Liste

Darüber hinaus ist es uns wichtig, die KollegInnen zu betrieblichen Themen zu informieren und die Prozesse im Betrieb kritisch zu begleiten. Dafür ein paar Beispiele:

- „Akt. Personalschlüssel“ Info Nr. 2, 04/2017; Anwesenheitsprämie Belohnung od. Bestrafung Nr. 3, 07/2017
- „Kürzung des Personalschlüssels in der Krippe“ Info Nr. 1, 04/2016; „Wertewandel“ Nr. 3, 09/2016
- „Pädagogen sind Mehr Wert“ Info Nr. 2, 03/2015; „Lehren aus den Kita-Streiks“ Nr. 4, 09/2015
- „Wenn der Herr Senator erzählt“ Info Nr. 8, 12/2014

Dabei zeigt sich, dass die Mitglieder **Der Offenen Liste** häufig andere betriebspolitische Ansichten vertreten als die Geschäftsführung der Elbkinder, manchmal auch als die Mehrheit im Betriebsrat. Das können Sie in den einzelnen Infos konkret nachlesen.

Konsequenzen ziehen

Die Elbkinder sind ein großer, bunter Betrieb, indem vielfältige Meinungen zur Geltung kommen sollten. Nach bisheriger Erkenntnis wird auch die nächste Betriebsratswahl als Listenwahl stattfinden. Die KollegInnen der Elbkinder können mit Ihrer Beteiligung an der Wahl die Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat bestimmen und damit beeinflussen, welche Positionen der Betriebsrat vertritt. Die Beschäftigten sitzen trotz unterschiedlicher Meinungen alle in einem Boot. Die ungleichen Interessen zwischen Belegschaft und Geschäftsführung sollten klar erkennbar sein.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Betriebsratswahlen sind ein hohes demokratisches Gut. Es geht darum, wie Ihre Interessen im Betrieb vertreten werden!

Die Offene Liste – die erste Wahl!



SPD-Senat kürzt politische Bildung

Mit Einführung einer neuen Ausbildungsordnung wurde eine Kontingentsstudenten-tafel implementiert, die bei der Allgemeinbildung, insbesondere der politischen Bildung spart. Damit soll die Sprachförderung finanziert werden

Die neue „Verordnung über die Ausbildung an einer Berufsschule“ (AO-BeS) beinhaltet eine Kontingentsstudenten-tafel, die die bisherigen Bildungsgangstudenten-tafeln ersetzt. Mit ihr wird der allgemeinbildende Bereich stark eingeschränkt. In einer dreijährigen Ausbildung waren dem Lernbereich II bisher zwischen 440 und 500 Stunden zugeordnet, d.h. den Fächern Sprache und Kommunikation, Wirtschaft und Gesellschaft sowie dem Wahlpflichtbereich, der häufig für Gesundheit und Sport genutzt wurde. Damit stand jedem Fach durchschnittlich mindestens eine Stunde/Woche beim Tagesunterricht bzw. drei Stunden/Woche beim Blockunterricht zu. Fachenglisch gehörte in den Lernbereich I.

In der neuen Kontingentsstudenten-tafel wird Fachenglisch den sog. Erweiterungsfächern zugeordnet, der Wahlpflichtbereich zur Option erklärt und der Stundenumfang der Erweiterungsfächer bei dreijährigen Ausbildungen einheitlich auf 320 Stunden abgesenkt. Die Erweiterungsfächer entsprechen dem bisherigen Lernbereich II. Gesundheit und Sport kommt nun nicht mehr vor und wird damit sicherlich an einigen Schulen abgeschafft. Schulbau Hamburg wird sich freuen, es müsste dann weniger Hallen unterhalten.

Den Erweiterungsfächern werden nun Umfänge zugeordnet. Der Bereich Wirtschaft und Gesellschaft hat dabei bei jeder Ausbildungsdauer den Umfang von 80 Stunden. Bei einer dreijährigen Ausbildung sind das

0,667 Stunden/Woche beim Tagesunterricht. Hamburg setzt damit den geringsten Umfang an politischer Bildung in Deutschland fest, obwohl Wirtschaft und Sozialkunde ein Prüfungsfach der Facharbeiter_innen-, Gehilfinnen- bzw. Gesell_innenprüfung ist. Zudem lebt politische Bildung von Lernformen und Methoden, die schon in einer Stunde/Woche nicht umzusetzen sind. Außerdem stellt das Fach Wirtschaft und Gesellschaft eine Herausforderung dar: Die Anforderungen der Abschlussprüfung sind ebenso zu erfüllen wie der Rahmenplan, der andere Akzente setzt. Eine Entscheidung von Lehrkräften für das bloße Erteilen einer prüfungsbezogenen Staatsbürgerkunde ist da nachvollziehbar. Anderer, wirklicher Politikunterricht wäre aber dringender als je zuvor.

Die Schulen bekommen mit der Kontingentsstudenten-tafel zwar ein Gestaltungskontingent an Stunden zugesprochen, das die Absenkung bei den allgemeinbildenden Fächern ausgleichen könnte. Dieser Bereich – insbesondere die politische Bildung – ist an den Schulen aber traditionell in der Defensive und die Lernortkooperationspartner werden sich kaum für die Ausweitung der politischen Bildung einsetzen. Außerdem soll im Wahlpflichtbereich die additive Sprachförderung stattfinden, dieser Bereich kann aber nur aus dem Gestaltungskontingent finanziert werden. Ein Teil des Gestaltungskontingents ist also besetzt.

An den Schulen wird folgen-

des Szenario wahrscheinlich: Ein Teil des Gestaltungskontingents wird für die Fachlichkeit verwendet werden und der Rest wird zweigeteilt. Alle Schüler_innen mit Sprachförderbedarf bekommen eine entsprechende Hilfe, alle anderen können (fachliche) Wahlkurse belegen. Wirkliche politische Bildung findet nicht statt.

Die Kürzung der allgemeinbildenden Fächer und insbesondere der politischen Bildung finanziert die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen bzw. die Sprachförderung. Dieses kann die Bildungsgewerkschaft GEW nicht hinnehmen. Die Fachgruppe Berufliche Schulen fordert die Rücknahme dieser Entscheidung.

Fachgruppe Berufliche Schulen

Diesen Artikel hat die GEW am 19.9.2017 als Pressemitteilung herausgegeben.

Das HIBB und die BSB sehen in der Kontingentsstudenten-tafel keine Kürzung der Allgemeinbildung. Die Stundenumfänge der alten Bildungsgangstudenten-tafeln und der Kontingentsstudenten-tafel dürfen unter anderem deshalb nicht direkt verglichen werden, weil in den Stundenumfängen z.T. die Inhalte der Lernfelder enthalten sind. Die zur Verfügung stehenden Stunden möchte das HIBB der Fachgruppe erläutern und mit ihr die Möglichkeiten des Gestaltungskontingents besprechen.

ROLAND KASPRZAK, BS 14

Mehr als unstimmig

Gutachterliche Aussagen über Zustand und Perspektiven der erziehungswissenschaftlichen Fakultät werfen mehr Fragen als Antworten auf

Vor den Sommerferien wurde der „Bericht der Kommission zur Begutachtung der Fakultät für Erziehungswissenschaft an der Universität Hamburg 2017“ vorgestellt. In diesem geht es, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Reform der Lehrer_innenbildung in Hamburg, um die „Weiterentwicklung“ der Fakultät. Neben einigen positiven Aspekten finden sich in dem Bericht auch höchst problematische Vorschläge, die sogar teilweise gesetzlichen Vorgaben widersprechen.

Positiv ist, dass die Kommission das bereits mehrfach auch von der Fakultät monierte strukturelle Defizit der Ausstattung anerkennt und mit eigenen Berechnungen bestätigt. So heißt es, dass der Personalhaushalt „sowohl angesichts der kapazitätsrelevanten Stellenstruktur als auch des tatsächlich beschäftigten wissenschaftlichen Personals für die Erfüllung der nach der Kapazitätsvereinbarung zwischen Land und Hochschule geforderten Lehrleistungen strukturell unterausgestattet [ist]. Die Unterfinanzierung beläuft sich bei Zugrundelegung der kapazitätsrelevanten Stellenstruktur auf mindestens 1,3 Millionen Euro jährlich“ (Bericht der Kommission, S. 20).

Überhaupt nicht nachzuvollziehen ist der Vorstoß der Kommission, unter Missachtung gesetzlicher Vorgaben unbefristete Beschäftigungsverhältnisse als Regelfall zu definieren. Sie rät bei „der Besetzung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen mit erhöhten Lehraufgaben [...] mit aller

Dringlichkeit davon ab, dem Wunsch der Fakultät EW, diese Stellen dauerhaft zu besetzen [...], zu folgen“ (Bericht der Kommission, S. 40 f.). Dies widerspricht jedoch sowohl den gesetzlichen Vorgaben als auch den Vereinbarungen, die im Rahmen der AG Code of Conduct zwischen Behörde, Hochschule und Gewerkschaften vereinbart wurden. Im Hamburgischen Hochschulgesetz (HmbHG) heißt es eindeutig: „Soweit überwiegend Daueraufgaben in Forschung oder Lehre wahrgenommen werden, die nicht der Qualifizierung der oder des Beschäftigten dienen, sind hierfür Stellen zur unbefristeten Beschäftigung vorzuhalten“ (HmbHG § 28, 3). Dass die Kommission hier einen Rechtsbruch vorschlägt, ist eigentlich nur mit fehlender Kenntnis der Rechtsgrundlagen zu erklären und sollte von ihr revidiert werden.

Ebenso unverständlich ist die Aussage der Kommission, dass „die Landesregierung den Empfehlungen der Lehrerbildungskommission [...] voraussichtlich im Kern folgen werde“ (Bericht der Kommission, S. 11), da dies den aktuell laufenden Prozess der Abgabe von Stellungnahmen und verschiedener Anhörungen mit dem Ziel, die Empfehlungen weiterzuentwickeln, widerspricht.

Beim Thema Personalstruktur gibt es Licht und Schatten. Positiv aus Sicht des Mittelbaus ist zu werten, dass die Zahl der Doktorand_innenstellen, der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit sowie der Postdoc-

Stellen eher erhöht werden soll, jedoch auf Kosten der Professor_innen-Stellen. Ein Strukturvorschlag wird jedoch nur für die Professor_innen gemacht. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit erbringen jedoch mehr Lehrleistung als die Professor_innen (nach dem Vorschlag) – da sollte es auch für diese eine Strukturplanung in der Fakultät geben. Die Zuordnung der Mitarbeiter_innenstellen nach leistungsbezogenen Kriterien ist kritisch zu bewerten, zumal nicht klar ist, dass eine gute Betreuung dabei Grundvoraussetzung ist. Mit der Forderung, den Anteil der Lehraufträge auf 20 Prozent der Lehre insgesamt zu begrenzen, wiederholt die Kommission eine Vorgabe aus dem Code of Conduct-Prozess, der zu begrüßen ist. Ziel muss jedoch sein, kurzfristig die Lehrbeauftragten-Sätze zu erhöhen – wie ebenfalls von der AG Code of Conduct auf den Weg gebracht – und mittelfristig in reguläre Stellen umzuwandeln.

Zum Fachbereich 3: Berufliche Bildung

Der Vorschlag des Baumert-Gutachtens sieht vor, die Didaktiken der DREI beruflichen Fachrichtungen „Gesundheit“, „Kosmetik“, „Ernährungs- und Hauswirtschaft“ nur noch durch EINE W1-Stelle „Berufspädagogik, insb. Personenbezogene Dienstleistungen“ zu vertreten (bisher zwei W2-Professuren) und weicht damit von dem KMK-Standard für die Lehrer_innenbildung ab, demgemäß die Unterrichtsfächer in der Leh-

rerInnenbildung jeweils durch EINE angemessen ausgestattete Fachdidaktikprofessur vertreten sein sollen (gemäß KMK entsprechen die beruflichen Fachrichtungen den Fächern in den anderen Lehrämtern).

Es ist uns nicht nachvollziehbar, weshalb die vorgesehene Professur für die Didaktik der Personenbezogenen Dienstleistungsberufe (die es in dieser „Bündelung“ gar nicht gibt) lediglich als W1-Professur ausgestattet werden soll. Dies wird dem breiten Aufgabenspektrum

mit der in diesem Bereich geforderten Koordinierungsfunktion von drei besonders großen beruflichen Fachrichtungen nicht gerecht. Die beruflichen Fachrichtungen Ernährung- und Haushaltswissenschaft stehen im Hinblick auf eine Neuausrichtung auf Gastronomie und Berufe der häuslichen Pflege vor großen konzeptionellen Herausforderungen. Die Ausschreibung auf W1-Niveau widerspricht zudem auch dem Sinn einer Juniorprofessur als einer befristeten Qualifizierungsstelle.

Bemerkenswert ist, dass diese zusätzliche Abwertung gerade in Bezug auf eine Professur erfolgt, die sich auf frauendominierte Dienstleistungsberufe bezieht (80 Prozent Frauenanteil).

Gute Forschung und Lehre braucht stabile Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und keine Dumpinglöhne, Kettenbefristungen und Anreizsysteme.

FACHGRUPPE HOCHSCHULE
UND FORSCHUNG

Der Code of Conduct für gute Arbeit in der Wissenschaft – Was läuft gut, wo muss noch wie nachgesteuert werden?

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen, unsicheren Berufsperspektiven, mangelnder Ausstattung der Arbeitsplätze und einer zunehmenden Arbeitslast. In Hamburg wurde 2013 von Seiten der Behörde eine AG „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ eingerichtet, die gesetzliche Änderungen sowie einen „Code of Conduct“ (CoC) für die Hochschulen auf den Weg brachte. Steter Tropfen höhlt den Stein. Heute leugnet niemand mehr die massiven Probleme. Verbesserungen werden in Aussicht gestellt – und erste, wenn auch kleinere Erfolge sind erzielt. Somit gilt es weiter zu bohren.

In einer Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom Januar 2017 wird ein Sachstand zur Umsetzung des CoC gegeben, der jedoch insbesondere im Abschnitt zur Uni Hamburg besser klingt, als es dort tatsächlich ist. Noch immer dominieren prekäre Stellen, wenn überhaupt auf Stellen und nicht auf Stipendien, Lehraufträgen oder „selbstfinanziert“ gelehrt und geforscht wird, und das im Gegensatz zum Leitbild „Stadt der Guten Arbeit“ und den Intentionen des CoC.

Bei dieser Veranstaltungsreihe wollen wir mit verantwortlichen Akteuren aus Politik und Hochschulen ins Gespräch kommen und darüber diskutieren, was gut läuft und wo noch wie nachgesteuert werden muss.

Montag, 6.11, 19 Uhr, Curiohaus, Raum A:
Diskussionsrunde mit den Bürgerschaftsparteien

Montag, 4.12, 19 Uhr, Curiohaus, Raum A:
„Code of Conduct, WissZeitVG & Co – Perspektiven für eine Verbesserung der Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus in Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein“

Moderation: Tanja Chawla (ver.di), Fredrik Dehnerdt (GEW)



**Konferenz des akademischen
Personals an der Uni Hamburg**



V.i.S.d.P.: GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg / www.gew-hamburg.de

Neuer Schwung

Versuch den GEW-Sportausschuss in Hamburg wieder zu aktivieren

Dieser Aufruf richtet sich sowohl an Interessent_innen der Tagung der Sportkommission auf Bundesebene im Dezember als auch generell an insbesondere jüngere Kolleginnen und Kollegen mit Interesse an sport-/bildungspolitischen Fragen aus gewerkschaftlicher Sicht.

Auf dem Treffen werden nähere Informationen über Ziele und Inhalte der Tagung auf Bun-

desebene erläutert.

In erster Linie dient das Treffen aber dem Meinungs- und Informationsaustausch darüber, wie in Hamburg die lange Tradition eines aktiven Sportausschusses in der GEW wieder belebt werden kann. Neben dem Kennenlernen, der Sammlung von Problemlagen z.B. im Hamburger Schulsport und Festlegung möglicher Arbeitsthemen

steht die Suche nach gemeinsamen Informations- und Austauschmöglichkeiten im Vordergrund.

Wir wollen uns wieder einmischen!

Das Treffen findet statt am Dienstag, 10. Oktober um 17.00 im Curio-Haus Raum C

Weitere Infos, Fragen und Anmeldungen an Adolf Stolze: stolzea@hotmail.de

Tagung der Sportkommission: fit für die Zukunft



Damit die Sportkommission beim Hauptvorstand der GEW auch zukünftig fit ist und ein wichtiges Sprachrohr für Kolleginnen und Kollegen mit Interesse für sportbezogene Themen und Fragen im Bildungsbereich bleibt, wollen wir neue Wege und Arbeitsformen mit hoffentlich vielen Kolleginnen und Kollegen diskutieren.

Nicht nur Fragen rund um den Sportunterricht, sondern alle Themen im Zusammenhang von Bewegung, Sport und Spiel in den Bildungsbereichen, bis zu aktuellen sportpolitischen Fragen wollen wir gemeinsam erörtern.

Wir laden dazu besonders, aber nicht ausschließlich, jüngere Kolleginnen und Kollegen ein, die zusammen mit Mitgliedern der Sportkommission bereit sind, nach neuen Wegen und Arbeitsweisen zu suchen, um sich bei sport-/bildungspolitischen Fragen aus gewerkschaftlicher Sicht einzumischen.

Die Tagung beginnt Freitag, 01. Dezember 2017 um 15:00 Uhr und endet am Sonnabend, 02. Dezember 2017 um 13:00 Uhr in der Bildungsstätte Steinbach (Taunus).

Die Fahrtkosten werden erstattet - Unterkunft und Verpflegung sind kostenfrei. Weitere Infos, Fragen an olestratmann@hotmail.com Anmeldungen (bitte bis zum 01.11.2017) ebenfalls an Ole Stratmann.

Einen ersten Überblick über die Arbeit der Kommission bietet:
<http://www.gew-sportkommission.de/>

Unterrichten im Ausland?

Informationsveranstaltung für Lehrerinnen und Lehrer

Zeit: Dienstag, 14.11.2016, 17:00 bis ca. 20:00 Uhr

Ort: GEW Hamburg, Curio-Haus Rothenbaumchaussee 15, HH

Anmeldung bitte an info@gew-hamburg.de

Sie tragen sich mit dem Gedanken, für einige Zeit im Ausland zu arbeiten? Es gibt viele Gründe dafür, als Lehrerin oder Lehrer eine Arbeit an einer deutschen Schule im Ausland, einer Europäischen Schule oder auch an einer ausländischen Sprachdiplomschule zu suchen, die Deutsch als Fremdsprache anbietet.

Zweitausend Lehrkräfte im Ausland

Rund 2.000 deutsche Lehrerinnen und Lehrer nutzen die Möglichkeit, sich einmal in einem ganz anderen Arbeitsfeld auszuprobieren und ihren Erfahrungsschatz zu erweitern. Die GEW unterstützt den Einsatz deutscher Lehrkräfte in Auslandsschulen, warnt aber gleichzeitig vor falschen Erwartungen. Denn die Wirklichkeit im Gastland sieht oft anders aus, als man es sich in Deutschland vorstellt.

Aus diesem Grund bietet die GEW Hamburg in Kooperation mit der GEW-Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und –lehrer (AGAL) eine Informationsveranstaltung zum Auslandsschuldienst an. Eingeladen sind Kolleginnen und Kollegen, die an einer Arbeit im Ausland interessiert sind oder bereits im Ausland waren und ihre Erfahrungen weitergeben möchten.

Themen:

- Auslandsschuldienst als Teil der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
- Einsatzbereiche von Lehrerinnen und Lehrern im Ausland
- Wege in einen Auslandseinsatz
- Bewerbungsverfahren und Vermittlungschancen
- Finanzielle Regelungen und rechtliche Fragen
- Wer unterstützt vor, während und nach dem Auslandsaufenthalt



Leitung

Wilfried Auel, Beauftragter der GEW Hamburg in der AGAL,
mail: agal@gew-hamburg.de

Mehr Infos unter: www.gew.de/AGAL.html

Die Teilnahme ist für GEW-Mitglieder kostenlos, von Nichtmitgliedern wird eine Spende erbeten.



SCHWERPUNKT

Teufelswerk oder was sonst?

Eine ganze Generation ist von Computerspielen infiziert und niemand schaut hin

Ich gehe davon aus, dass mittlerweile eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen – und zwar weltweit – von Computerspielen infiziert ist. Von Erwachsenen ganz zu schweigen. Gemessen an der Dimension der Angelegenheit spiegelt sich dies in den Medien meinem Eindruck nach nicht adäquat wider.

Insbesondere die Probleme derjenigen Kinder und Jugendlichen, die mit dem scheinbar so harmlosen Spiel wie minecraft (s. S. 24) in das Geschäft einsteigen, werden oft erst erkannt, wenn es zu spät ist. Deren Erziehungsberechtigte, die plötzlich Verhaltensveränderungen bis eben Verhaltensstörungen an ih-

ren Kindern feststellen, die sich nicht mit ein paar mahnenden Worten aus der Welt schaffen lassen, fühlen sich nicht selten überfordert.

Oft passiert erst etwas, wenn die Kinder und Jugendlichen bereits gänzlich aus der Bahn geworfen sind, wenn also deutliche pathologische Anzeichen vorliegen. (s. Kasten unten)

Ein brillantes Geschäft

Warum die Politik nicht reagiert, mag auch daran liegen, dass das Ganze nicht nur zu einem veritablen Geschäft einiger Konzerne geworden ist, sondern bereits einen ganzen Industriezweig ausmacht. Der Auftritt der

Kanzlerin auf der größten Computer-Spiele-Messe in Deutschland spricht Bände. Eine Woche im August d. J. kamen hunderttausende (350 000!) von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ins Kölner Messezentrum, um sich über die Neuheiten zu informieren. Die ganze Stadt im Spieler_innenrausch, die an den Abenden für die jungen Leute, die zu Tausenden in Camps untergebracht waren, auf etlichen Freilichtbühnen ein kulturelles Angebot bereithielt.

Welche Dimension die Geschäfte der Computer-Spielebranche angenommen haben, kann man leicht auf der Homepage des Bundesverbands Interaktive Unterhaltungssoftware (BIU) nachlesen. Die Pressemeldung vom April dieses Jahres jubelt:

- Umsatz des Gesamtmarkts für Computer- und Videospiele sowie Gaming-Hardware bleibt konstant bei 2,9 Milliarden Euro
- Erstmals durchbricht der Umsatz mit Computer- und Videospiele in Deutschland die

Grenze von 2 Milliarden Euro

- Umsatzrückgang bei Spielekonsolen und Gaming-Peripherie
- Teilmarkt für virtuelle Güter und Zusatzinhalte legt mit 17 Prozent Umsatzwachstum besonders stark zu.

Das sollte uns aufhorchen lassen. Der Trend zu mehr und immer ausgefeilteren Spielen ist also ungebrochen. Er lässt erahnen, was auch in Zukunft zu erwarten ist, wenn nicht massiv die Politik, aber vor allem auch wir Pädagog_innen uns einmischen. Wir haben doch die Aufgabe, junge Menschen auf ein Leben vorzubereiten, das Herausforderungen bereit hält, die sich nicht mit Computerspielen bewältigen lassen.

Dass das nicht ganz einfach ist, ist unbenommen, denn die Schnittstelle zwischen Computerprogrammen als Arbeitswerkzeug und eben Spielen mit Gefahren wie benannt ist nicht immer leicht zu erkennen und die Bereiche überlappen sich nicht selten. Hinzu kommt, dass die Industrie und industrienahen Stiftungen, die sich als Förderer von Bildung ausgeben, auf allen Ebenen versuchen, die öffentliche Meinung pro Computerisierung an der Schule voranzutreiben.

Berlin, 4. April 2017 – Der Markt für digitale Spiele konnte 2016 weiter kräftig wachsen: Im vergangenen Jahr wurden mit Games für PC, Konsole, Handheld, Smartphone und Tablet sowie Gebühren für Online-Netzwerke wie PlayStation Plus und Xbox Live Gold 2,13 Milliarden Euro umgesetzt. Im Vergleich zu 2015 entspricht dies einer Steigerung von 7 Prozent. Damals betrug der Umsatz noch 1,99 Milliarden Euro. Der Markt für Spielekonsolen und entsprechende Peripherie wie Gamepads verzeichnete dagegen einen Rückgang um 15 Prozent auf 747 Millionen Euro. Das gab heute der BIU – Bundesverband Interaktive Unterhaltungssoftware auf Basis von Daten des Marktforschungsunternehmens GfK bekannt. Der Gesamtmarkt, bestehend aus Computer- und Videospiele, Gebühren für Online-Netzwerke, Hybrid Toys sowie Spielekonsolen und Peripherie, entwickelte sich 2016 insgesamt stabil: Wie bereits 2015 wurden auch 2016 2,9 Milliarden Euro in Deutschland in diesem Bereich umgesetzt.

„Der deutsche Markt für Computer- und Videospiele ist 2016 weitergewachsen und hat damit die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt“

FELIX FALK,
Geschäftsführer BIU



Das Wort vom digitalen Legastheniker, mit dem dann die Lehrer_innenschaft etikettiert wird, macht die Runde, genauso wie der Vorwurf im Raum steht, man sei fortschrittsfeindlich eingestellt, wenn man nicht rückhaltlos die angebotenen technischen Instrumente einsetzt.

Um solch einer Rund-Um-

schlag-Kritik nicht auszuweichen, beginnen wir in dieser Ausgabe die Diskussion mit einem Interview mit unserem Kollegen Kay Anker vom Friedrich-Ebert-Gymnasium in Harburg, der am Beispiel von minecraft zeigt, dass dieses Spiel als Werkzeug für durchaus sinnvolle Erkenntnisziele taugt (s. Interview

TABELLE 1

Diagnosekriterien der Internet Gaming Disorder (DSM-5, 2015)*

Kriterium 1	übermäßige Beschäftigung (z. B. gedankliche Vereinnahmung durch Computerspiele)
Kriterium 2	Entzugssymptomatik (z. B. Reizbarkeit, Ängstlichkeit oder Traurigkeit), wenn das Spielen wegfällt
Kriterium 3	Toleranzentwicklung (z. B. Bedürfnis nach zunehmend längeren Spielzeiten)
Kriterium 4	erfolglose Versuche, das Spielen zu kontrollieren
Kriterium 5	Interessenverlust an früheren Hobbys und Freizeitbeschäftigungen (als Ergebnis des Spielens)
Kriterium 6	Fortführung eines exzessiven Spielens, trotz Einsicht in die psychosozialen Folgen
Kriterium 7	Tauschen von Familienangehörigen, Therapeuten und anderen bezüglich des Umfangs des Spielens
Kriterium 8	Nutzen von Spielen, um einer negativen Stimmungslage zu entfliehen oder sie abzuschwächen (z. B. Gefühl der Hilflosigkeit, Schuldgefühle, Ängstlichkeit)
Kriterium 9	Gefährdung oder Verlust einer wichtigen Beziehung, der Arbeitsstelle oder Ausbildungs-/Karrieremöglichkeit aufgrund des Spielens

Eine Störung liegt vor, wenn 5 von 9 Kriterien in den letzten 12 Monaten erfüllt waren (Quelle: www.aerzteblatt.de/17m0419)

gamescom 2017 – Schlussbericht
26. August 2017, Köln



gamescom 2017 knackt eigenen Rekord: Über 350.000 Besucher feiern „The Heart of Gaming“

- * gamescom begeistert über 350.000 Besucher
- * Internationaler als je zuvor: Besucher aus 106 Ländern zu Gast in Köln
- * Position als Europas Businessplattform Nummer 1 der Gaming-Branche bestätigt: 30.700 Fachbesucher
- * Neue Bestmarke: 919 Unternehmen (+5 Prozent) aus 54 Ländern
- * gamescom-Woche mit starkem Konferenzprogramm: gamescom congress, SPOBIS Gaming & Media sowie devcom (...)

Mehr Gaming geht nicht: Die gamescom 2017 überzeugte einmal mehr durch ein plattformübergreifendes Ausstellungsangebot. Auf einer erneut erweiterten Bruttofläche von 201.000 Quadratmetern (+4 Prozent) sorgten Konsolen-, Mobile-, Online-, PC-Gaming, Virtual Reality und eSports, als eines der Top-Themen, für Be-

geisterung bei Spielefans aus aller Welt. Neben den spektakulären Präsentationen der Aussteller waren auch die social media stage powered by BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur), das cosplay village, der gamescom campus, family & friends sowie viele weitere Outdoor- und Indoor-Aktionen beliebte Treffpunkte der Besucher. Partnerland der gamescom 2017 war Kanada. (...)

Felix Falk, Geschäftsführer des BIU, dem Verband der deutschen Games-Branche und Träger der gamescom: „Die gamescom 2017 war ein Erfolg auf allen Ebenen. Der erneute Rekord bei Besuchern und bei der Anzahl der Aussteller sowie die weiter gestiegene Internationalität unterstreichen eindrucksvoll den Status der gamescom als weltgrößtes Event rund um Computer- und Videospiele. Die Eröffnung durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie die erstklassig besetzte Wahlkampf-Arena verdeutlichten sowohl den einmaligen Erfolg der gamescom als auch die deutlich gestiegene Anerkennung von Games als wichtigem Wirtschaftsfaktor, Innovationstreiber und Kulturgut.“ (...)

Den Abschluss der gamescom-Woche 2017 bildet erneut das beliebte gamescom city festival. Noch bis zum 27. August 2017 heißt es auf dem Neumarkt, dem Rudolfplatz und dem Hohenzollernring: Bühne frei für Games, Music, Street Food! Auch in diesem Jahr bot das gamescom city festival Entertainment pur. Deutlich über 100.000 Besucher zusätzlich werden zum gamescom city festival in der Rheinmetropole erwartet

S. 26); es bleibt aber die Frage, ob damit nicht gerade erst noch ein weiteres Türchen geöffnet wird, um die Kinder und Jugendlichen spielaffin zu machen.

Von infiziert zu pathologisch

Angesichts der als bedroht anzusehenden psychischen Gesundheit einer steigenden Zahl von Jugendlichen und Kindern durch den exzessiven Computerspiele-Konsum befasst sich zunehmend die Medizin mit diesem Phänomen. Die gesundheitlichen Folgen sind in jüngster Zeit Gegenstand medizinisch-klinischer Untersuchungen. Die Forscher* kommen zu dem Ergebnis, dass bei 5,7 Prozent

der Kinder und Jugendlichen in der Altersgruppe der 12- bis 25-Jährigen in Deutschland eine Störung durch Spielen von Internetspielen – online wie offline (engl. IGD-Internet Gaming Disorder) – festzustellen ist. Dabei zeigte sich für männliche Befragte eine deutlich höhere Betroffenheitsrate (8,4 Prozent) als bei weiblichen (2,9 Prozent). Darüber hinaus wurden signifikante Zusammenhänge in Bezug auf ein niedriges Lebensalter, eine höhere Depressivität, höhere Ängstlichkeit und häufigere Vernachlässigung sozialer Kontakte wegen der Computernutzung beobachtet. Angesichts der Dimension dessen, was da prägend auf

eine ganze Generation einwirkt, ist es schon erstaunlich, dass die zitierten Zahlen nach Angaben der Verfasser der Studie Ergebnis der ersten Untersuchung dieser Art in Deutschland sind.

Die objektiven Befunde dieser Studie, gepaart mit unseren subjektiven Erfahrungen sollten uns mehr als aufhorchen lassen.

JOACHIM GEFFERS

*Lutz Wartburg, Levente Kriston, Rainer Thomasius: Prävalenz und psychosoziale Korrelate von Internet Gaming Disorder, in: Deutsches Ärzteblatt, Juni 2017, S. 419-24. Nach Angaben der Verfasser handelt es sich um die erste Untersuchung dieser Art in Deutschland. Die Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen Stichprobe mit 1531 Proband_innen im Alter von 12 bis 25

Youtube soll Schule machen

Studie offenbart große Skepsis unter Lehrkräften gegenüber Einsatz von Digitalmedien. Alles Kleingeisterei, findet die Bertelsmann-Stiftung

Der sogenannte Digitalpakt D, der Deutschlands Schulen fit für die digitale Moderne machen soll, liegt auf Eis. Von den durch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) vor knapp einem Jahr versprochenen fünf Milliarden Euro für Breitbandtechnik, Laptops und Tablets haben Bund und Länder noch keinen Cent bewilligt. [...] Binnen zweier Tage nur wurden drei sogenannte Studien dazu veröffentlicht – von der Friedrich-Ebert-Stiftung, vom Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (IfW) sowie am Freitag von der Bertelsmann-Stiftung. Der Tenor ist der gleiche: Das digitale Klassenzimmer ist Pflicht.

Den Schluss muss nicht ziehen, wer sich die Befunde genauer anschaut. Zwar sind laut der Erhebung der Bertelsmann-Stiftung rund 70 Prozent der befragten Schulleiter und Pädagogen überzeugt, dass digitale Medien die Attraktivität ihrer Schule steigern. Dass sich mit ihrem Einsatz besser lernen lasse, glaubt aber nicht mal jeder vierte. Lediglich 24 Prozent stimmten »eher zu«, dass digitales Lernen die Lernqualität erhöht, nur fünf Prozent »voll und ganz«. Der Aussage, mit Digitalmedien ließen sich »bessere Lernergebnisse« erzielen, schlossen sich zehn Prozent »eher« und fünf Prozent »voll und ganz« an. 90 Prozent sind offenbar anderer Meinung. Auch den Einsatz von PC oder Tablet zur Förderung von körperlich beeinträchtigten bzw. familiär oder materiell benachteiligten Kindern sehen die Lehrer weit überwiegend skeptisch.

Unter den Rektoren fallen die Einschätzungen bei der Mehrzahl der behandelten Punkte

nur unwesentlich positiver aus. Zustimmungsraten von jeweils mehr als 70 Prozent gibt es allein bei den Fragen, ob digitale Medien das Image der Schule aufmöbeln, ob sie zur Motivation der Schüler beitragen können und ob ihr Einsatz teuer sei. Die verbreiteten Vorbehalte machen dagegen auch folgende Zahlen deutlich: 15 Prozent der Pädagogen nutzen digitale Medien »vielseitig«, 37 Prozent »ab und zu«, 48 Prozent »wenig«. Selbst »etablierte Medien wie Youtube, Wikis und Power Point« kämen »nur gelegentlich« zur Anwendung, schreiben die Autoren der Untersuchung im O-Ton.

Die Bertelsmänner folgern glasklar: Pädagogen sind »Digitalmuffel« (Spiegel online). Deutliche Kritik äußern sie auch an den schlechten technischen Rahmenbedingungen. Man darf sicher sein: Zur Behebung der Defizite steht die Bertelsmann AG gerne zu Diensten. »Schule nutzt das pädagogische Potential des digitalen Wandels noch

nicht«, meinte gestern Stiftungsvorstand Jörg Dräger – und behauptete ohne jeden Beleg: »Digitale Medien können dabei helfen, pädagogische Herausforderungen wie Inklusion, Ganztag oder die Förderung lernschwacher Schüler zu bewältigen.«

Ende Mai hatte der bayerische »Aktionsrat Bildung«, ein Expertengremium aus renommierten Bildungsforschern, in einem Gutachten das Gegenteil konstatiert. Darin heißt es unter Verweis auf die Internationale Grundschulleseuntersuchung IGLU von 2011, dass Schüler, »in deren Unterricht mindestens einmal wöchentlich Computer eingesetzt wurden, in den Domänen Mathematik und Naturwissenschaften statistisch signifikant niedrigere Kompetenzen« aufgewiesen hätten als jene, »die seltener als einmal pro Woche Computer im Unterricht nutzen«.

RALF WURZBACHER
Aus: Junge Welt vom 16.9.17

Kopfschuss: Glatte Eins!

An einer norwegischen Schule stehen Ballerspiele auf dem Stundenplan. Ist das Wahnsinn oder eine bildungspolitische Vision? Fördern „Killerspiele“ die Gewalt – oder das strategische Denken?

Computerspiele: Schießen, kommandieren, Terroristen bekämpfen: Elftklässler der Arna Vidaregåande Skule im norwegischen Bergen spielen seit diesem Schuljahr „Counter-Strike“ im Unterricht.

Es ist Freitagmittag, Viertel vor eins, als ein Schüler in Klassenraum 4 seinem Lehrer in den Kopf schießt. Blut spritzt, der Lehrer geht zu Boden, um dann zu sagen: „Super gemacht!“ Die Waffe, das Blut, die zu Boden sinkende Gestalt – all das besteht aus Pixeln. Das Spiel, das da gespielt wird, heißt Counter-Strike: Global Offensive, kurz CS:GO. Ein Taktik-Shooter. Der Kopfschuss ist Teil des Unterrichts. An der Arna Vidaregåande Skule in Norwegen stehen Computerspiele auf dem Lehrplan. Zweimal in der Woche lernen die Schüler, wie man effektiver schießt oder welche Angriffszüge für welches Gelände geeignet sind.

GIOIA BAURMANN
Aus: DIE ZEIT Nr. 21/2017 (Auszüge)

„Die Kinder erklären mir etwas und das macht sie stolz“

Kay Anker, Lehrer für Mathematik, Informatik und Physik am Friedrich-Ebert-Gymnasium in Harburg, über den produktiven Einsatz des Computerspiels im Unterricht

hlz: Ein nicht geringer Teil der Generation der Schüler_innen, die auch du unterrichtest, ist ja von Computer-Spielen infiziert. Jetzt hast du die Vorstellung, dass es Sinn macht, Computerspiele nun auch noch für den Unterricht zu nutzen. Kannst du das mal erklären?

Kay Anker: Zunächst einmal halte ich Manches in der Tat für

grenzwertig und sehe dies überaus kritisch. Ich sehe natürlich auch genauso gerne Schüler_innen mit dem Pausenbrot oder mit dem Fußball draußen in der Sonne. Ich selber habe reichlich Kinder und bei jedem Kind dafür gesorgt, dass es Sport getrieben hat, dass die Kinder draußen waren. Davon abgesehen, meine Kinder haben noch nicht mal alle einen PC. Aber ich sehe auch

ganz einfach die Realität und das heißt, dass nicht wenige Kinder dieses exzessive Spielverhalten an den Tag legen. Die Reaktion der Erwachsenen ist in erster Linie gekennzeichnet durch Ignoranz. Das heißt: sie sehen das, können es aber nicht einordnen, wissen nicht, was das ist und von daher muss es schlecht sein. Das ist also der Impuls, den ich wahrnehme. Ich habe mir angesehen,

Wovon die Rede ist

Minecraft ist ein Open-World-Spiel, das vom schwedischen Programmierer Markus „Notch“ Persson erschaffen und von dessen Firma Mojang, welche im September 2014 für 2,5 Milliarden Dollar (etwa 1,9 Milliarden Euro) durch den Microsoft-Konzern aufgekauft wurde, veröffentlicht und weiterentwickelt wird. Das Spiel erschien am 10. Mai 2009 für den PC, war damals jedoch noch in der Entwicklungsphase. Mit den Verkäufen aller Minecraft-Versionen wurde das Spiel über 120 Millionen Mal verkauft und ist somit eines der meistverkauften Videospiele weltweit.

In dem Spiel kann der Spieler Konstruktionen aus zumeist würfelförmigen Blöcken in einer 3D-Welt bauen. Außerdem kann der Spieler diese Welt erkunden, Ressourcen sammeln, gegen Monster kämpfen und die Blöcke zu anderen Gegenständen weiterverarbeiten. Erfahrungspunkte können durch das Töten von Monstern oder Tieren, durch das Brennen von Erzen und Steinen im Ofen und den Abbau von Erzen erworben werden. Mit den Erfahrungspunkten können Werkzeuge, Rüstungen und Waffen verzaubert oder durch einen Amboss repariert und umbenannt werden. Verzauberte Gegenstände sind meist stärker, halten länger oder haben andere Effekte.

Dem Spieler begegnen unterschiedliche Nicht-Spieler-Charaktere wie Tiere, Dorfbewohner und Monster. Friedliche Tiere, wie Schweine, Schafe oder Hühner, dienen als Rohstoffquellen für beispielsweise Fleisch oder Wolle. Während der Nacht und in dunklen Gebieten erscheinen zum Beispiel Zombies oder Spinnen, die den Spieler angreifen. Daneben gibt es noch Creeper, welche explodieren, wenn der Spieler ihnen zu nah kommt. Außerdem kann auf fertig vorgebaute Dörfer getroffen werden, in denen Dorfbewohner leben. Mit ihnen kann gehandelt werden.

Die Gesetze der Physik sind im Spiel teilweise aufgehoben. Beispielsweise unterliegen die meisten Blöcke während des Bauens nicht der Schwerkraft, sondern schweben scheinbar schwerelos. Wasser und Lava sind die einzigen Flüssigkeiten. Schaltkreise können mit Hilfe von Redstone-Kabeln gebaut werden. Diese Kabel ähneln Leiterbahnen und sind in der Lage, Signale zu übertragen. So lässt sich beispielsweise ein Schalter zum Öffnen einer Tür bauen; und sogar ein einfacher Prozessor kann in Minecraft nachgebildet werden.

QUELLE: AUSZÜGE AUS WIKIPEDIA

Was wikipedia in der sonst recht differenzierten Darstellung unterschlägt ist, dass es außerdem noch den Mehrspieler-Modus gibt, in welchem man mit unzähligen anderen Spielern online spielen und kämpfen kann. Hier gibt es 60 000 (!) Gruppen im Netz. Da schlägt Quantität in Qualität um. Meine Vermutung: Hier lauert das wahre Suchtpotenzial, weil es einerseits um den Reiz des Gewinnens geht, gepaart mit der Attraktivität eines Korpsgeistes, da man als Mannschaft versucht, den Sieg nach Hause zu tragen. JG

was die Kinder machen und habe festgestellt, dass man das sehr wohl unterrichtlich nutzen kann. Man muss die Kinder nur aufs richtige Gleis führen. In dem Augenblick, wo ich das Ganze mit einer konkreten Aufgabe verknüpfe, kann daraus sehr wohl etwas erwachsen, was sehr positiv ist. Vor allem auch Antrieb geben, also Kinder an den Start bringen. Es ist ja oftmals ein Verhalten, das als nerdig, jugendspezifisch gekennzeichnet wird. Wenn man aber einen anderen Zugang offenbart, sind die Mädchen genauso dabei. Von daher habe ich das einfach unterrichtlich genutzt.

hlz: *Aber birgt dieses Hoffähigmachen nicht die Gefahr, dass nun erst Recht ein Teil der Schüler_innen Suchtphänomene entwickeln könnte?*

Kay Anker: Nein, die bekommen ja einen anderen Blick dadurch. Ich bin der Meinung, dass in dem Augenblick, in dem ich das in der Schule auf eine vernünftige Art und Weise quasi kanalisierere, ich einen besseren Zugriff dazu habe. Ich kann den Kindern zeigen, wie sie es besser verstehen und auch, wie sie einen kritischen Blick darauf bekommen können. Denn das Ganze ist ja eine unglaublich komplexe Technik. Die laufen ja mit Smartphones durch die Gegend, die in Wirklichkeit hochleistungsfähige Computer sind, ohne es zu wissen. Sie sind im Internet unterwegs, klicken hier, klicken da und haben eigentlich überhaupt keine Ahnung davon, was sie da machen. Soll ich es denn verbieten? Das wird wohl kaum gehen. Die Kiste kriege ich doch nicht wieder zurückgeschraubt! Also ist es doch ganz ratsam, sich darauf einzulassen und die Frage zu stellen: Womit beschäftigt ihr euch hier überhaupt? Womit geht ihr um? Zeigt es mir doch mal! Weißt du eigentlich, was du da machst?



Fotos: hlz

Es ist ja oftmals ein Verhalten, das als nerdig, jugendspezifisch gekennzeichnet wird. Wenn man aber einen anderen Zugang offenbart, sind die Mädchen genauso dabei

Also Fragen stellen, sicher auch mal gegenhalten, aber eben auch das, was gesagt wird, bereit sein aufzunehmen. Das halte ich für sinnvoll.

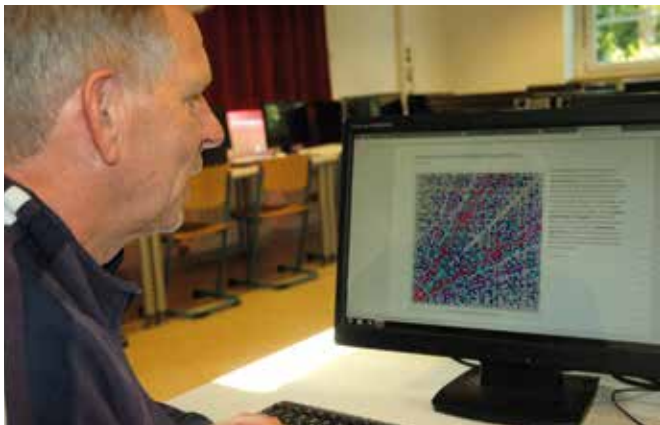
hlz: *Aber sollte ein Spiel nicht eigentlich zweckfrei sein?*

Kay Anker: Natürlich sollten Spiele zweckfrei sein, das sehe ich auch. Das kennzeichnet ein Spiel in meinen Augen. Aber die Realität ist, dass es überall auch für Erwachsene Lernspiele gibt. Oft powern Eltern doch schon sehr früh in eine Richtung, sei es, dass ihr Kind Ingenieur oder was auch immer wird. Der Metallbaukasten für den Jungen, die Anziehpuppe – was weiß ich – für das Mädchen. Das waren schon immer Kennzeichen von Spielen. Ich habe zum Beispiel festgestellt, dass bei einem Konstruktionsspiel, wie beispielsweise Minecraft, das von meinen Kolleg_innen auf Lehrer_innenkonferenzen beschimpft wird und zu dem gesagt wird: „Wer lässt das denn zu, dass die Kinder überhaupt damit spielen?“, Kinder auf die Aufgabenstellung: „Bau mir doch mal deine Schule, so wie du sie dir vorstellst!“ mit Minecraft plötzlich begeistert dabei sind. Und dieses Feuer hab' ich bei Mädchen wie bei Jungen erleben dürfen. Die würden von selbst niemals

auf die Idee kommen, so etwas zu verfolgen. Aber die Tatsache, dass jemand kommt und ihnen sagt: „Bau das doch einmal und zwar mit den Mitteln, die du beherrschst, die ich als Erwachsener nicht beherrsche!“ kommen diese Kinder plötzlich mit einem ganz anderen Selbstbewusstsein an und zeigen mir, wohin die Reise geht. Das finde ich gut! Das ist eine ganz andere Perspektive als die, dass ich als Mathematiklehrer vorgebe, dass Bruchrechnen unendlich wichtig ist. Und wer das nicht richtig beherrscht, der ist ja überhaupt kein richtiger Mensch. Hier haben wir etwas, bei dem Kinder wirklich besser sind. Sie können es, sie beherrschen es, sie zeigen es mir, wie es geht. Sie erklären mir, das und das mache sie stolz.

hlz: *Kommst du dabei dem Phänomen auf die Spur, was im Extrem zur Sucht führt?*

Kay Anker: Wir haben Schüler_innen, wo ich sagen möchte: da muss man vorsichtig sein, da trifft der Begriff Sucht wirklich. Das sind aber minimal wenig. Ich kenne hier an dieser Schule einen, einen! Schüler, wo ich sagen würde: das trifft auf den zu. Die anderen Schüler_innen spielen einfach gerne damit. Nochmal zum Smartphone: Ich habe eigene Kinder, fünf an der Zahl,



Mathematische Phänomene entwickeln plötzlich einen ästhetischen Reiz

zwischen 14 und 27. Ich weiß also etwas über den Umgang mit elektronischen Medien aus erster Hand. Für einen Jugendlichen ist heute ein Smartphone im Prinzip ein Mittel zur Kommunikation. Die sind ständig verdrahtet, ständig vernetzt, wissen immer, was ihre Leute gerade machen, wissen immer, wo gerade die Party steigt, wo was los ist. Das ist vollkommen klar. Man tauscht sich aus darüber. Ich selber lehne das für mich ab. Ich will es nicht, ich kann es nicht. Ich bin auch übers Wochenende über E-Mail nicht zu erreichen. Ich gehe dann also nicht an den PC. Ich nehme mir Auszeiten. Das müssten Kinder lernen auf ihrem Weg zum Erwachsenen-Sein, das ganz bewusste Abschalten des Geräts. Aber sie als süchtig zu bezeichnen, wenn dies noch nicht so funktioniert, halte ich für übertrieben. Ähnlich jetzt in Bezug auf so ein Konstruktionspiel wie Minecraft. Das ist ja so ein open-world-Spiel. Das heißt, das läuft auf einem Server, in den die Kinder sich einloggen oder in ein Schulnetzwerk, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Dann können verschiedene Spieler_innen daran teilnehmen. Dann sieht der Lehrer eigentlich immer nur die Perspektive des Minecraft-spielenden Kindes oder Jugendlichen über den Blick dieser Person, die er oder

sie da angenommen hat. Es ist ja ein ganz grobes Klötzchenspiel. Das ist ja kein Ego-Shooter oder so was. Die Schüler_innen suchen ja fortwährend irgendwie Materialien, eine Goldader hier, eine Diamantenmine dort und hauen mit ihrer Spitzhacke rum. Dann haben sie eine Pyramide gebaut und ein anderer reißt sie ein. Dann geht durch den Raum: „Kannst du bitte aus meiner Welt rausgehen“ oder was weiß ich. Die kommunizieren ja intensiv miteinander. Das ist der Augenblick, wo man als Lehrer_in aufschreckt und hellhörig wird und sagt: „Pass mal auf, was macht ihr da eigentlich? Worum geht es da? Das ist ja ein wunderbares Spielzeug, aber erklär mir doch mal diese Welt. Dreht die sich eigentlich? Gibt es Tag und Nacht? Fallen Gegenstände runter? Wenn ja, wie? Werden sie dabei schneller oder ist das eine gleichbleibende Geschwindigkeit? Lass uns das mal untersuchen.“ Wir haben im Physikunterricht Fallexperimente mit Minecraft ausgeführt. Das heißt, wir haben einen Turm gebaut, haben Sachen runterfallen lassen und haben geguckt, ob es in Minecraft eine Gravitation gibt und wenn ja, wie groß sie ist. Was haben die Schüler_innen gemacht? Sie haben die Werte ausgelesen und sie anschließend mit dem Programm der Tabel-

lenkalkulation gezeichnet und das Falldiagramm danach charakterisieren können, ob es nun eine Gravitation in Minecraft, in dieser fiktiven Spielumgebung, gibt. Das ist doch ein toller Weg der Erkenntnis!

hlz: Aber noch mal: Was denkst du, was macht die Begeisterung aus, die möglicherweise in einer Sucht mündet? Wo hört das begeisterte Spiel auf und wo schwenkt es um in eine Art von Abhängigkeit?

Kay Anker: Die Begeisterung besteht darin, dass ich hier etwas kann, was mir unendlich viele Möglichkeiten eröffnet, die ich sonst nicht habe. Ich kann mich ganz anders durch den Raum bewegen, als ich das sonst tue. Das sind ganz andere Möglichkeiten, die der Schüler oder die Schülerin da haben, die die Grenzen der Physis sprengen. Das ist das eine. Das andere ist eben, finde ich, wenn der Schüler oder die Schülerin sich mit anderen zusammen durch diese Welt bewegt, wenn sie also miteinander vernetzt sind und das für Nekkereien nutzen, sich dort begegnen, dann ist das ein interaktiver Prozess und damit eine Art von Kommunikation. Das kann emphatische Reaktionen der Begeisterung auslösen oder eben auch Wut und Aggression. Man fordert den Gegner oder die Gegnerin heraus, nicht immer zartbesaitet im Jugendsprech, aber nicht im Sinne von Mobbing wohlgemerkt. Da hat der oder die etwas konstruiert und dann kommt ein anderer oder eine andere mit der Spitzhacke und haut das weg. Dann schlagen die Wogen hoch. Aber ein richtiges Suchtpotenzial vermag ich nicht darin zu erkennen. Ich rede hier wirklich von minecraft – es gibt ja auch andere Computerspiele, in denen es weit martialischer zugeht. Da habe ich aber relativ wenig Einblick. Ich weiß, dass es das gibt aus dem Informatik-

unterricht, wie auch von einem meiner Söhne, da habe ich das auch schon beobachtet. Die sind also online, agieren mit anderen Gruppen zusammen und bekriegen sich dort. Das ist natürlich hochgradig aufregend. Der andere Schütze von dem anderen Clan, der kann plötzlich hinter mir stehen und auf mich zielen. Aber wovon ich hier berichte, jetzt an dieser Schule, das sind Konstruktionsspiele, die Schüler_innen zu einem Höchstmaß an Kreativität auffordern. Das sind die Schülerjahrgänge 6, 7, 8. Danach ebbt das irgendwann mal ab.

hlz: *Minecraft, so wie ich das jetzt von meinem Sohn mitgekriegt habe, hat aber neben dem, was du beschrieben hast, das Motiv zu gewinnen. Und zwar in einer Dimension, die wir uns kaum vorstellen können. Da wird in Gruppen vernetzt, im gesamten deutschsprachigen Raum gerungen und gekämpft. Mein Sohn sagte einmal: „Ja, von 3000 Gruppen, die jetzt online sind, sind wir jetzt auf Platz 14.“*

Kay Anker: In Minecraft?

hlz: *In Minecraft. Das ist ja eine riesige weltweite community.*

Kay Anker: Reden wir vom gleichen Spiel? Ich rede jetzt von Minecraft, also mine, also zu deutsch: Mine. Ich rede von dem Konstruktionsspiel, das sind ganz grobe Klötzchen. Die ganze Minecraft-Welt besteht nur aus Kuben, nur aus ganz groben Klötzchen.

hlz: *Ja und in dieser Welt wird aber eben auch – und ich befürchte hauptsächlich – kämpferisch ‚gespielt‘.*

Kay Anker: Es ist sicherlich auch diese Ego-Perspektive, die das Ganze so interessant macht. Man sieht sich selbst, schaut da

in die Welt hinein und sieht das auf eine Art und Weise, die mich als Akteur fordert. Man hat m.E. also nicht großartig die Möglichkeit, Gewaltfantasien auszuleben, wo Blut fließt. Es gibt doch keine abgetrennten Gliedmaßen! Also wirklich: das ist ein Konstruktionspiel und so wird es auch von den Schüler_innen hier benutzt.

hlz: *Laufen diese Konstruktionsgeschichten denn auch so interaktiv wie beim reinen Spiel? Macht man das auch als Gruppe?*

Kay Anker: Die Schüler_innen reden miteinander, die kommunizieren intensiv, sie tauschen sich untereinander aus und sie haben auch den Bezug zur Realität. Das heißt, ich habe Schüler_innen dabei – das betrifft jetzt nicht alle, sondern die besseren, die ein bisschen engagierter sind –, die bspw. gleichzeitig eigene Messgeräte verschalten, Messgeräte anschließen, auswerten und das mit einer eigenen Computersteuerung versehen. Das ist eine tolle Angelegenheit! Wir haben aber auch zum Beispiel eine Deutschkollegin, die hat Schüler_innen freigestellt, wie sie Szenen umsetzen wollen aus dem Fontane-Gedicht „John Maynard.“ Das haben die mit Minecraft inszeniert.

hlz: *Vielleicht entsteht dabei*

der Effekt, dass die Computeraffinität zurückgeht, denn in dem Moment, wo die Schule das aufnimmt und das Ganze nicht mehr so zweckfrei läuft, ist es möglicherweise als Freizeitbeschäftigung verbrannt. Aber kommen wir jetzt auf die andere Seite zu sprechen, die der Kolleg_innen. Wenn du auch im Lehrerzimmer vielleicht sagst: „Leute, nun haltet euch mit eurer Kritik mal zurück. Das ist doch ein sinnvolles Instrument, kommt eben darauf an, was man damit macht.“ – wie ist da die Reaktion der Kolleg_innen?

Kay Anker: Ja, es gibt die Kolleg_innen, die explizit sagen: „Ich möchte, dass die Schüler_innen meiner Klasse so was nicht machen. Ich möchte, dass sie in der Pause draußen sind.“ Das ist Konfliktpotenzial. Aber der Schüler oder die Schülerin wird sagen: „Wieso darf ich denn nicht?“ Und allein aus einer Trotzhaltung kommt dann nicht selten: Jetzt erst recht! Dann mache ich das zu Hause bei mir im Kinderzimmer erst recht. Die suchen sich dann schon ihre Ecken, wo sie der Lehrkraft entfliehen können. Ich bin in fast jeder Pause draußen auf unserem Sportplatz und mache dort Aufsicht. Nicht selten schmieden wir dort neue Projekte. Ein Beispiel: die Fidget-Spinner. Kinder kamen plötzlich an mit diesen Drehreisel. Die ganze Erwachsenen-



Nur ein kleiner Schritt vom ach so harmlosen mindcraft-KLötzchenspiel...

welt schlägt sich an den Schädel und sagt: „Was ist denn das für ein Sch...? Wir haben die Dinger auf ihre Drehzahl hin untersucht. Wir haben zum Beispiel versucht herauszubekommen, wie schnell sich so ein Fidget-Spinner dreht. Wie haben wir das gemacht? Wir haben ein Mikrofon an ein Oszilloskop angeschlossen bzw. ein Mikrofon an einen Computer angeschlossen, haben durch einen Strohhalm gegen den Fidget-Spinner gepustet, dabei macht er natürlich ein bssbsbsbs-Geräusch, ein frequentes Geräusch und haben diese Frequenzen aufgezeichnet, untersucht und anschließend ausgewertet. Ich habe die Schüler_innen damit konfrontiert, dass das Auge nur eine gewisse Anzahl von Bildern pro Sekunde aufnehmen kann und dass dadurch dieser Speichenradeneffekt im Film, dass sich etwas dreht und anschließend wieder zurückdreht, zustande kommt. Wir haben zu diesem Zweck eine Kamera an einen USB-Port angeschlossen und die Fidget-Spinner in Rotation versetzt und das Ganze aufgezeichnet. Wir haben dann herausgefunden, wie viele Umdrehungen, wie viele „frames per second“ unsere Kamera macht. Die ließ sich umstellen von 60 auf 30 Bilder pro Sekunde. Auf diese Weise konnten wir die jeweilige Geschwindigkeit ermitteln. Das heißt, wir haben gesehen, wie es vorwärts und wieder rückwärts läuft. Das ist für mich im besten Sinne forschendes Lernen. Man

muss also einfach gucken: Was machen die Kinder so? Womit beschäftigen sie sich? Ich muss nicht jeden Quatsch verfolgen, das ist vollkommen klar. Aber wenn eine Sache interessant ist und sie sich nutzen lässt für meine physikalischen oder für meine mathematischen Experimente, auch für meine Technikexperimente, dann wird das gemacht.

hlz: Du hast im Vorgespräch gesagt, dass du hier an der Schule große Freiräume genießt. Wie müsste deiner Meinung nach Schule sich verändern, um genau diese von dir angesprochenen Elemente stärker in das normale Unterrichtsgeschehen einzubeziehen?

Kay Anker: Individualisiertes Lernen ist ja zurzeit das Modewort in der Pädagogik. Ich denke, wir sind weit entfernt davon, dies zu praktizieren. Wir haben zum Beispiel einige hier an der Schule, die sind technisch absolut affin, möchte man sagen, begabt, absolut; aber sprachlich mit Sicherheit nicht, fremdsprachlich schon gar nicht. Das sind Leute, die werden oftmals immer um die 5 kreisen im Bereich der Fremdsprache. Das widerspricht somit den Leistungsanforderungen. Schüler_innen leiden, was sich bis zum Hass gegen Schule steigern kann. Und wir Lehrer_innen sind die Erfüllungsgehilfen des Systems und machen Druck. In Bezug auf die Vorbereitung auf die reale Welt

sind dies meines Erachtens Unterwerfungsübungen. Wenn jetzt einer in selb begabt ist, dann taugt er fürs Leben nicht und muss eben anders irgendwie seinen Weg finden. Damit verschenken wir gesellschaftlich ganz viel – wie heißt es eher ökonomisch: – human resources.

hlz: Aber so, wie es wenig sprachaffine Menschen gibt, so trifft dies doch auch für Menschen zu, die wenig Bezug zur Technik oder überhaupt zu den Naturwissenschaften haben.

Kay Anker: Absolut und ich sehe dies regelmäßig in diesen Wahlpflichtkursen, in denen Schüler_innen landen, obwohl sie das gar nicht wollten, es aber vom System her machen müssen. Ja, da muss ich das als Lehrer_in lernen zu akzeptieren, dass eine gut gemachte Präsentation über die Geschichte der Datenverarbeitung oder über den Computer auch eine angemessene Leistung ist. Während ein anderer das sitzt und wirklich sagt: „Ich möchte eine Programmiersprache erlernen.“ Die muss ich doch getrennt fördern! Wenn aber dann der Abteilungsleiter kommt und sagt: „Wie sieht es mit deiner Arbeit aus? Ist die denn für alle auch wirklich gleich?“ Natürlich kann die das gar nicht sein, es sei denn, ich baue für die Schüler_innen ersichtlich eine Ebene ein, wo ich sage: „Wir müssen uns jetzt hier auf etwas einigen, was ich, wie auch immer, abfragen kann, sodass ich vor meinem Abteilungsleiter sagen kann: Ich habe eine Arbeit schreiben lassen.“ Das ist doch Bildung ad absurdum geführt. Das ist doch eine Farce!

hlz: Ein gutes Schlusswort, weil dieses Attribut wohl für Vieles steht, was in Schule passiert. Ich danke dir für das Gespräch.

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS



... zum Kriegsspiel

Bildnachweis: gamescom, 2017

FC St. Pauli

FC St. Pauli im „Dritten Reich“ im „Dritten Reich“

Ein Bildungsangebot
für Schulklassen und Jugendgruppen

Das Museum im Millerntor als Lernort

06.11. – 30.11.2017



1910.V.
MUSEUM
FÜR DEN FC ST. PAULI

www.fcstpauli-drittes-reich.de
workshops@1910-museum.de

Workshop für Schulklassen und Jugendgruppen

Dieses Angebot ist an Jugendliche ab der 9. Klassenstufe gerichtet und kann den Geschichtsunterricht ergänzen oder als eigenständiges Angebot wahrgenommen werden.

Zunächst werden die Jugendlichen unter Anleitung unserer Teamer*innen durch die Sonderausstellung „FC St. Pauli im ‚Dritten Reich‘“ begleitet. Daran anknüpfend setzen sie sich in Kleingruppen mit verschiedenen Tafeln und Objekten der Ausstellung in Bezug auf das Thema auseinander. Nachfolgend werden alle Ergebnisse in der Großgruppe vorgestellt, zusammengetragen und besprochen. Die Jugendlichen werden sich dabei mit verschiedenen Biografien von Akteuren des Vereins auseinandersetzen. Im Fokus stehen hier ihre Rolle im Nationalsozialismus, ihre persönlichen Entscheidungen und deren Folgen.

Die wichtigsten Aspekte des Workshops sind:

- Wie verhielt sich der FC St. Pauli als gesamter Verein zum NS-Regime?
- In welchem Verhältnis standen einzelne St. Paulianer zum Nationalsozialismus? Wer war Opfer, Täter oder Mitläufer? (Biografiearbeit)
- Wie wurde der FC St. Pauli, was er heute ist?
- Welche Rolle spielt dabei die Aufarbeitung der NS-Zeit?
- Engagement gegen Rechts beim FC St. Pauli heute (Spurensuche bei einer Stadionführung)

Das Ziel des Moduls ist neben der Vermittlung historischer Informationen anhand von Biografiearbeit auch das Anregen zum Nachdenken über die eigenen Handlungen und daraus resultierende Konsequenzen für sich und die Gesellschaft.

Da das Modul Vorwissen über den Nationalsozialismus voraussetzt, ist es als Einstieg nicht geeignet.

Für Rückfragen dazu stehen wir gerne zur Verfügung.

Die Teilnahme am Modul ist kostenlos. Eine Anmeldung ist erforderlich. Termine für Ihre Schulklasse/Ihre Gruppe können Sie für den Zeitraum der Ausstellung individuell mit uns vereinbaren.

Dauer ca. vier Stunden, inkl. Stadionführung.

Sportvereine, Jugendverbände und andere Jugendgruppen können sich ebenfalls gerne bei uns melden.

Ansprechpartner*in: Juliane Deppe / Fabian Fritz

Zeitraum: 06.11. – 30.11.2017

Kontakt: workshops@1910-museum.de



Foto: Antje Frohmüller

Das Sichere ist nicht sicher

Interview mit der Historikerin Alexandra Jaeger, die eine Dissertation über die Auswirkungen des Radikalenbeschlusses von 1972 in Hamburg schrieb

hlz: *Alexandra, du gehörst ja nun nicht zu der Generation der Betroffenen. Was hat dich denn dazu bewogen, dich so intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen?*

Alexandra Jaeger: Das kam eigentlich aus dem Interesse für die Entwicklung nach '68: Was hat sich gesellschaftlich verändert? Welche Reformen aber auch Konflikte gab es? So bin ich auf den Radikalenbeschluss gestoßen und habe mich gefragt: Wieso haben die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler 1972 diesen Beschluss gefasst? Welche Motive steckten dahinter? Eines meiner zentralen Ergebnisse ist, dass der Radikalenbeschluss eine staatliche Antwort auf die Linksentwicklung nach 1968 war. Der Einfluss kommunistischer Organisationen im Bildungsbereich sollte eingeschränkt werden. Der Radikalenbeschluss war eines der großen politischen Themen der 70er Jahre und eignet sich deshalb sehr gut, um gesellschaftliche und politische Entwicklungen in diesem Jahrzehnt zu untersuchen.

hlz: *Nun hat ja nicht nur der Staat reagiert, sondern die Gewerkschaften haben ebenso diese unrühmliche Rolle mit ihren Unvereinbarkeitsbeschlüssen gespielt.*

Alexandra Jaeger: Ja, die Gewerkschaften, würde ich sagen, haben eine ambivalente Rolle gespielt. Ich habe in meiner Arbeit auch Protokolle des

DGB in Hamburg und Unterlagen der GEW eingesehen. Ich denke, einerseits hat die GEW die Lage der Betroffenen gestärkt, nämlich indem es schon von 1971 an in Hamburg für die Mitglieder eine Zusicherung auf Rechtsschutz gab. Zudem setzte die GEW beim Hamburger Senat durch, dass diejenigen, die schon im Dienst beschäftigt waren, erst

auf diese Weise auch Betroffene ans Messer geliefert haben?

Alexandra Jaeger: (...) Die DGB-Gewerkschaften haben parallel zum staatlichen Prüfungsverfahren ein eigenes Meldesystem geschaffen und sich gegenseitig über ausgeschlossene Mitglieder informiert, vor allem Mitglieder von K-Gruppen.

In einigen wenigen Fällen gelangten Informationen über Konflikte in der GEW oder Gewerkschaftsausschlüsse in die Akten des Personalamts. Dies konnte die Beamten darin bestärken, dass sie es mit „Verfassungsfeinden“ zu tun hatten. Einige Beamte vertraten aber die Ansicht, dass Konflikte in der GEW nicht relevant für die Beurteilung der Verfassungstreue der Betroffenen seien.

hlz: *Bevor ich auf die Opfer zu sprechen komme... Hast du auch mal mit – sagen wir jetzt mal als Gegenpol – „Tätern“ gesprochen, also mit Menschen, die das zu verantworten hatten? Wie sehen die das heute?*

Alexandra Jaeger: Ich habe mit Dirk Reimers gesprochen, dem damaligen Personalreferenten in der Schulbehörde, der auch Anhörungen durchgeführt hat. Er war ab 1978/79 in der Schulbehörde zusammen mit dem Schulsenator Joist Grolle von der SPD maßgeblich daran beteiligt, einen liberaleren Kurs durchzusetzen. Insofern hat er eine gewisse Sonderrolle eingenommen im Vergleich zu den



entlassen werden durften, wenn es ein rechtsgültiges Urteil gab. Und diese Verfahren zogen sich teilweise über Jahre hin. Auf der anderen Seite gab es aber auch die von dir genannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften. Gewerkschaftsausschlüsse konnten wiederum staatliche Institutionen in ihrem Handeln bestärken.

hlz: *Würdest du soweit gehen zu sagen, dass Gewerkschaften*

Beamten, die im Personalamt tätig waren, die eine rigorosere Haltung hatten und versuchten, eine Liberalisierung zu verhindern. Reimers teilte zwar nicht die Meinung der Betroffenen, sah aber bei vielen eine idealistische Motivation als Grundlage für das politische Engagement und sprach sich deshalb für eine liberalere Praxis aus.

hlz: *Und die andere Seite, die Opfer, hast du mit Betroffenen gesprochen? Vielleicht kannst du an ein/zwei anderen Personen noch mal deutlich machen, wie das heute sehen. Gibt es beispielsweise auch selbstkritische Stimmen?*

Alexandra Jaeger: Ja, ich habe mit mehreren Personen gesprochen, die damals in unterschiedlichen Organisationen aktiv waren. Aber ich habe keine Arbeit geschrieben, die auf Interviews basiert. Der Schwerpunkt meiner Arbeit liegt auf der Auswertung staatlicher Akten. Aber nach meinem Eindruck gibt es bei den Betroffenen unterschiedliche Einschätzungen. Es gibt Leute von K-Gruppen, die gesagt haben: „Na ja, ein Stückweit kann ich das auch verstehen, dass der Staat so reagiert hat, wir haben ja schließlich immer zum Staatsumsturz aufgerufen. Wir haben dann die Berufsverbote propagandistisch genutzt, um zu zeigen, dass der Staat repressiv ist.“ Es gibt andere, die zwar ihr politisches Engagement aus heutiger Sicht eher kritisch sehen, aber trotzdem sagen: „Die Maßnahmen waren falsch, die haben mich noch stärker an die Organisation gebunden.“ Und dann gibt es jene, für die das „Berufsverbot“ weiter ein großes Thema ist und die sich für eine Rehabilitation einsetzen.

hlz: *Welche Rolle spielte die Einschüchterung infolge des Radikalenbeschlusses, die Schere im Kopf sozusagen?*



Foto: hlz

Eines meiner zentralen Ergebnisse: Der Radikalenbeschluss war eine Antwort auf die Linksentwicklung nach 1968

Alexandra Jaeger: Die Einschüchterung war ein großes Thema. Die Ablehnungen basierten auf der Regelanfrage beim Verfassungsschutz bei allen Einstellungen in den öffentlichen Dienst. Ende der 1970er Jahre waren auch viele Sozialdemokraten der Meinung, dass damit auch jene Personen eingeschüchtert worden seien, über die keine Informationen vorlagen. Teilweise wird dieser Aspekt auch heute noch sehr stark betont, als sei die Einschüchterung das zentrale Problem gewesen. Dabei rückt aber die ganze rechtspolitische Diskussion in den Hintergrund, also die Frage: Darf man Mitglieder einer nicht verbotenen Partei juristisch benachteiligen, bevor die Partei verboten ist? Der Radikalenbeschluss stellte eine verfassungsrechtliche Zäsur dar. Das war eigentlich der Konflikt. In den 1950er und 1960er Jahren hatte das Hamburger Personalamt die Auffassung vertreten, dass das Parteienprivileg auch im öffentlichen Dienst gelte. Die verfassungsrechtliche Sonderstellung der Parteien (Art. 20 GG) wurde als wichtiger angesehen als die Treuepflicht der Beamt_innen. Eine Ablehnung oder Entlassung allein aufgrund einer Parteimitgliedschaft vor ei-

nem Verbot der Partei durch das Bundesverfassungsgericht wurde als unzulässig angesehen. Mit dem Radikalenbeschluss wurde diese Rechtsauffassung verändert und 1975 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine Einschränkung der Grundrechte der Beschäftigten im Staatsdienst sollte möglich sein. Damit entschieden letztlich die Landesregierungen und Behörden über die Verfassungsfeindlichkeit von Parteien vor einem Parteiverbot..

hlz: *Du hast zu deiner Dissertation auf das Aktenstudium, das du betrieben hast, verwiesen. Wie muss man sich das vorstellen? Wo liegt denn das alles?*

Alexandra Jaeger: Grundlage ist ein Aktenbestand des Personalamtes im Staatarchiv Hamburg. Das Personalamt war als Teil des Senatsamtes für den Verwaltungsdienst in der Hamburger Verwaltung für alle Personalfragen zuständig, so auch für die Überprüfungsverfahren nach dem Radikalenbeschluss. Hier wurden die Anhörungen geführt, die Akten über die Betroffenen archiviert und die Prozesse geführt. Diese Akten habe ich anonymisiert ausgewertet. Das heißt, ich kann auch etwas sagen über die quantitative Auswirkungen des Beschlusses.

hlz: *Und die wären?*

Alexandra Jaeger: Ich habe den Zeitraum von 1971 bis 1987 untersucht. Es gab in diesem Zeitraum 210 Fälle. Die meisten Fälle lagen aber zwischen 1972 und 1978. 1979 wurde die Regelanfrage abgeschafft, das heißt in den 80er Jahren gab es kaum noch neue Fälle. Da ging es vor allem um den Umgang mit vorher abgelehnten Bewerber_innen, von denen viele eingestellt wurden. Die letzten drei Betroffenen wurden 1987 verbeamtet. Die 210 Fälle sind vielfältig: Einige wurden sofort eingestellt,

weil die politischen Aktivitäten als nicht so gravierend angesehen wurden. 88 Personen sollten abgelehnt oder entlassen werden. Das sind dann im engeren Sinne die Fälle, die gemeint sind, wenn von „Berufsverboten“ die Rede ist. Rein analytisch trifft der Begriff es nicht ganz, weil eben auch Ärzt_innen an öffentlichen Krankenhäusern dabei waren, denen der Beruf nicht untersagt wurde, weil sie auch an privaten Krankenhäusern arbeiten konnten. Es gab auch einige Lehrer_innen, die an Privatschulen angestellt wurden. Aber gerade im Schulbereich hatte der Staat fast ein Monopol, so dass eine Ablehnung nicht selten den eingeschlagenen Berufsweg (vorübergehend) beendete.

hlz: Und der berühmte Briefträger, gab es den?

Alexandra Jaeger: Briefträger gab es, aber die sind im Bundesdienst beschäftigt gewesen. In Hamburg ging es nur um Landesbeschäftigte, das heißt, etwa die Hälfte der Betroffenen waren Lehrer_innen. Dann gab es noch eine Gruppe von Sozialpädagogen_innen, Erzieher_innen, Ärzt_innen und Rechtsreferendar_innen. Das sind die größten Gruppen. Auch wenn die Ablehnungsquote gemessen an allen Einstellungen nicht sehr hoch war, ist die Fallzahl bemerkenswert. Gerade weil die Fälle sich im Bildungsbereich konzentrierten, entstand viel Unruhe im Studienseminar und an den Hochschulen.

hlz: Rechtlich bewegte sich der Staat ja auf einem schmalen Pfad zwischen verfassungsrechtlich garantierter Meinungsfreiheit an den Grenzen der so genannten freiheitlich demokratischen Grundordnung, bei der gerade auch, wenn man die Arbeit der Geheimdienste mit berücksichtigt, nicht selten Grauzonen

vermutet wurden. Wie beurteilt du dies aus heutiger Sicht?

Alexandra Jaeger: Insgesamt hat der Senat gesagt: Wir leben in einem Rechtsstaat. Wer nicht einverstanden ist mit unserer Entscheidung, kann vor Gericht gehen und alles prüfen lassen.



Archiv / Anita 1975

Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar die Rechtsauslegung der Regierungen bestätigt, aber in seinem Beschluss gefordert, dass es eine echte Einzelfallprüfung geben muss, bei der nicht nur die Parteimitgliedschaft berücksichtigt wird, sondern die gesamte Persönlichkeit. Das war häufig aber nicht der Fall. Bei der Aktenauswertung ist deutlich geworden, dass es nur eine bedingte Einzelfallprüfung gab. Jeder Fall wurde zwar geprüft und einfache Mitglieder der DKP wurden beispielsweise im Rahmen des Verfahrens in der Regel eingestellt. Aber bei Parteifunktionär_innen waren die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes handlungsleitend. Also, wenn einmal festgestellt worden war, dass jemand eine Funktion in der Organisation hatte, beispielsweise Mitglied im Vorstand einer Wohngebietsgruppe der DKP

war, dann galt er oder sie quasi schon als Verfassungsfeind. Sie galten als „engagierte Kommunisten“ und das Personalamt empfahl, sie nicht einzustellen. Ab und zu gab es noch mal ein abweichendes Urteil, aber häufig wurden Funktionär_innen abgelehnt. Dann war es auch egal, ob gute dienstliche Beurteilungen vorlagen oder Hochschullehrer_innen gesagt haben: „Ich kenne diese Person, die hat in meinen Seminaren nicht dogmatisch diskutiert“, sodass am Ende dann doch wieder alles auf die Angaben des Verfassungsschutzes hinauslief. Das ist dann auch später von staatlicher Seite bestätigt worden. 1978 gab es einen Bericht von Hans Koschnik, damals Bürgermeister in Bremen. Der hat im Auftrag der SPD eine umfassende Untersuchung der Verwaltungspraxis durchgeführt und ist auch zu dem Ergebnis gekommen, dass es kaum eine Einzelfallprüfung gegeben hat und in der Regel das konkrete Verhalten der Betroffenen nicht berücksichtigt wurde. Im Bericht nannte er es: „ungerecht, uneinheitlich und ineffektiv“. Nur bei einer Minderheit von Fällen, die ich eingesehen habe, gab es Indizien für eine Indoktrination. In den meisten Fällen ging es um formale Parteimitgliedschaften. Bei K-Gruppen reichten manchmal aber auch schon Verteilungen von Zeitschriften oder Referate auf Veranstaltungen der entsprechenden Gruppe. Der Charakter der Überprüfungsverfahren hat meines Erachtens dazu beigetragen, dass diese in den sozialliberal regierten Ländern nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Dazu kommt, dass im Rahmen dieser Verfahren zum Teil auch am Rande des Rechtsstaatlichen agiert wurde. Es gab beispielsweise von Anfang an eine doppelte Aktenführung. Das heißt, die relevanten Unterlagen waren nicht in der Personalakte der Be-

troffenen, sondern in einer extra Akte.

hlz: *Aber die Unterlagen, die du einsehen konntest, waren das jetzt die zusammengeführten Akten aus dem Bestand des Verfassungsschutzes und dem Personalamt?*

Alexandra Jaeger: Nein, ich habe nicht die Personalakten eingesehen, sondern die, die beim Personalamt waren. Darin sind beispielsweise die Angaben des Verfassungsschutzes und die Drucksachen für die Senatskommission, die über den Fall entschieden hat. Da sind die Protestbriefe von Kolleg_innen drin, Eltern, Schüler_innen etc.. Es finden sich Flugblätter, aber auch Kopien von Artikeln aus der hlz. Das ist sehr bunt und diese Form der Aktenführung war problematisch, weil die Betroffenen darüber nicht informiert waren. Es gibt auch Gerichtsurteile, wo die Gerichte gesagt haben: „Die Betroffenen haben ein Recht darauf diese Sonderakte einzusehen,“ weil eben in ihrer Personalakte die für das Verfahren relevanten Unterlagen nicht zu finden waren. Ein Gericht sagte: „Es ist ganz gleich, ob das zwei Akten sind, materiell ist es eine Akte. Der Betroffene hat das Recht alles einzusehen.“ Es finden sich auch Zeitungsartikel, in denen sich Negatives über einzelne Personen findet. Das ist auch in der Akte abgeheftet, die die Betroffenen nicht eingesehen haben. Dadurch haben die Beamten teilweise Informationen abgeheftet und genutzt, bei denen unklar ist, ob die eigentlich so genau stimmen. Der Betroffene wurde dazu ja nie gehört, sondern nur zu den Informationen des Verfassungsschutzes. Rechtsstaatlich also mehr als fraglich.

hlz: *Wie kam es denn letztendlich dazu, dass die herrschende Politik vom Radikalenerlass Abstand nahm?*

Alexandra Jaeger: Das hat mit den Protesten gegen den Beschluss zu tun, die weit in das linke und linksliberale Spektrum hineinreichten. In meiner Dissertation geht es stark um den Wertewandel in den 1970er Jahren. Der Radikalenbeschluss spielt dabei eine ganz bedeutende Rolle. Ich glaube, dass die SPD auf Dauer die Praxis nicht aufrecht erhalten konnte, weil es bei vielen jüngeren Menschen und gerade akademisch gebildeten eine Abwanderungsbewegung hin zu den Grünen gab, die sich ja in den 70er Jahren gebildet hatten. Der Radikalenbeschluss war mitverantwortlich für das, was man unter Staatsverdrossenheit verstand. Die administrativen Maßnahmen sowie ein konservatives Staats- und Beamtenbild, das mit dem Radikalenbeschluss korrelierte, waren in Teilen der Gesellschaft nicht mehr tragbar. Theo Sommer nannte die „Berufsverbote“ 1978 in der *Zeit* „Perversion des Grundgesetzes“ – dieser Artikel bestärkte auch den Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, von der früheren Praxis abzurücken. Gleichzeitig war die „Angst vor dem Staat“ gewachsen und die Sorge: „Was sammelt der Staat an Daten über uns?“ Das ist quasi die Vorgeschichte zur Kritik an der Volkszählung in den 80er Jahren. Es wurde auch bekannt, dass die Regelanfrage in einigen privatwirtschaftlichen Betrieben genutzt wurde. Das wurde dann von der Exekutive stark eingeschränkt auf einen sicherheitsrelevanten Bereich.

hlz: *Damit wären wir ja in der Gegenwart angekommen, was informationelle Selbstbestimmung angeht und überhaupt Datensammlung. Das hätte sich ja niemand – außer im science fiction – vorstellen können, in welchem Maßstab heute die personengebundene Datenerfassung läuft. Gemessen an den heutigen Möglichkeiten hatte die damalige*

Praxis der Datensammlung ja noch steinzeitlichen Charakter. Und trotzdem reichte bereits diese Praxis aus, um die genannten politischen Verwerfungen auszulösen.

Alexandra Jaeger: Ja, deshalb glaube, dass das, was da geschehen ist, als so eine Vorgeschichte zu sehen ist, zu dem, was auch heute kontrovers diskutiert wird. Dabei geht es immer um das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit. Wieviel darf bzw. muss der Staat wissen? Wo sind die Grenzen? Dabei ist die jeweilige zeitgeschichtliche Dimension wichtig. Ich habe durch die Arbeit an meiner Dissertation auch herausgefunden, dass es die Regelanfrage bei Einstellungen in Hamburg schon viel früher gab, als man eigentlich immer dachte, nämlich schon ab 1961. Bereits Ende der 1950er hatte Hamburg angefangen, Flüchtlinge aus der DDR bei Einstellungen in den Staatsdienst zu überprüfen, weil man Angst hatte, dass Spion_innen aus dem Osten eingeschleust werden könnten. Sicherheitslogiken im Kontext des Kalten Krieges spielten also auch bei der Etablierung der Regelanfrage eine große Rolle wie auch beim Radikalenbeschluss. Ab 1961 wurden bis auf wenige Ausnahmen alle Bewerber_innen untersucht. Das war am Anfang ein Karteisystem, später ist man auf elektronische Datenspeicherung umgestiegen. Ich glaube, ohne diese technische Innovation wäre es deutlich schwieriger gewesen, die große Zahl an Anfragen – es waren in den 70er Jahren ungefähr 15.000 Anfragen pro Jahr allein in Hamburg – zu bearbeiten.

hlz: *Lassen wir an dieser Stelle einmal die Fantasien in Hinblick auf die Zukunft gar nicht zu. Ich danke dir für das Gespräch.*

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

Von der Sozialen Frauenschule zum Department Soziale Arbeit

Die Volkspflegeschule im „Dritten Reich“ (1. Teil in hlz 5-6/17, S.48ff)

Mit dem Untergang der Weimarer Republik wurde auch die positive Entwicklung der 1917 gegründeten Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts am Mittelweg unterbrochen. Zunächst hatte die Schule nur jungen Frauen und seit 1930 auch jungen Männern theoretische und praktische Kenntnisse für den Beruf Wohlfahrtspfleger_in vermittelt. Sie wurden befähigt, Menschen in schwierigen Lebenslagen zu helfen, ihre Probleme zu meistern. Das Wohl des Individuums sollte im Mittelpunkt der sozialen Arbeit stehen.

Die Theorie und Praxis der nationalsozialistischen „Volkspflege“ kam einem Paradigmenwechsel gleich. Nach der Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 hatten die Nationalsozialisten im Reich wie in Hamburg ihre Macht festigen können. Am 8. März wählte die Hamburgische Bürgerschaft einen neuen Senat mit dem Nationalsozialisten Carl Vincent Krogmann als Bürgermeister und dem NSDAP-Mitglied Wilhelm von Allwörden als Senator für das Wohlfahrtswesen. Es folgte der Schlag gegen die Gewerkschaften vom 2. Mai, die Ausschaltung der Arbeiter- und bürgerlichen Parteien und die Verfolgung der Oppositionellen sowie die Auflösung der Parlamente. Mit der Beseitigung des Föderalismus wurde Karl Kaufmann als Reichsstatthalter für Hamburg eingesetzt. Schon in den ersten Herrschaftsjahren etablierte sich der nationalsozialistische Führerstaat.

Das gesamte gesellschaftliche Leben von der Wirtschaft bis zum Sozialwesen und dem Bildungssystem wurde den nationalsozialistischen Herrschaftsprinzipien und Großmachtambitionen untergeordnet. Für den Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik folgte nach der Abschaffung der Gewerkschaften die Bildung der Deutschen Arbeitsfront als Zwangszusammenschluss von abhängig Beschäftigten und Arbeitgebern. Sie war unterteilt in Fachschaften, darunter auch eine Fachschaft für die Wohlfahrtspfleger_innen. Mit der Abschaffung der Tarifautonomie wurden die Angestellten in den Volkspflegeschulen wie auch die Volkspfleger_innen in den Ämtern nicht nach Tarifverträgen, sondern nach der vom Reichstreuhänder für den öffentlichen Dienst erlassenen Tarifordnung A eingruppiert. Im Juli 1933 wurden auch ihre beruflichen Vertretungen wie der Verband der Sozialbeamtinnen aufgelöst. Als Organisation der Lehrer_innen und Erzieher_innen war der Nationalsozialistische Lehrerbund vorgesehen, der die bürgerliche Hamburger Lehrer-Zeitung als Sprachrohr zur Verbreitung von NS-Ideologie nutzte.

Die Anpassung der Lehrpläne an die NS-Ideologie

Auf Grundlage des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums verloren Angehörige des jüdischen Glaubens oder als Liberale oder Sozialdemokraten bekannte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ihren Arbeitsplatz. In der Volks-

pflageschule war als Erste die jüdische Lehrerin Klara Leschke-Saenger von diesem Berufsverbot betroffen. Im Sommer 1933 wurde die liberale Schulleiterin Margarete Treuge durch den Nationalsozialisten Heinrich Meyer abgelöst. Mit Emil Sandré unterrichtete schon seit einiger Zeit ein SA-Mann in der Schule im Lehrgebiet Jugend- und Anstaltsfürsorge sowie über Spiele im Freien und über die „Theorie und Praxis des Wanderns“. Ein weiterer Teil der Lehrkräfte zeigte wenig bzw. keine Anpassungsschwierigkeiten an das neue sozialpädagogische Leitbild. Die in der nationalsozialistischen Volkspflege auf die Spitze getriebene Trennung der Klient_innen in: der Hilfe würdige Menschen und auszugrenzende oder polizeilich zu behandelnde Asoziale war den Volkspfleger_innen auch aus der fürsorglichen Praxis in der Weimarer Republik geläufig. Weder die in der NS-Ideologie maßgeblichen sozialdarwinistischen und rassistischen Deutungsmuster noch die Erziehung zum Gehorsam waren den Lehrer_innen fremd. Auch nationalistisches Denken war in der Gesellschaft weit verbreitet. Insofern können die im September 1933 von einigen Lehrerinnen eingereichten Vorschläge zur Lehrplanänderung nicht überraschen. In den Unterrichtsfächern Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik wollte die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth von Bradke der von den Nationalsozialisten angestrebten Autarkiepolitik und „ständischen Neugliederung“ der Gesellschaft

einen größeren Stellenwert einräumen. Sie ging aber in Distanz zur nationalsozialistischen Ideologie, indem sie forderte, „dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe“ und als korrekturbedürftig anzusehen sei. Mit dieser sozialkritischen Einstellung erschien sie der Behörde für eine Lehrtätigkeit als ungeeignet und musste 1934 die Schule verlassen. Für die Fächer Pädagogik und Psychologie schlug die Erziehungswissenschaftlerin Waltraut Neubert vor, im Volkswildungswesen den Gedanken

Geburtensteigerung führen sollten. Ausführlich sollte das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erläutert werden, das die rechtliche Grundlage für die Zwangssterilisation von „asozialen“ Menschen darstellte. Im Idealfall sollte die als Vorsorge verstandene Ausmerzungen vermeintlich minderwertigen Lebens und die als Aufzucht bezeichnete Förderung erbgeliebten Nachwuchses die staatliche Fürsorge überflüssig machen.

Nach den Lehrplänen der

zelen in das Ganze, der Gewöhnung an Arbeit und Pflichterfüllung“ zu untermauern.

Bei den Lehrer_innen, die dieses autoritäre Bildungsziel vermitteln wollten, handelte es sich zum größeren Teil um Beamte aus den Sozialbehörden und um wenige hauptamtliche Lehrkräfte. Nach einem Personalverzeichnis waren 1935 nur sieben im Hauptberuf an der Schule angestellt. Weil der Lehrstoff nicht kritisch hinterfragt, sondern fraglos von den Schüler_innen verinnerlicht werden sollte,

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Hamburg

Amt für Volkswohlfahrt



Hamburg 36, Büschstraße 4

Faksimile

des deutschen Volkstums zu betonen. Der Begriff Volk war hier sozialrassistisch definiert und schloss nicht nur Ausländer_innen, sondern auch Angehörige so genannter nicht-arischer Rassen, „erbkrankte“ und als deviant aufgefallene Bürger_innen aus. Neubert hatte ihre künftige Aufgabe verstanden: „Bei der Besprechung psychologischer Typen ist die schon immer behandelte Rassenfrage zu vertiefen, ebenso die Erörterung der Vererbungstatsachen auf seelischem Gebiet, einschließlich des Problems: Anlage – Umwelt.“ Nach dem Vorschlag der ebenfalls bereits vor 1933 an der Schule tätigen Ärztin Elise Hermann sollte auch beim Thema Vererbungslehre verstärkt auf „die Verschiedenartigkeit der Rassen“ eingegangen werden. Im Lehrgebiet Gesundheitsfürsorge wollte sie die Bedeutung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen des NS-Staates wie die Ehestandsdarlehen herausstellen, die als Anreiz für Frauen gedacht waren, ihre Berufstätigkeit aufzugeben und zu einer

Volkspflegeschule von 1936 bzw. 1941 sollten die Schüler_innen zu Trägern der nationalsozialistischen Weltanschauung erzogen werden, um dann als Volkspfleger_innen „zur totalen Lösung der sozialen Frage beizutragen“. Ihre Aufgabe bestand „nicht im Bewahren und Schützen, sondern in der Aktivierung der Volksgenossen zur Selbst- und Gemeinschaftshilfe. Letztes Ziel muss dabei die Erhaltung und Förderung des rassistisch wertvollen Teiles unseres Volkes sein. Der Ansatzpunkt der Arbeit wird somit ein sozial-biologischer und kein sozial-ökonomischer. Die Haltung ist die eines Sozialerziehers und nicht eines Pflegers oder Verwalters“, heißt es im Lehrplan von 1941. Der Oberarzt des Hamburger Jugendamtes, Werner Villingner, der nebenberuflich auch an der Volkspflegeschule unterrichtete, zeichnete ein Bild von einer zu liberalen Erziehung in der Weimarer Republik, um seine Forderung nach einem Zurück „zu den Grundgedanken der Zucht, der Autorität, Einfügung des ein-

erschien die personelle Ausstattung der Schule als ausreichend. Die Bewerber_innen für die zweijährige Ausbildung für die Volkspflege hatten eine arische Abstammung, die Mittlere Reife und eine praktische Vorbildung nachzuweisen. Sie mussten mindestens das 21. Lebensjahr vollendet haben und durften nicht älter als 35 Jahre alt sein. Der Schulleiter, Heinrich Meyer, setzte sich für die Ausbildung von Männern ein. In diesem Sinne verfasste der Lehrbeauftragte Röhrs eine Denkschrift, in der er Frauen die in der Volkspflege erforderliche Härte absprach. Er sah bei ihnen auch Widerstände gegen die „scharfe Trennung zwischen erbgeliebten und erbkranken Menschen“. Röhrs bekräftigte seine Position: „Diejenigen Menschen, die in Zukunft noch staatlicherseits zu betreuen sind, werden sich [...] zum großen Teil aus minderwertigen und asozialen Elementen zusammensetzen. Ihre Beaufsichtigung und Lebensführung soll der Volkspfleger übernehmen. Dazu sind Persönlichkeiten notwendig, die

Sozialpädagogisches Institut der Hansestadt Hamburg mit Volkspflegeschule und Fachschule für Jugendleiterinnen

[24] Hamburg 13, Mittelweg 35 a. — Fernruf: 44 30 47

Sprechstunden des Leiters: Dienstag von 16—18 Uhr und Freitag von 10—12 Uhr

Sprechstunden der Geschäftsstelle: Täglich von 10—12 Uhr

über Charakter und Energie verfügen“, Eigenschaften, die Röhrs und Meyer in erster Linie Männern zuschrieben. In der Landesunterrichtsbehörde teilte man diese Vorbehalte gegenüber den Frauen nicht. Tatsächlich erfüllten auch die Volkspflegerinnen die ihnen zugewiesene Funktion in der Familienfürsorge mit dem Aufstellen von Sippentafeln zur Dokumentation von Erbkrankheiten oder im öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Hilfe zur Aussonderung körperlich oder geistig Behinderter, denen im schlimmsten Fall die so genannte Euthanasie drohte.

Die Schule unter dem Einfluss der NSV

Wenn trotz der grundsätzlich festgestellten Eignung der Frauen für ihre Aufgaben in der Volkspflege bis zum Ende der 30er Jahre der Anteil der Männer an der Schülerschaft der Hamburger Volkspflegeschule anstieg, so hatte das seinen Grund darin, aktive Nationalsozialisten für besser bezahlte Stellen in der Sozialverwaltung und Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) beruflich qualifizieren zu wollen. Während die Arbeiterwohlfahrt und der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband aufgelöst worden waren und die konfessionellen Wohlfahrtsverbände mit den neuen Machthabern kooperierten, wurde die NSV zur größten Wohlfahrtsorganisation im Reich aufgebaut, der auch in Hamburg bis 1941 über 300.000 Menschen beitraten. Das von ihr organisierte Winterhilfswerk sollte mit ihren Sammlungen für bedürftige

„Volksgenossen“ den Volksgemeinschaftsgedanken propagieren. Im Rahmen des Hilfswerks „Mutter und Kind“ beriet und unterstützte die NSV erbesunde Familien. Diese mächtige NS-Organisation, die auch eigene Schulen gründete, gewann einen starken Einfluss auf die Hamburger Volkspflegeschule. Nach den Beschlüssen einer Dozentenkonferenz vom November 1933 gehörte zu den „Gegenwartsaufgaben des Instituts [...] die soziale Nachschulung der Beamten und Angestellten der Wohlfahrtsbehörde“ sowie der „ehrenamtlichen Kräfte“ in der NSV und NSDAP. Auch in der „Umschulung der kirchlichen Gemeindehelfer“ im Sinne der systemtreuen Deutschen Christen wollte die Schule sich engagieren. 1934 wurde zunächst für Angestellte aus den Fürsorgeämtern ein zweijähriger Sonderlehrgang eingerichtet. Dem theoretischen Teil der Ausbildung wurde dabei eine vergleichsweise geringe Bedeutung beigemessen. 1937 fand der dritte und letzte „Sonderlehrgang für verdiente Parteigenossen“ mit der staatlichen Prüfung seinen Abschluss.

1936 wurde Heinrich Meyer als Schulleiter durch den NSV-Gauschulungsleiter und Studienrat Horst Fickert abgelöst. Wie schon sein Vorgänger setzte er sich für eine Übernahme der Schule durch die NSV ein. Entsprechende Versuche scheiterten indes am Widerstand aus den Behörden, sodass die Volkspflegeschule in kommunaler Trägerschaft verblieb. Gleichwohl verstärkte sich die Zusammenarbeit zwischen der Schule und ver-

schiedenen NS-Organisationen. Im Winter 1938/39 übernahm die Volkspflegeschule auch die Ausbildung von Jugendleiterinnen, die bis dahin zu den Aufgaben des für die Kindergärtnerinnen-ausbildung zuständigen Fröbelseminars gehörte. In der Fachschule für Jugendleiterinnen, die dem Sozialpädagogischen Institut angegliedert war, sollten die Frauen für die Leitung eines größeren Kindergartens, Horts oder Heims qualifiziert werden. Im Jugendleiterinnen-Seminar wurden die Frauen ein Jahr lang theoretisch und praktisch ausgebildet. Sie erhielten dabei auch Unterricht in Handarbeit, Zeichnen, Linoldruck und Holzarbeiten. Als spätere Jugendleiterinnen sollten die Frauen als Vermittlerin deutschen Brauchtums wirken, damit es, so der „Hamburger Anzeiger“, nie wieder zur Entwurzelung eines ganzen Volkes durch die Mächte der großstädtischen Zivilisation kommen“ könne.

Der Schulalltag im Zweiten Weltkrieg

Während des Zweiten Weltkrieges versuchte die Schule durch die Verkürzung der Ausbildungsgänge möglichst rasch das in der Fürsorge dringend benötigte Personal bereitzustellen zu können, auch wenn dies zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus führen musste. So wurde 1940 auf Drängen der NSV ein einjähriger Sonderlehrgang für Volkspflegerinnen eingerichtet. Die Lehrgangsteilnehmerinnen mussten eine pflegerische oder pädagogische Ausbildung sowie eine „dreijährige Bewährung“

in einer Behörde oder einer NS-Organisation wie der NSV oder dem Bund Deutscher Mädel nachweisen.

Nachdem 1939 die letzten männlichen Schüler die Ausbildung mit einem Notexamen abgeschlossen hatten, um dann an die Front befohlen zu werden, richtete das Sozialpädagogische Institut 1942 einen einjährigen Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer ein. Verschiedene Kriegsversehrte hatten nach der Möglichkeit zur Ausbildung als Volkspfleger bei der Schule nachgefragt. Den Teilnehmern wurden von den Behörden oder NS-Einrichtungen eine Vergütung und die Befreiung vom Schulgeld in Aussicht gestellt.

Die Berichte aus den ersten Kriegsjahren zeigen einen noch nicht von Kriegshandlungen bestimmten Schulalltag. Im Rahmen der Kinderlandverschickung begleiteten die Schülerinnen der Abschlussklasse im Sommer 1940 eine Gruppe von Hamburger Kindern und deren Mütter auf einer Reise in die Fränkische Schweiz. Sie sollten dabei die jungen, zum Teil schon verwitweten Mütter bei der Kinderbetreuung unterstützen. Auch in Hamburg und anderen Orten leisteten die Schülerinnen praktische Arbeit in Kinderheimen und Tagesstätten. Im August des Jahres unternahm die Unterklasse der Schule eine fünfzügige Studienfahrt durch Schleswig-Holstein und besichtigte unter anderem das Jugendheim in Lübeck-Vorwerk sowie das NSV-Kinderheim in Niendorf an der Ostsee. Dort konnten die Frauen auch ein paar Stunden am Strand genießen. Mit dem Beginn der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf die Hansestadt lebten auch die Schülerinnen in Angst. Als große Teile Hamburgs nach alliierten Fliegerangriffen im Sommer 1943 in Schutt und Asche lagen, verloren auch 20 Schülerinnen und der Schulleiter Fickert ihr Zuhause. Die Schule

selbst blieb unbeschädigt. Schon nach einigen Tagen meldeten sich die Schülerinnen der Oberklasse von den Orten, in denen sie im Ferieneinsatz waren oder ein Praktikum absolvierten. An Stelle des im März 1944 zum Kriegsdienst eingezogenen Horst Fickert übernahm die seit 1942 als Studienrätin am Sozialpädagogischen Institut tätige Christa Marie von Zanthier bis zum Ende des Krieges im Mai 1945 die Schulleitung. Der Unterricht konnte ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Erst nach

der Befreiung der Hansestadt durch britische Truppen wurde die Schule für einige Monate geschlossen. Beim Neuanfang der Ausbildung von Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiterinnen in der Besatzungszeit und in der Bundesrepublik Deutschland konnte das Institut, befreit vom ideologischen Ballast des „Dritten Reiches“, wieder an seine emanzipatorischen Traditionen anknüpfen.

FRIEDRICH STAMP
Lehrbeauftragter an der HAW,
Department Soziale Arbeit

VERANSTALTUNGSHINWEIS

**Ausschuss für Friedenserziehung lädt ein
Am Mittwoch, 15.11. um 19 Uhr,
Raum A, Curio-Haus**

**"Die Profiteure des Terrors –
Wie Deutschland an Kriegen verdient
und arabische Diktaturen stärkt" –
Lesung und Diskussion mit Markus Bickel.**



Markus Bickel

Eigentlich wollte Markus Bickel Lateinamerika-Korrespondent werden. Geboren am 25. Juli 1971 in Venezuela, weckten Filme wie „Under Fire“ mit Nick Nolte als Kriegsreporter im revolutionären Nicaragua und Reisen durchs rebellische Chiapas die Lust auf ein Reporterleben zwischen Feuerland und Mexiko. Doch nach Abschluss der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München und dem Politik-Studium in Berlin blieb er in der Alten Welt: zunächst als Redakteur der Wochenzeitung Jungle World in Berlin, dann als Balkan-Korrespondent in Sarajevo. Über die früheren jugoslawischen Nachkriegsrepubliken schrieb er bis 2005, ehe er Europa den Rücken kehrte und nach Beirut zog. Aus dem Libanon berichtete er unter anderem für Spiegel Online, die Zeit und die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Von 2008 bis 2012 war er Redakteur der F.A.Z. in Frankfurt, von 2012 bis 2015 deren Nahost-Korrespondent in Kairo. Seit 2016 arbeitet er als Autor und Journalist in Berlin.

„Ein gespaltenes Land“

Im Abaton waren die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg noch einmal Thema von Vortrag und Diskussion

Der Name Hannes Heer ist einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden durch die Wehrmachtsausstellung, die er im Auftrag der Reemtsma-Stiftung erarbeitet hatte. Sie wurde zum ersten Mal 1995 in der Kampnagel-Fabrik gezeigt und bis 1999 von ca. 900 000 Menschen besucht. Im November 1999 wurde sie überraschend geschlossen und durch eine völlig andere, die ebenfalls von der Reemtsma-Stiftung finanziert wurde, ersetzt. Das Thema beschäftigt Hannes Heer immer noch sehr stark. Ich selbst habe in den letzten zwei Jahren an drei seiner Veranstaltungen zu diesem Thema in Hamburg teilgenommen, zuletzt am 3.9. im Abaton-Kino im Rahmen der Reihe „Der Skandal als vorlauter Bote“.

Auch das Publikum in Hamburg ist immer noch stark an diesem Thema interessiert. An der Kasse gab es Schlangen. Das „Obere Kino“ war – an einem Sonntagvormittag! – gut gefüllt.

Das Programm umfasst üblicherweise zwei Vorträge von Hannes Heer, zwischen denen Filmausschnitte gezeigt werden, in diesem Fall aus Ruth Beckermanns Film „Jenseits des Krieges“ (1996), der Reaktionen von österreichischen Besucher_innen dokumentiert. Danach trug die Psychoanalytikerin Mercedes Dohrn van Rossum drei „Assoziationen“ zum Thema „Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht“ (so der Untertitel der Ausstellung) vor.

In der Geschichte des Gedankens an die NS-Verbrechen herrschte – so Hannes Heer

– eine „Asymmetrie“: Im Vergleich zu den Verbrechen an den Juden war der Völkermord an den – wie die Nazis es ausdrückten – „Untermenschen“ in Osteuropa unterbelichtet geblieben.

So hatte sich die Legende von der angeblich „sauberen“ Wehrmacht 50 Jahre lang halten können. Auswärtige Besucher_innen konnten 1945 zu ihrer Überraschung keine Nazis in Deutschland finden; Schuld und Verantwortung wurden abgestritten.

Was die Wehrmacht betrifft, spielte eine Denkschrift von vier ehemaligen Generälen eine verheerende Rolle, die diese 1945 dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg unter dem Titel „Das deutsche Heer von 1920-1945“ vorlegten. Dort leugneten sie die Schuld an Kriegsverbrechen und behaupteten, sie seien NS-Gegner gewesen.

Hinzu kamen in der Zeit des Kalten Krieges Unterdrückung missliebiger Literatur (Siegfried Lenz' Roman „Der Überläufer“, 1951 von seinem Verlag abgelehnt, erschien erst posthum, 2016) bzw. deren Verfälschung: Erich Maria Remarque musste seinen Roman „Zeit zu leben und Zeit zu sterben“ für die deutsche Ausgabe umschreiben. Aus der deutschen Bearbeitung des Films „Casablanca“ wurde jeder Bezug zu Faschismus und Widerstand „herausynchronisiert“. Die Hauptfigur Victor Laszlo wurde zu einem norwegischen Physiker.

„Risse in der Mauer“ nennt Hannes Heer die Entwicklung, die mit der „68er“-Bewegung

einsetzte und selbst im Militär-geschichtlichen Forschungsamt Freiburg ihre Spuren hinterließ: Mit Manfred Messerschmidt übernahm 1970 ein kritischer Militärhistoriker die Leitung.

1991 gab es dann in Berlin eine Ausstellung mit dem Titel „Der Krieg in der Sowjetunion“, die sich endlich mit dem „Krieg im Osten“ auseinandersetzte, aber letztlich unkritisch blieb: Soldaten wurden als Opfer, die SS als alleinige Täter dargestellt. Die Wehrmacht wurde nicht in Zusammenhang mit deren Verbrechen gebracht.

1995 beschäftigte sich Reemtsmas „Hamburger Institut für Sozialforschung“ global mit dem Thema „Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts“. In diesem Rahmen hatte auch Hannes Heer die Wehrmachtsausstellung produziert.

Die Verbrechen der Wehrmacht wurden ermöglicht durch vier Grundsatzbeschlüsse:

- den sogenannte „Kommissarbefehl“, wonach sowjetische Politkommissare nach ihrer Gefangennahme unverzüglich zu erschießen waren,

- die Bestimmung, dass sowjetische Kriegsgefangene „keine Kameraden“ seien; so verloren 3.5 Mio. von 5.7 Mio. ihr Leben durch Hunger, Erschießung, Zwangsarbeit usw.,

- angebliche Delikte der Zivilbevölkerung sollten nicht durch die Justiz gestühnt werden,

- sogen. „bolschewistische Hetzer“, „Freischärler“, „Saboteure“ wurden ebenso zu Feinden erklärt wie Juden. (Hieraus wurde die Ausrede abgeleitet, die Verbrechen hätten der Notwehr sowie der Prävention bzw. Abwehr von Verbrechen gedient.) In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen: Die „Einsatzgruppen“, die vornehmlich für die Vernichtung der Juden in Osteuropa verantwortlich waren, kooperierten mit der Wehrmacht.

Die Themen der Ausstellung waren die Verbrechen in Serbien,

die Verbrechen der 6. Armee auf ihrem Weg nach Stalingrad und die Verbrechen im Rahmen der deutschen Besatzungsherrschaft über Weißrussland.

Die Reaktionen waren außerordentlich unterschiedlich, sowohl in den Medien als auch unter den ehemaligen Wehrmachtssoldaten sowie in der übrigen Bevölkerung. Für die Einen war die Ausstellung ein Grund, aufzuatmen, weil die Zeit des Verschweigens vorbei war, für die Anderen ein Ärgernis, weil sie sie als „Nestbeschmutzung“ auffassten. Die Stimmung wogte hin und her. So begrüßte das Verteidigungsministerium zunächst die Ausstellung, erließ dann aber später ein Verbot für Bundeswehrangehörige, sie in Uniform zu besuchen. Weitere negative Höhepunkte waren der Versuch Peter Gauweilers, die Münchener Bevölkerung durch die Verteilung von Zehntausenden von Flugblättern als Postwurfsendung zum Boykott der Ausstellung zu bewegen (Februar 1997), der anschließende Aufmarsch von 5 000 Neonazis in München sowie der Bombenanschlag auf das Ausstellungsgebäude in Saarbrücken im März 1999. Positiv hervorzuheben: die stark persönlich gefärbte Debatte im Bundestag anlässlich der Ausstellungseröffnung an diesem Ort.

Hinsichtlich der Geschichte des Gedenkens war neu an der Ausstellung, dass nun außer Bildern von Leichenbergen aus den Vernichtungslagern (60 Prozent der Opfer waren dort ermordet worden) nun auch solche von „Verbrechen auf offenem Feld“ (so wurden 40 Prozent der zivilen Opfer umgebracht) zu sehen waren. Das Töten wurde auf Fotos gezeigt, die von Wehrmachtssoldaten, sogen. „Landsern“, aufgenommen worden waren. Die Täter blieben nicht mehr verborgen. Die Aufnahmen befanden sich im Besitz der Soldaten wie Urlaubsfotos. Offensichtlich gab

es kein schlechtes Gewissen. Marcel Reich-Ranick spricht in seinen Lebenserinnerungen („Mein Leben“) davon, die Soldaten hätten einfach „die Sau rausgelassen“.

Im November 1999 schloss Reemtsma die Ausstellung, nachdem gerade eine englische Fassung für die USA erstellt worden war. Vorausgegangen war eine Kampagne, die unter anderem vom nunmehr in Potsdam unter neuer Leitung befindlichen Militärgeschichtlichen Forschungsinstitut, vom Münchner Institut für Zeitgeschichte mit seinen „Vierteljahresheften für Zeitgeschichte“ und vom Geschichtslehrerverband (Organ: „Geschichte und Wissenschaft und Unterricht“) betrieben wurde. Als Kritiker taten sich zwei revisionistische osteuropäische Historiker, Bodgan Musial und Kristián Ungváry, besonders hervor. Beide bezweifelten die Authentizität der Fotos. Daraufhin wurde die Ausstellung evaluiert. DIE ZEIT fasste das Ergebnis in dem Satz zusammen: „Die Ausstellung ist rehabilitiert.“

Dessen ungeachtet ließ Reemtsma eine neue Ausstellung unter neuer Leitung konzipieren. Dieser Entschluss ist auf dem Hintergrund zu sehen, dass zu dem Zeitpunkt, als die erste Ausstellung in die USA gehen sollte, dort die Verhandlungen zur Entschädigung der Zwangsarbeiter_innen in vollem Gang waren. Die Regierung Schröder/Fischer befürchtete, dass die Entschädigungsforderungen in die Höhe gegangen wären, wenn sie zu diesem Zeitpunkt gezeigt worden wäre. Reemtsma zog mit seinem Schritt die Konsequenzen.

Die neue Ausstellung enthielt keine „Landsern“-Fotos mehr. Der Blick war nicht mehr auf die Wehrmacht als Ganzes gerichtet. Als neuer Schwerpunkt wurde das Thema „Handlungsalternativen“ gesetzt. Zur Veranschauli-

ANKÜNDIGUNG

15. OKTOBER 2017, 11 UHR

»Der Brandstifter«. Martin Walsers Rede in der Frankfurter Paulskirche [1998]



Die Debatte um Martin Walser wurde durch eine Rede ausgelöst, in der der Schriftsteller 1998 das öffentliche Gedenken an den Holocaust als »Dauerpräsentation unserer Schande« angegriffen hatte. Im Streit mit Ignatz Bubis, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Walser für sein Lob des »Wegsehens« und »Verdrängens« als »Brandstifter« bezeichnet hatte, präsentierte dieser sich als Sprecher der »schweigenden Mehrheit« und Vertreter eines neuen Antisemitismus. Der Kern seiner Rede war die Feststellung, die Deutschen seien wieder »ein normales Volk«, das keiner staatlich verordneten »Resozialisierung« wegen vergangener Verbrechen bedürfte. // Film: Mitschnitte ARD/ZDF.

chung wurden 12 Personen ausgewählt, an Hand von deren Biographie das Thema veranschaulicht werden sollte: acht davon wurden positiv, die vier anderen negativ dargestellt. Hannes Heer kritisierte das Zahlenverhältnis als verzerrt. (Der Historiker Wolfram Wette kommt auf einige hundert „Retter“..) Außerdem werde die Entscheidung auf einen individuellen Akt verkürzt; die Rolle der „Kameradschaft“ werde nicht kritisch hinterfragt. (Der Historiker Thomas Kühne spricht in diesem Zusammenhang von „Familienersatz“ und, davon ausgehend, vom „Schmieröl des Vernichtungskriegs“.)

Mercedes Dohrn van Rossum unterscheidet in einer ihrer psychoanalytischen „Assoziationen“ zwischen „universaler“ und „partikularer Moral“. Die Moral sei als Konvention behandelt worden, in der Begriffe wie „Ehre“, „Treue“ und „Anstand“ in den Vordergrund gestellt worden seien.

Inzwischen ist die erste Wehrmachtausstellung auf Veranlassung Reemtsmas geschreddert worden. Hannes Heer kommentiert: „Die Gesellschaft hat diese Ausstellung nicht ausgehalten.“ In der Diskussion fasste Mercedes Dohrn van Rossum deren Verdienst zusammen, indem sie von dem psychoanalytischen

Begriff des „Containing“ ausging. Dieser „bezeichnet in der Psychologie die Fähigkeit von Psychotherapeuten, Projektionen von Patienten vorerst aufzunehmen, ohne die eigenen Emotionen, die durch die Projektionen ausgelöst werden, zu agieren – also reagierend zu erledigen.“ (Wikipedia). Auf diese Weise habe sie die Möglichkeit geboten, Traumata zu bearbeiten, Schuld und Verantwortung nicht

länger zu verleugnen und endlich trauern zu können.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Verteidigungsministerin in letzter Zeit den Wert der Kameradschaft hervorhebe und dass auch in anderer Hinsicht die Entwicklung, die die erste Wehrmachtausstellung in Gang gesetzt bzw. verstärkt hatte, rückläufig sei. Mercedes Dohrn van Rossum stellte als tröstlichen Gedanken ein Zitat

Sigmund Freuds an das Ende: „Die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör geschafft hat. Am Ende, nach unzähligen oft wiederholten Abweisungen, findet sie es doch.“

So endete eine ungewöhnliche lange Veranstaltung, in der dem Publikum nichts geschenkt wurde, mit einem optimistischen Ausblick.

LOTHAR ZIESKE

„Richard von Weizsäcker: Kein Problem! Aber wer war noch Jenninger?“

„... Immer noch im öffentlichen Bewusstsein ist von Weizsäckers Rede wegen dessen Aussage, der 8. Mai 1945 sei für alle ein Tag der Befreiung gewesen – der Befreiung von der NS-Herrschaft. Mochte dieser Satz auch einen deutlichen Fortschritt in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des deutschen Faschismus bedeuten, so übergeht die Rede doch die Rolle der Wehrmacht in diesem Kontext. Hierzu hätte Weizsäcker durchaus etwas aus persönlicher Erfahrung beitragen können, war er doch als Soldat am Feldzug gegen die Sowjetunion beteiligt gewesen. Er benannte die Opfer des „nationalsozialistischen Regimes“ und nannte als letztes das „deutsche Volk“, das damit von seiner Täterschaft freigesprochen war. Der Rhetoriker Josef Kopperschmidt fasste die Wirkung der Weizsäcker-Rede einerseits als Befreiung von Sprachlosigkeit, aber zugleich als „Sprachregelung im Interesse des öffentlichen Konsenses“ zusammen.

Der Historikerstreit, der im folgenden Jahr begann, griff Weizsäckers Wertung des NS-Regimes an, wenn auch auf anderer Bühne: Eine politische Auseinandersetzung wurde auf wissenschaftlicher Ebene geführt. Allerdings stand hinter der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zugleich eine Auseinandersetzung von Generationen: der Generation der (potenziellen) Kriegsteilnehmer und der Generation der nicht mehr in den Krieg Involvierten.

Ernst Nolte ... vertrat die These, der „Klassenmord“ in der Sowjetunion (Stichwort: „Gulag“)

habe „das logische und faktische Prius“ vor dem „Rassenmord“ (Stichwort: „Auschwitz“) gehabt, „Hitler“ – so Nolte in personalistischer Verengung – hätte nur die Verbrechen Stalins nachgeahmt.

... Einer, der dieses Ergebnis zur Grundlage einer Gedenkrede nahm, war Philipp Jenninger, dem dies wohl niemand zugetraut hätte: Einem, der in den 1970er Jahren in der Bonner Parlamentarischen Gesellschaft Plakate des Karikaturisten und SPD-Mitgliedes Klaus Staeck abgerissen hatte, einem Duz-Freund von Helmut Kohl. ... In erlebter Rede stellte er dann die Einstellung der durchschnittlichen Deutschen gegenüber dem NS-Regime in den Jahren seit der Machtübertragung dar, die sich zunehmend in Übereinstimmung äußerte. Er benannte anschließend den „Überfall auf die Sowjetunion“ als solchen – im Gegensatz zu Noltes Position. ... Damit ging er über Weizsäckers Position deutlich hinaus. Seine Rede wurde jedoch zum Skandal, weil Abgeordnete von SPD, FDP und GRÜNEN aus dem Plenarsaal auszogen. Schon am nächsten Tag trat Jenninger von seinem Amt als Bundestagspräsident zurück. Die CDU/CSU hatte sich entschieden, ihn fallenzulassen. ... Das Hauptproblem aber, das den Skandal auslöste, war das für das Publikum schwer zu durchschauende Stilmittel der „erlebten Rede“, das den Eindruck erweckte, Jenninger übernehme die Denkweise der „NS-Volksgemeinschaft“. Unter den Grünen war der Hamburger Politiker Martin Schmidt einer von Wenigen, die Jenningers Intention verstanden. ...“

Richtigstellung

In der letzten HLZ wurde freundlicherweise ein Artikel von Andrea Weisz und mir abgedruckt ("Auf unsere Knochen", S. 26-27). Leider haben sich Fehler eingeschlichen: Andrea arbeitet an der W3 (anstatt an der W13) und ich an der FSP 1 (anstatt an der FSP 2).

CLAUDIA WYSTRACH

Die Reise führte ins Verderben

Einweihung der Gedenkstätte im Lohsepark für die von dort deportierten Juden, Roma und Sinti

Am 10. Mai 2017 fand die feierliche Einweihung des Gedenkortes am Lohsepark zur Erinnerung an über 8000 Juden, Roma und Sinti statt, die von 1940 bis 1945 vom Hannoverschen Bahnhof aus nach Osten, etwa ins Getto nach Lodz oder nach Auschwitz, ins Vernichtungslager deportiert wurden.

Die Anlage des Gedenkortes visualisiert die verbrecherischen Deportationen. Die 20 dort aufgestellten Namenstafeln entsprechen den 20 Zügen, mit denen die Menschen der Vernichtung zugeführt wurden. Bevor die Besucher_innen zu den Namenstafeln kommen, müssen sie die sogenannte „Fuge“ passieren, zwei mit jedem Schritt höher werdende Mauern. Paul Celans Gedicht: Todesfuge wird assoziiert. Die Reise führte ins Verderben. Nur Wenige haben überlebt.

Planung und Durchführung des Gedenkortes am Lohse-

platz ist bei der Kulturbehörde angesiedelt, Ansprechpartnerin ist Frau Dr. Busse von der Kulturbehörde; die Aufarbeitung der Lebensgeschichten liegt bei Historiker_innen des KZ Neuengamme. Ein detailliertes Dokumentationszentrum am Lohseplatz ist bereits vorhanden, hat aber noch nicht seine endgültige Form gefunden.

Während der Feierstunde am 10. Mai kamen außer dem Ersten Bürgermeister auch Vertreter von Juden und Roma und Sinti zu Wort, außerdem die 92-jährige Dr. Lucille Eichengreen, eine der wenigen Überlebenden. Während Olaf Scholz auf die Geschichte des Hannoverschen Bahnhofs einging und diesen als Gedächtnis der Stadt und die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart apostrophierte, war die Rede von Lucille Eichengreen ganz persönlich.

Lucille Eichengreen kam 1941 16-jährig mit Mutter und Schwe-

ster nach Lodz, später nach Auschwitz. Sie nennt Auschwitz „Hölle meines Lebens“. Später kam sie nach Neuengamme, dann nach Bergen-Belsen, wo sie befreit wurde. Sie ist die einzige Überlebende ihrer Familie. Seit 1956 lebt sie in Amerika; eine Rückkehr nach Deutschland war für sie unvorstellbar. Sie stellt die Frage, warum es mehr als 70 Jahre gedauert hat, bis am Hannoverschen Bahnhof die Erinnerungsstätte entstand, die an den Bahnhof ohne Weiterfahrt erinnert.

Eine Gruppe aus dem Vorstand der BG Ruheständler_innen ist mit Arbeiten zu den 999er Strafsoldaten befasst, die vom Hannoverschen Bahnhof aus deportiert wurden. (s. hlz 5-6/17, S. 55) Sie bekamen eine kurze militärische Ausbildung zunächst auf dem Heuberg (Württemberg), später in Baumholder (Rheinland-Pfalz), bevor sie nach Afrika, Russland oder Griechenland und anderen Einsatzgebieten verbracht wurden. Es freut uns, dass der Erste Bürgermeister die Regierungsgegner unter den 999ern erwähnt hat. Die 999er fehlen noch als Opfergruppe. Auch ihnen muss durch Gedenken ihre Menschenwürde zurückgegeben werden.

Unsere Empfehlung an aktive Kolleg_innen: Besucht mit euren Klassen den Gedenkort am Lohsepark am Hannoverschen Bahnhof. Er kann Lebensgeschichten erzählen und den zynisch vernichteten Menschen durch Erinnerung wieder ein Gesicht geben.

BETTINA WEHNER
BG Ruheständler_innen

Foto: Bettina Wehner



Große Resonanz bei der Einweihung

gb@-SEMINARE 2017

gesund und munter

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung



Fachtag „Gesundheitsschutz an Schulen verankern“

Die Anforderungen im Unterricht und außerhalb haben stetig zugenommen und führen zusammen mit Veränderungsprozessen wie Inklusion oder Ganztagschule zu hohen Belastungen. Doch wer kümmert sich um die Gesundheit der Beschäftigten an Schulen? Und wie kann Gesundheitsschutz an Schulen weiter verankert werden? Wir leben in einer gesellschaftlichen Situation, in der die Verantwortung für Gesundheit schon seit längerem mehr und mehr auf den Einzelnen übertragen wird. Die Entwicklung der Arbeitswelt (Flexibilisierung, Entgrenzung), produziert zusätzliche Belastungen. Erfolgreicher Gesundheitsschutz an Schulen hängt entscheidend von den Bedingungen der pädagogischen Arbeit ab und von den Ressourcen, die zu unserer Gesundheit bereitgestellt werden. Wir müssen alle unsere Kräfte einsetzen und unsere Arbeitsbedingungen so ausgestalten, dass uns unsere Gesundheit erhalten bleibt.

Der Fachtag „Gesundheitsschutz an Schulen verankern“ soll helfen, die Situation an Schulen zu analysieren und einzuordnen und Impulse geben, in der gewerkschaftlichen Aktion für besseren Gesundheitsschutz an Schulen voran zu kommen, aber auch Kolleg_innen an Schulen darin unterstützen, die nächsten

Schritte zu planen. Wir freuen uns auf einen Austausch und viele Gespräche und Diskussionen in entspannter Atmosphäre! Eine Beschreibung der Workshops sowie das Anmeldeformular finden sich hier: <https://www.gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung/>

*Dienstag 10.10.2017,
9-17 Uhr
Hamburg,
GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein u.a.
kostenlos für GEW-Mitglieder
incl. Verpflegung
(Nicht-Mitglieder 40 €)*

Im Ausland unterrichten

Es gibt viele Gründe dafür, als Lehrer_in eine Arbeit an einer deutschen Schule im Ausland, an einer Europäischen Schule oder auch an einer ausländischen Sprachdiplomschule zu suchen, die Deutsch als Fremdsprache anbietet.

Siehe Veranstaltungstipp auf Seite 21

Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?

Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. In diesem Seminar besteht die Möglichkeit, über diese Entwicklungen zu sprechen und kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieses Seminar bietet so konkrete Hilfen, um die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.

*Donnerstag 23.11.2017, 11 Uhr
– Samstag 25.11.2017, 14 Uhr
Dersau, Leibers Galerie-Hotel
www.leibers.de
Leitung: Simone Friedrich
Kostenanteil: 60 € incl.
Unterkunft/Verpflegung
(ermäßigt 30 €,
Nicht-Mitglieder 180 €)*

Anmeldung

bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose, Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.



Norddeutsches Treffen lesbischer Lehrerinnen 2017

Norddeutsche lesbische Lehrerinnen treffen sich im November zu einer Fortbildung im Frauenbildungshaus Altenbücken.

Es werden Workshops zu schulbezogenen Themen und zur Entspannung angeboten. Daneben bekommt der Austausch über persönliche schulische Erfahrungen sowie das Coming-Out ausreichend Raum. An diesem Wochenende bekommen die Teilnehmerinnen Anregungen und können Kraft für den Schulalltag tanken.

Termin: 17. – 19. November 2017

Ort: Frauenbildungshaus Altenbücken e. V., 27333 Bücken

Für Informationen zur Veranstaltung bitte eine E-Mail an: nolele@web.de.

STIFTUNG

Jetzt bewerben

Der Fonds gegen Rassismus der GEW Hamburg

Die GEW Hamburg stellt seit 2008 aus ihrem Haushalt 10.000 Euro pro Jahr für einen Fonds zur Verfügung, der Projekte unterstützt, die sich gegen rassistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzen.

Die GEW setzt hiermit ein deutliches Zeichen gegen neonazistische Aktivitäten und Tendenzen. Mit der finanziellen Zuwendung will die GEW den Kampf gegen den Faschismus auch 70 Jahre nach der Befreiung stärken. Denn uns allen sollte klar sein, dass Demokratie kein Selbstgänger ist. Faschistische und rassistische Bestrebungen dürfen keinen Platz haben - weder in Hamburg noch anderswo.

Aus dem Fonds wurden bisher unter anderem das Projekt ‚Schule ohne Rassismus‘ (Lan-

deskoordination Hamburg) und die Ausstellung „Jüdische ZwangsarbeiterInnen auf dem Heiligengeistfeld“ (Willi Bredel Gesellschaft) gefördert. Unterstützt wurden unter anderem auch ein Schüleraustausch Israel-Palästina-Deutschland des Gymnasiums und der Stadtteilschule Finkenwerder wie auch ein deutsch-türkisches Schüleraustauschprojekt der Stadtteilschule am Hafen. Gefördert wurde die Veranstaltung „70 Jahre Curiohaus-Prozess“ der KZ Gedenkstätte Neuengamme sowie das Bündnis „Recht auf Stadt – Never mind the papers“, das die Mittel nutzt, um eine Kampagne gegen Abschiebungen durchzuführen.

Jetzt bewerben!

Der Fonds ermöglicht eine Anschubfinanzierung für Projekte, die sich gegen Rassismus

und Antisemitismus richten und für das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen einsetzen. Zweimal im Jahr (Juni/Dezember) entscheidet der GEW Landesvorstand über die Mittelvergabe. Im Vorfeld berät eine Arbeitsgruppe die vorliegenden Anträge. Wenn es bei euch Projekte dieser Art gibt, könnt ihr bei der GEW Hamburg Unterstützung dafür beantragen. Die Bewerbung muss eine detaillierte Projektbeschreibung und Kostenaufstellung umfassen.

Die Anträge für die nächste Vergaberunde müssen (bitte per mail an dehnerdt@gew-hamburg.de) bis zum 17.11.2017 bei uns sein. Beraten werden sie dann beim Landesvorstand am 5.12.2017. Auch Rückfragen können immer gern gestellt werden.

ARBEITSGRUPPE FONDS
GEGEN RASSISMUS

Zwangsarbeit in Sasel

Über einen nicht ganz untypischer Fall von ursprünglicher Akkumulation: der „Sasel-Case“ im Rahmen der Curiohaus-Prozesse

Hinter einem Richtertisch sitzen fünf britische Militärrichter, vor ihnen drei Protokollführer. Die Gesichter sind ernst, auf dem Tisch liegen Akten und Gesetzbücher. In der Mitte der Gerichtspräsident ebenso wie drei andere Offiziere in Uniform ohne juristische Ausbildung. Neben dem Vorsitzenden ein ausgebildeter Jurist mit Perücke, der als „Judge Advocat“ Beisitzer und Berater der Richter ist. Es handelt sich um ein wandfüllendes Großfoto aus der neuen Dauerausstellung „Emil Bruns – Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler“ der Willi-Bredel-Gesellschaft - Geschichtswerkstatt e.V. in den Zwangsarbeiterbaracken in Fuhlsbüttel. Diese Ausstellung wurde durch die finanzi-

elle Unterstützung der GEW aus dem „Fonds gegen Rassismus“ ermöglicht. Thema der Ausstellung ist der „Sasel-Case“, der im Rahmen der Curiohaus-Prozesse gegen NS-Kriegsverbrecher vom 23. April bis zum 10. Juni 1946 im Curiohaus verhandelt wurde. Dabei geht es speziell um Emil Bruns, der wegen Misshandlung von polnischen Zwangsarbeiterinnen aus dem KZ-Sasel verurteilt wurde.

Emil Bruns war bereits 1934 in die NSDAP eingetreten und hatte 1939 mit dem Gartengestalter Wilhelm Kowahl die Garten- und Landschaftsbaufirma „Kowahl & Bruns“ gegründet. Von Anfang an bemühte sich die Firma, militärische Aufträge zu erhalten und tarnte ab 1940

u. a. den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel. Das Unternehmen expandierte und konnte schon bald Niederlassungen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten gründen. Im Jahr 1943 arbeiteten knapp zweitausend Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in den besetzten Teilen Frankreichs und Polens sowie in Deutschland für Kowahl & Bruns. In Hamburg betrieb das Unternehmen vier Barackenlager, in denen 550 Zwangsarbeiter innen untergebracht waren, die vor allem in anderen Betrieben eingesetzt wurden. Darunter war auch das Zwangsarbeiterlager in Fuhlsbüttel, in unmittelbarer Nähe zum Flughafen. Hier standen vier Baracken, von denen noch zwei am authen-



Britisches Militär als Ankläger in den Curio Haus-Prozessen 1946

tischen Ort stehen. In ihnen ist heute das Informationszentrum „Zwangsarbeit in Hamburg“ der Willi-Bredel-Gesellschaft - Geschichtswerkstatt untergebracht.

Nach den Bombenangriffen auf Hamburg im Juli und August 1943 konnte das Unternehmen mit der Trümmerräumung, der Produktion von Betonplatten und dem Wiederaufbau zerbombter Wohnviertel Gewinne machen. Dabei setzte Emil Bruns als Bauleiter auf verschiedenen Baustellen ab September 1944 weibliche jüdische Häftlinge des KZ Sasel zur Zwangsarbeit ein. In diesem Außenlager des KZ Neuengamme waren vor allem polnische Jüdinnen interniert, deren Leidensweg von Auschwitz in das neu errichtete KZ Sasel führte. Unter SS-Bewachung mussten die körperlich sowieso schon geschwächten Frauen Schwerstarbeit leisten. Darüber hinaus wurden sie von Bruns schikaniert und einige Zwangsarbeiterinnen auf einer Baustelle am Heiligengeistfeld misshandelt.

Aufgrund der Aussagen mehrerer Häftlinge wurde er am 28.8.1945 verhaftet, im April 1946 begann sein Prozess vor dem britischen Militärgericht im Curiohaus. Er war der einzige zivile Angeklagte und wurde wegen Kriegsverbrechen zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine kurz nach der Verurteilung auf zwei Jahre verkürzte Haftzeit saß Bruns im Gefängnis Fuhlsbüttel ab, konnte aber während der Haft die Firmengeschäfte weiterführen, was Dokumente aus dem Archiv der Willi-Bredel-Gesellschaft beweisen. Mit dem von Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen erwirtschafteten Gewinn konnte die Firma Bruns zu einem der größten Unternehmen des Garten- und Landschaftsbaus in der Nachkriegszeit aufsteigen.

In der Ausstellung sind u. a. bisher unbekannte Privatfotos zu sehen. Auch werden verschollen geglaubte Dokumente aus dem

Firmennachlass präsentiert. Die misshandelten Zwangsarbeiterinnen kommen mit Originalzitataten aus den Prozessakten eindrucksvoll zu Wort. Auch die Nachkriegs-Beziehungen des Ex-Nazi Emil Bruns zur Hamburger Politik und zu jüdischen Organisationen werden nicht ausgespart.

Aus dem „Fonds gegen Rassismus“ der GEW wurde bereits die Dauerausstellung „Leidensweg und Behauptung. Matla Rozenberg“ in dem Zwangsarbeitermuseum in Fuhlsbüttel finanziell unterstützt. Sie zeigt den Leidensweg der 500 weiblichen jüdischen KZ-Häftlinge von Auschwitz bis in das KZ Sasel und deren Einsatz zur Zwangsarbeit auf dem Heiligengeistfeld und anderen Arbeitsstellen durch die Firma Kowahl & Bruns am Beispiel von Matla Rozenberg, die heute unter dem Namen Teresa Stiland in Paris lebt. Am 3. April 2011 wurde diese Ausstellung von der Holocaust-Überlebenden und vom damaligen Bezirksamtsleiter Wolfgang Kopitzsch eröffnet.

Die sich am authentischen Ort und weitgehend im Originalzustand befindlichen Zwangsarbeiterbaracken am Wilhelm-Raabe-Weg 23 in Fuhlsbüttel wurden 2008 unter Denkmalschutz gestellt. Sie waren von der Willi-Bredel-Gesellschaft 1997 vor dem Abriss gerettet und in aufwändiger Arbeit restauriert wor-



den. Die Idee, an das Schicksal der Zwangsarbeiter_innen in Form eines kleinen Museums zu erinnern, ergab sich nach dem Besuch ehemaliger Zwangsarbeiter aus den Niederlanden im September 2000. Daraus entstand eine mit Inszenierungen und Originalobjekten ausgestattete Dauerausstellung, die verschiedene Themen zur Entstehung des Lagers, zur Zwangsarbeit und zur Betreiberfirma Kowahl & Bruns beinhaltet.

Die mit Mitteln aus dem „Fonds gegen Rassismus“ der GEW gestaltete neue Dauerausstellung wird am Tag der Geschichtswerkstätten von Dr. Detlef Garbe, dem Leiter der Gedenkstätte Neuengamme, eingeweiht. Alle Interessierten sind zu dieser Ausstellungseröffnung herzlich eingeladen.

UWE LEPS
Willi-Bredel-Gesellschaft
Ruheständler

Termin: Eröffnung der Dauerausstellung „Emil Bruns – Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler“ durch Dr. Detlef Garbe: Sonntag, 08.10.2017, 14.00 Uhr, Hamburg-Fuhlsbüttel, Wilhelm-Raabe-Weg 23.

Weitere Infos: Willi-Bredel-Gesellschaft-Geschichtswerkstatt, Tel. 040/591107, willi-bredel-gesellschaft@t-online.de.

Der ‚schreibtischmörderische‘ Großvater

„Vergesst ja den Nette nicht.“ Der Kollege Bernhard Nette legt eine umfangreiche Biografie über seinen Großvater vor. Der Rezensent vermisst den Brückenschlag zur eigenen Befindlichkeit des Autors

Kollege Bernhard Nette beschäftigt sich in seinem vor Kurzem erschienenen Buch „Vergesst ja Nette nicht!“ mit der Nazi-Vergangenheit in seiner Familie – mit seinem Großvater Bruno Nette (im Folgenden Nette): Gestapobeamter und sogenannter Bremer Judenreferent

1941-45. Wer war er? Ein Täter, ein unbedeutendes Rädchen in der bremischen Verwaltung? Seine Mitwirkung im rassistischen Vernichtungssystem ist kein Geheimnis. Es gibt Dokumente. Also nicht zudecken, abschließen, sondern aufdecken. Der persönliche Anlass ist ge-

ben. Aber warum sich Bernhard Nette jetzt auf die sicher auch schmerzhafteste Suche in der Familiengeschichte macht, bleibt leider bis auf eine Andeutung („nächtliche Angstattacken“, S.11) unerklärt. Die Frage seiner Frau: „Dein Großvater war ein Nazi-Verbrecher, oder? Was

Warum mich das Thema berührt

Die betonierte Stelen im Zentrum von Berlin lösen verschiedene Gefühle aus. Einige fühlen sich eingeladen zum Spielen, zum Springen oder Verstecken. Andere sind irritiert angesichts der Größe und der scheinbaren Zwecklosigkeit. Wer soll hier wohnen zwischen all dem nackten, feindlichen Beton – ganz ohne Dach? Und dann gibt es da noch Leute wie Björn Höcke, die das Gedenken an den barbarischsten Höhepunkt deutscher Geschichte gern verschwinden lassen möchten. Da sind die Beton-Stelen in Zahl und Härte doch gut gesetzt. Sie kann man nicht so einfach verschwinden lassen. Erst recht nicht im Keller. Denn tatsächlich ist der Keller, das eigentliche Holocaust-Gedenk-Museum, mindestens so verstörend wie die offen sichtbare Denkmalsgestaltung.

Mir ging es jedenfalls bei meinem Besuch so, dass mich die ausgestellten Informationen über den Holocaust noch einmal umgehauen haben, trotz allen Wissens über die nationalsozialistischen Verbrechen. Nicht durch grauenhafte Fotos von Bergen mit Leichen, sondern durch die Landkarten, die den gesamten Umfang des Systems der Lager auf dem europäischen Festland und der systematisch organisierten massenhaften Vernichtung als unwert deklarierte Menschen zeigen.

Es wird unübersehbar: Hier waren nicht nur einige wahnhaft fanatisierte Rassisten der SS am Werk. Ein so großes Netzwerk von rassistischer

„Sortierung“, Verfolgung, Inhaftierung, Transportierung, lagermäßiger Verwaltung und dann letztlich industriell organisierte Vernichtung von Frauen, Männern, Kindern und Alten braucht eine zahllose Menge von willigen „Mitarbeiter_innen“.

Mit einem Schlag wurde mir noch einmal sichtbar vor Augen geführt, dass ein Großteil der Generation unserer Eltern oder auch Großeltern nicht nur weggeschaut hat, sondern einen funktionalen Anteil an diesem System gehabt haben muss. Das fängt an bei der listenmäßigen Erfassung der zu verfolgenden Menschen, dem sich Bereichern an geräumten Wohnungen, Häusern, Möbeln etc. bis hin zur Organisation des Transportes so vieler Menschen kreuz und quer durch Europa. Kurz: Das „Wir wussten ja von all dem nichts“, wie es in vielen Nachkriegsfamilien als Schutzschild vor weiteren Fragen hochgehalten wurde, wird hier im Keller der Holocaustgedenkstätte als Lüge entlarvt.

Also ein Anlass, doch noch einmal in der Familie nachzufragen, sich nicht abspesen zu lassen mit dem familiären Wunsch nach Vergessen. In vielen Fällen kommt das bohrende Fragen zu spät, wenn die Eltern und Großeltern bereits verstorben sind. Habe ich mich zu früh mit diesen Ausflüchten abspesen lassen? Habe ich mich insgeheim gefreut, dass die eigene Familie doch nicht schuldbeladen ist? Welche Wirkung und Prägung hat dies bei mir und meiner Nachkriegskinder-Generation hinterlassen?

SG

willst du mehr wissen?“ bleibt unbeantwortet. Bei mir gibt es sicher einen unbewussten Wunsch, der Ohnmacht gegenüber den grauenvollen Bildern des Holocaust durch handfestes Wissen zu entkommen. Im Fall Nette gibt es jedenfalls im Gegensatz zu manch anderer Familie eine Menge an handfesten Dokumenten.

Bernhard Nette (im Folgenden: Bernhard N.) gräbt akribisch in seiner Familiengeschichte und portraitiert seinen Großvater. Leider konzentriert er sich nicht darauf, sondern öffnet jede sich bietende Gelegenheit zu Ausflügen in die Geschichte, in die Literatur oder präsentiert gar eigene Versuche literarischen Schaffens (fiktionalen Interview mit dem Großvater). Das verwirrt den Leser, strengt unnötig an. Wo war noch mal der rote Faden?

BRUNO NETTE: 1887 geboren als Sohn einer Schneidermeisters. Nach Schneider- und Mül-lerlehre vier Jahre Militärdienst. (Dieser Ort der Militärausbildung veranlasst Bernhard N. zur Schilderung von KZ-Todesmärschen zum gleichen Ort zu anderer Zeit und dem Einmarsch der US-Truppen und ihrer ersten antinazistischen Aufräumarbeit). Erster Karrieresprung für den Müller Nette: Nach dem Militärdienst wird er 1913 in Bremen als Schutzmann angestellt. Er meldet sich mit Kriegsausbruch 1914 freiwillig an die Front und beendet den Krieg als Feldpolizeibeamter; 1920 wird er erneut als Schutzmann und später Kriminalpolizist eingestellt. Bernhard N. beschreibt ausführlich, dass Nettos nationalistisch-konservative Haltung durch den verlorenen Krieg nicht infrage gestellt wird und er so eher in Gegensatz zu den sozialdemokratischen und kommunistischen Teilen der Familie seiner Frau gerät. 1936 beantragt Nette die Mitgliedschaft in der NSDAP. Als Kripobeamter in Vegesack

bearbeitet er bereits auch Aufträge für die Gestapo, zu der er dann 1940 wechselt.

1941 übernimmt er das „Judenreferat“. Ein kleiner Karrieresprung. Bernhard N. charakterisiert ihn als „vom kaiserlichen Beamtenstaat geprägten Vollstreckungsbeamten“, gehorsam gegenüber dem Gesetz und willig, auch in undemokratischen Strukturen zu funktionieren. So ist es nun seine Aufgabe, entsprechend der NS-Rassegesetze Menschen nach „rassischen Merkmalen“ zu klassifizieren: Volljuden, Rassejuden, Halbjuden, Geltungsjuden, arisch Versippte! Nette hat keine Probleme, diese menschenverachtenden Kategorien anzuwenden. Entsprechend seinen Vorgaben stellt er die vernichtenden Transporte zusammen: 1941 Verschleppung und Ermordung von 570 Menschen nach Minsk (6 Überlebende). 1942, 1943 und noch im Februar 1945 Verschleppung von über 400 Menschen in das KZ Theresienstadt. Er zögert nicht, auch Kinder „zum Arbeitseinsatz“ ins KZ zu schicken. Nur durch die baldige Befreiung konnten 86 den letzten Transport überleben.

Nettes Klassifizierungen sind Entscheidungen über Leben und Tod, ohne dass er selber mehr tut als Akten anzulegen. Aber Bernhard N. schildert eindringlich anhand vieler späterer Zeugenaussagen, wie der Judenreferent sich kriminalistisch bemüht Jüdisches aufzuspüren: Bis zu drei Generationen rückwärts wird nach jüdischen Wurzeln gesucht und Ehepaare (sog. Mischehen) werden unter Druck gesetzt sich zu trennen. Falls dies nicht erfolgt, wird auch schon mal ein Nicht-Jude auf den Transport ohne Rückkehr geschickt. Da gibt es dann auch mal einen Selbstmord als letzten Ausweg vor dem Zugriff von Judenreferent Nette.

Deutlich wird Nette erkennbar als ein Mensch, der seine



320 Seiten, mit Fotos. VSA-Verlag, Hamburg, März 2017, € 29,80.

persönlichen Vorteile (soziale Anerkennung, Macht und auch materielle Bereicherung) aus seiner Stellung zog. Ein sehr gut funktionierendes Rädchen im verbrecherischen System. War er nun ein Täter oder nur, wie er sich selber im Entnazifizierungsverfahren 1948/49 darstellte, ein nur widerwillig Befehlen gehorchender Polizist?

Für Bernhard N. ist das Urteil schon auf den ersten Seiten gefällt. Er ist „schreibtischmörderischer“ Täter, ein Nazi-Verbrecher. Darunter leidet etwas der investigative Ansatz. Wozu all die Dokumente und Querverweise, wenn das Ergebnis der Recherche eigentlich schon feststeht? Was hält mich als Leser jetzt bei der Stange? Welche Fragen bleiben noch zu klären? Dass Nette nach heutigem Verständnis kein sympathischer Vertreter ist, wird schnell klar. Denn auch Enkel Bernhard N. mochte diesen Großvater und seine zweite Frau, die „böse Tante Mieke“, nicht. Die etwas langatmig und sehr detailverliebt vorgetragenen Ereignisse aus der Geschichte der Familie Nette bestätigen nur dieses Bild des kleinen Bernhard.

Was wäre eigentlich – wie es auch in vielen deutschen

Familien vorkam –, wenn der mörderische Vater/Opa in der Familie doch der freundliche, geliebte Verwandte war? Eine Person, eine Beziehung mit Widersprüchen? Das ist hier im Fall der Familie Nette nicht so. Der Gestapo-Opa wird auch kalt und herzlos gegenüber seiner ersten Frau und seinen Söhnen geschildert. Er ist für Enkel Bernhard N. der Böse. Alles auch familiär akribisch zusammengetragene Material beweist das. Was gibt es da noch zu fragen, wo bleibt da auch für den Leser noch ein Stückchen Motivation zum „Mitforschen“? Leider wird das Weiterlesen ein mühsames Stück Arbeit. Alles scheint schon geklärt.

Wohlthuend in seinen Differenzierungen ist da die von Bernhard N. zitierte Analyse M. Meyers, des Investigators (Ermittler im Auftrag der britischen Militärregierung), der 1948 durchaus

auch Widersprüchliches in der Person Nettes wahrnimmt: „Um den Fall Nette richtig beurteilen zu können, müssen die psychologischen Momente in Rechnung gestellt werden, die ihm das Judenreferat zuwider sein ließen. Das Judenreferat hatte er allein zu bearbeiten, die anfallenden Arbeiten waren umfangreich. Als unliebsame Nebenerscheinung trat hinzu, dass aus dem betroffenen Personenkreis sich eine große Anzahl Hilfesuchender an ihn wandte. Dieses ließ sich mit der Eigenart des eingefleischten Kriminalbeamten, der nur das Gesetz und die Dienstvorschriften kannte, nicht vereinbaren.

Sein Umgangston gegenüber dem betroffenen Personenkreis sprach in dieser Hinsicht eine beredte Sprache. Er war gereizt, unfreundlich und unzugänglich und warf jeden unbequem werdenden hinaus...Es ist nur zu verständlich, dass alle vom Ge-

setz betroffenen alles daran zu setzen suchten, durch die Maschen dieses Gesetzes (*Nürnberger Rassegesetz; Anm. S.G.*) hindurch zu schlüpfen. Dazu gehörten Tarnung, Beschaffung von Urkunden, die nachwiesen, dass ein Eltern- oder Großelternteil Arier war, Verschleierung von abgabepflichtigem Vermögen usw.. Es darf bei dieser Frage nie außer Acht gelassen werden, dass der betroffene Personenkreis im Grunde genommen um sein nacktes Leben kämpfte. Dem jeweiligen Sachbearbeiter war es in die Hand gegeben, Paragraphenmensch oder Helfer zu sein. Je nachdem, welche ideologischen Voraussetzungen und Charaktereigenschaften vorhanden waren.

Andererseits stand der bearbeitende Beamte zwischen vorerwähnten Dingen und seiner Dienstvorschrift. Ferner lag sein persönliches Interesse na-



Fotos: Stefan Gierlich

Die Begegnung mit den Taten der Vorfahren ist mühsam und schmerzhaft

turgemäß im Vordergrund. Ein Kriminalist will Erfolg. Er will damit nach oben glänzen, weil ihm dieses in vielerlei Hinsicht dienlich war. Hinzu kommt bei Nette, dass sein Vorgesetzter *Hasse* ein ausgesprochener Judenfresser war. Ferner dass Nette kurz vor seinem Pensionsalter stand und keine Neigung zeigte, noch irgendwelche Risiken einzugehen...Dieses und sein eingefleischtes Beamtentum waren die Triebfedern seiner ganzen Handlungen. Er war es von jeher gewohnt, jeden einzelnen Fall als Sache zu betrachten. Die möglichste Ausschaltung menschlichen Mitgefühls war eigentlich seine Pflicht. Dass er hierbei unschuldige Menschen wie Wild jagte, ja, zuweilen in den Tod trieb, war eine naturgemäße Begleiterscheinung seiner Arbeit und stimmte ihn erst dann bedenklich, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches vor auszusehen war.“(S.150-151)

Abschließend stellt er fest: „Nette ist angeklagt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und an Judenverfolgungen teilgenommen zu haben... Er ließ sich jedenfalls bis zu dem Zeitpunkt, als die Siegesaussichten der Nazis schwanden, nur von seinem Hass und seinem Vernichtungswillen gegen das Judentum leiten.“(S.152)

Diese Darstellung illustriert die Schrecken eines „gut“ funktionierenden Beamtenapparats. Auch heute werden an Schreibtischen Menschenschicksale von Flüchtlingen entschieden. Gerade deshalb ist es wichtig, die persönliche Verantwortung und Entscheidungsspielräume eines solchen Beamten zu sehen.

Nette in der Entnazifizierung

Nette bleibt sich selbst treu. Er übernimmt keine Verantwortung, sondern nutzt nach der Befreiung vom Faschismus in seinem Entnazifizierungsverfahren die Gunst der Stunde, um sich in mehreren Verfahren vom

„Hauptbelasteten“ zum „Belasteten“ und schließlich zum „Minderbelasteten“ herabstufen zu lassen. 1950 wurde per Gesetz die Entnazifizierung in großen Teilen aufgehoben und dem nun so bezeichneten „Mitläufer“ wurden alle Strafzahlungen erlassen. Pensionär Nette erhielt nun 60 Prozent seiner Bezüge bei der Kriminalpolizei, wo er vor seiner Gestapozeit arbeitete.

Das ist einer der besten Teile von B. Nettos Buch: Er arbeitet die schrittweise Aufweichung und letztlich Liquidierung des Prozesses der Entnazifizierung in Bremen bzw. Westdeutschland detailliert am Beispiel seines Großvaters auf. Hier liegt ein Erbe, das womöglich bis heute nachwirkt. Viele Nachkriegskarrieren von Juristen, Ärzten, Beamten zeugen davon. Und die Wirkung reicht bis heute, wenn man die immer noch aktuelle Blindheit gegenüber den Wehrmachtstraditionen in der Bundeswehr feststellt.

So gesehen ist es verdienstvoll, dass sich B. Nette ohne Scham vor der Wahrheit an die Aufdeckung der Täterschaft in seiner Familie macht. Hier auf der Ebene der „normalen“ Familie wird sichtbar, dass es ein perfides Zusammenspiel von den Rasse-Ideologen, den unmittelbaren NS-Mördern, den willigen Befehlsempfängern in den Amtsstuben bis hin zu den teils begeisterten Soldaten eines verbrecherischen Angriffskrieges gibt. Die holzschnittartige Gegenüberstellung von Tätern und Opfern reicht zum Verständnis der Geschichte nicht aus.

Das deutet B. Nette in seinem Exkurs über zwei jüdische Kollaborateure der jüdischen Gemeinde an, die selbst auf der Opferseite zu Mit-Vollstreckern des rassistischen Terrors wurden. Die Charakterstärke, „Nein“ zu sagen, hatten sie ebenso wenig wie der den Rassegesetzen treue Beamte Nette. Allerdings waren ihre Entscheidungsfreiheiten mi-



Wer die Vergangenheit nicht kennt, hat keine Zukunft

nimal und auch vollkommen andere. Dem Polizisten Nette war der persönliche Karriere-Fortschritt zur machtvollen Position des Gestapo-Judenreferenten wichtiger als irgendwelche moralischen Skrupel.

Wichtiger als die heutige Verurteilung des Großvaters als NS-Täter ist die Erkenntnis, wie notwendig eine Gesellschaft in allen Positionen Menschen braucht mit einem humanistischen Menschenbild und der mutigen Bereitschaft, auch in autoritären Strukturen Charakterstärke zu bewahren. B. Nette stellt die Frage auch an seinen offensichtlich geliebten Vater (der übrigens den Gestapo-Großvater entschuldigt: Kein Nazi!): „War Günther Nette ein Nazi gewesen?“ und stellt erleichtert fest, dass er trotz Mitgliedschaft in Hitlerjugend und NS-Studentenbund nicht Mitglied der NSDAP oder SS war. Da ist endlich ein „Nein“ in der eigenen Familie. Richtig zufrieden macht das nicht.

STEFAN GIERLICH
BG-Ruheständler

verdrängt, vergessen...?

Wie man sich unlängst eines „hochkarätigen Pädagogen“ entsann und man u.a. dank der ‚Täterprofile II‘ von H.P. de Lorent eines besseren belehrt wird

Es ist schon so eine Sache mit der Erinnerung und dem Gedenken. Vor einigen Nummern erschienen in der hLz zwei Artikel zur Geschichte des LI. Zuerst schrieb Jürgen Walkstein, langjähriger Mitarbeiter des LI-Vorläufers IfL, über „80 Jahre Lehrerbildungsinstitut“ (hLz 9-10/2016). Darauf reagierte Josef Keuffer, amtierender LI-Direktor, mit „Anmerkungen und Korrekturen“: „80 oder schon 91 Jahre?“ (hLz 11/2016). Über Jubiläumsdaten lässt sich sicher trefflich streiten.

Was Josef Keuffer jedoch nicht beanstandete, war eine Passage in Walksteins Beitrag, zu der in der nächsten hLz-Nummer doch zumindest eine „Anmerkung“, wenn schon nicht ein Proteststurm zu erwarten gewesen wäre. Aber nichts dergleichen folgte, nicht einmal ein kleiner Leserbrief. Nun jedoch, aus aktuellem Anlass, doch noch etwas dazu.

Die Passage in Walksteins Aufsatz lautete: „In den 1950er Jahren wurden nach und nach Beratungsstellen am IfL aufgebaut (...). Für die Semestereröffnungen wurden jeweils hochkarätige Pädagogen eingeladen – so z.B. 1957 Peter Hofstätter zum Thema ‚Die Schulklasse als soziale Gruppe‘ (...).“ (S. 47)

Hoppla, da war doch was?! Der jüngeren hLz-Schreiber- und Leserschaft wird und muss nicht unbedingt etwas zu dem Namen einfallen. Aber der älteren? Der Psychologe Hofstätter, 1956 nach mehrjährigem USA-Aufenthalt nach Deutschland zurückgekehrt, um eine Professur an der Hochschule für Sozialwis-

senschaften in Wilhelmshaven anzutreten, hatte nicht nur 1957 einen Bestseller (das Fischer-Lexikon „Psychologie“) herausgebracht, sondern als Rektor der Hochschule auch Student_innen befiehlt, die er im Nachhinein als „jene Kreise“ bezeichnete, „die später als sogenannte ‚68er‘ die großen Universitäten zu kommunistischen Kaderschmieden umzufunktionieren versuchten.“ Er verbot kurzerhand den Verkauf einer Studierendenzeitschrift, in der gegen den Begriff „Vaterland“ polemisiert worden war. Soweit zu Hofstätter 1957.

Ein paar Jahre später machte der „Pädagoge“ (?) von sich reden, weil er für eine Generalamnestie für (große) NS-Verbrecher eintrat. Das ging durch die Presse – einschließlich eines freundlichen Interviews, welches er der rechtsradikalen „Deutschen National-Zeitung“ 1963 gab. Solches Auftreten brachte ihm schließlich eine offizielle „Missbilligung“ des Hamburger Senats ein – Hofstätter war 1959 an die Universität Hamburg berufen worden. Nicht nur kritische Journalist_innen und revolutionär gestimmte Student_innen entdeckten schließlich Unrühmliches aus Hofstätters NS- bzw. Wehrmachtsvergangenheit vor 1945. Der Künstler und Publizist Arie Goral veröffentlichte Dokumente zum „Fall Hofstätter“ 1963/1978. Zum 50jährigen Bestehen der Universität Hamburg, 1969, erschien, vom ASTA der Universität herausgegeben, die alternative Jubiläumsschrift „Das permanente Kolonialinstitut“ und darin die Abhandlung „Die altnazistische Fraktion der

Hamburger Professoren. Dargestellt am Fall P. R. Hofstätter“.

Jüngere können das alles nicht unbedingt wissen, wie gesagt. Ältere haben es offenbar – vergessen...? Zugegeben: 1957 mochten auch die IfL-Programmgestalter Hofstätter noch für einen „hochkarätigen“ Vorzeigewissenschaftler halten. Seitdem aber sollte sich, was Hofstätter betrifft, herumgesprochen haben, dass hinter eine solche Qualifikation mehr als ein Fragezeichen zu setzen ist. Und so kann 2016 auch nicht mehr unkommentiert von Hofstätters Auftritt beim IfL geschrieben werden, es sei denn – dem Thema angemessen – psychologische Phänomene müssten veranschlagt werden: Verdrängung, Vergessen, Schuldprojektion und dergleichen mehr.

Der aktuelle Anlass, der nun doch noch zu diesem Kommentar einer hLz-Passage geführt hat, ist das Erscheinen des Bandes 2 von Hans-Peter de Lorents unverzichtbarem Aufarbeitungswerk „Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz und in der Zeit nach 1945“ (Hamburg 2017; der erste Band erschien 2016.) Am Schluss seiner neuesten 50 „Täterprofile“ steht dankenswerterweise Folgendes zu Peter R. Hofstätter: „Was die NSDAP anlangte, schien es das einfachste, Mitglied zu werden. Man zahlte seinen bescheidenen Beitrag, und das war's dann auch schon.“ Auf über 50 Seiten kann dort nachgelesen werden, was heute zu Hofstätter zu sagen ist.

RALPH BUSCH,
Historiker

Nicht zu selbstgerecht urteilen

Hans-Peter de Lorent präsentierte den 2. Band seiner Täterprofile von Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz

Es war schon erstaunlich, dass es nicht Wenige unter den Gästen gab, die mit direkten Erfahrungen aufwarten konnten. Sei es als Erinnerung an die Kindheit, sei es das plötzliche Entdecken von bekannten Personen, oft eben die eigenen Lehrer_innen, die im Buch plötzlich als Täter_innen auftauchen.

Die Vertreterin des VVN, Christiane Chodinski, sprach über ihre Schulzeit in den 1950-er Jahren, in der das Thema Nationalsozialismus im Unterricht noch ausgeklammert war. Andere berichteten, dass sie mühsam herausfinden mussten, was mit dem Begriff Faschismus denn überhaupt gemeint war. Vor dem Hintergrund, dass viele Belastete in diesen Jahren längst schon wieder im Schuldienst tätig waren, kein Wunder.

Gerade auf diesem Feld konnte Delo an verschiedenen Personen deutlich machen, wie Täter_innen sich ‚Persilscheine‘ besorgen konnten, womit der Weg zur Wiedereinstellung geebnet war. Begünstigt durch Lehrermangel, aber auch die Frontstellung Deutschlands im Kalten Krieg hatten die Alliierten schon wenige Jahre nach Kriegsende kein wirklich starkes Interesse mehr, ehemalige Nazis aus dem Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Nicht zuletzt, weil man zu Recht annehmen konnte, dass diese allemal Garanten einer strammen antikommunistischen Einstellung waren.

Bei aller Schärfe des Urteils bleibt der Umgang mit dieser unserer aller Geschichte eine Herausforderung. Denn angesichts der monströsen Verbrechen der in

die Politik der Nazis Verstrickten scheint es zwar einfach, den Stab über die Täter_innen zu brechen. Man sollte sich allerdings in seinem Urteil vor jener Selbstgerechtigkeit in Acht nehmen, die die Systemzwänge der Zeit nicht ausreichend berücksichtigt, so der Tenor der Veranstaltung. Nicht zuletzt aus diesem Grund standen die Zeilen aus dem Brecht’schen Gedicht ‚An die Nachgeborenen‘ am Schluss von Delos Beitrag.

Das Denken vieler der Anwesenden, das zeigte sich auch in der Diskussion, wurde also nicht unwesentlich geprägt von diesen Menschen, die in der Aufarbeitung als Täter_innen ausgemacht werden konnten. Mehr noch, als dass die Betroffenen ihre Vergangenheit verschleierten,

verdrängten sie diese. Umso verständlicher also das Aufbegehren, als sich dieser Schleier Ende der 1960-er Jahre lüftete. Dies war der Beginn der politischen Biografie der meisten Anwesenden. Nicht zuletzt wurde an dieser Stelle klar, warum es keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben kann, weshalb das vom Verfasser dieses Berichts bemühte Zitat von Karl Marx auf der Veranstaltung nicht seine Wirkung verfehlte: „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden.“

JOACHIM GEFFERS

Beide Bände der ‚Täterprofile‘ sind gegen eine Schutzgebühr von je drei Euro in der Geschäftsstelle der GEW oder in der Landeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Foto: GEW



*Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen spricht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.
Berthold Brecht, An die Nachgeborenen*

Erfahrungen mit Verdrängern und Verdrängten

Als Reaktion auf die Veröffentlichung über die Verstrickung des von Vielen auch in der GEW verehrten Walter Bärsch in den Täterprofilen II (s. auch hlz 7-8/2017, S. 50-55) von H.P. de Lorent (s. S. 53) veröffentlichte der Deutsche Kinderschutzbund am 16.5.2017 folgende Erklärung:

Mitgliederversammlung des Deutschen Kinderschutzbundes 2017

Geschichte des DKSB

Beschluss:

1. Der DKSB stellt klar, dass die Mitgliedschaft in oder die Unterstützung von Parteien und Verbänden, die offen oder versteckt rassistische, diskriminierende, antisemitische und ausländerfeindliche Ziele verfolgen oder sich in diesem Sinne äußern, sowie Hass und Gleichgültigkeit gegenüber Benachteiligten und Minderheiten schüren und/oder sexuelle oder körperliche sowie psychische Gewalt gegen Kinder in jedweder Form billigen oder diese zu fördern versuchen, mit einer Mitgliedschaft im DKSB unvereinbar ist.
2. Der Deutsche Kinderschutzbund distanziert sich von seinen früheren Präsidenten Prof. Dr. Dr. Dr. Fritz Lejeune und Prof. Dr. Walter Bärsch. Beide ehemaligen Präsidenten waren aktive Mitglieder der NSDAP, sie haben Parteiämter bekleidet und durch Militärische Ränge den Unrechtsstaat des Deutschen Reiches in der Zeit von 1933 bis 1945 aktiv unterstützt.



die lobby für kinder

Auszug, der gesamte Text findet sich unter <http://www.dksb.de/images/web/PDFs/Beschluss%20der%20Mitgliederversammlung%20zur%20Geschichte%20des%20DKSB%202017-05-16.pdf>

VERBANDSGESCHICHTE 1

Max Traeger als Vorbild?

Auftakt einer Diskussion (s. hlz 7-8/2017, S. 57)

Mit der Veröffentlichung des Buches „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“ im Oktober 2016 ist eine Diskussion in Gang gekommen, in der es u.a. um die Frage geht, inwiefern Max Traeger, nach dem die Stiftung der GEW benannt ist, als Vorbild für die GEW dienen kann. Diskussionen gibt es dabei u.a. über seine Rolle bei der Gleichschaltung der GEW-Hamburg-Vorläuferorganisation „Gesellschaft der Freunde“ 1933 sowie bei der Übergabe des Curiohauses nebst der 1935 erworbenen Immobilie Ro 19 an die GEW Hamburg 1954.

Noch vor den Sommerferien, am 26. Juni fand eine Veranstaltung zum Thema Geschichte der GEW statt, auf der Dr. Hans-Peter de Lorent, der bereits über viele Jahre das Thema „NS-Vergangenheit“ mit zahlreichen Veröffentlichungen bearbeitet hat, seine Ergebnisse zu den gegenüber Max Traeger erhobenen Vorwürfe vorstellte, über die anschließend diskutiert wurde.

Unter den gut 30 Anwesenden war eine Vielzahl der Personen anwesend, die sich bereits in der Auseinandersetzung um die Immobilie Ro 19 in den Jahren von 2000-2010 engagiert hatten. In der Diskussion wurde deutlich, dass niemand der Anwesenden den Vorwurf, Traeger „war doch nur ein ‚kleiner‘ Nazi, ja eigentlich gar kein Nazi, nur ein ‚Mitläufer‘“ (Orthmeyer/Müller 2016, S. 188) oder auch die Behauptung, Traeger hätte eine „einschlägige nationalsozialistische Vergangenheit“ (Jussi, Heinelt, Hübner, Wollborn, Müller in der hlz 1-2/2017, S. 59) aufrechterhielt. In der Diskussion ging es insbesondere um die Frage, welche Rolle die Deutsche Staatspartei 1933 spielte.

Einen Tag später fand im Curiohaus eine Pressekonferenz des GEW-Hauptvorstandes und des GEW-Landesverbandes Hamburg statt, auf der de Lorent seine Biografie des ersten Vorsitzenden der GEW Max Traeger vorstellte. Bis jetzt hatte es

keine biografische Darstellung von Traegers Wirken gegeben. Insbesondere seine Rolle in den Vor- und Nachkriegsjahren sowie in der NS-Zeit ist bislang nicht ausgeleuchtet worden und war vor und während des 28. Gewerkschaftstages Anlass für teils emotionale Debatten.

Die Veröffentlichung der Biografie Max Traegers bildet den Auftakt zur Aufarbeitung der Geschichte der GEW. Ein weiterer Teil folgt im Herbst, wenn Historiker der Universität Leipzig ihre Arbeit aufnehmen und die Geschichte der GEW während und nach der NS-Zeit erforschen und systematisch aufarbeiten.

Hans-Peter de Lorent. Max Traeger: Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887 - 1960). BELTZ Juventa. ISBN: 978-3-7799-3748-7

ANJA BENSINGER-STOLZE,
FREDRIK DEHNERDT,
SVEN QUIRING

Einseitig ausgewählte Dokumente

„Begeisterte Zustimmung“ oder Kampf gegen „Staatsstreich und Sozialreaktion“? Hamburger Lehrer_innen im Nationalsozialismus

„Mit begeisterter Zustimmung“ hätten sich 1933 „gerade in Hamburg“ die gewerkschaftlich organisierten Lehrer_innen den Nazis angeschlossen – so lautet eine der Parolen, die gegenwärtig gestreut werden.

Das Bedenkliche an solchen deutschlandweit verbreiteten Vorwürfen insbesondere gegen den Vorläufer der Hamburger GEW, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, ist nicht deren erfunderer Inhalt. Auch das schrille Engagement jenes Erziehungswissenschaftlers, der diese Beschuldigungen bündelt und weiterleitet, ist psychologisch gut zu verstehen. Um von seinem Ruf etwas zu retten, mag er wohl nicht zugeben, dass er sich bei seinen Anklagen z. B. über „zentrale Betrugsmanöver von Max Traeger“, dem GEW-Vorsitzenden, auf ungeprüfte Informationen stützte. Das eigentliche Befremdliche und Beunruhigende an den genannten Tiraden ist die Tatsache, dass sie ungeprüft im Chor wiederholt werden.

Hier zeigt sich ein für demokratische Organisationen grundlegendes Problem. Wohin führt es, wenn ohne Kenntnisse aufgrund einseitiger Aussagen, aber dafür nach ehrenwerten (Bauch-) Gefühlen votiert und agiert wird? Nicht nur in diesem Zusammenhang sollten wir Hinweise jener Kollegen beachten, die im Hinblick auf die Geschichtsdebatte in der HLZ forderten, Th. W. Adornos Anmerkungen über

Grundsätze einer „Erziehung nach Auschwitz“ nicht zu vergessen. Jener Philosoph wendete sich u.a. gegen jeglichen „Herdentrieb“, gegen „eingestimmte Menschen“ und formulierte: „Die einzig wahre Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, ... die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“ Er polemisierte explizit gegen die Anfälligkeit, auch dem „Bewusstsein nach progressive(r) Menschen, sich in irgend etwas einzuliedern.“

Eine Voraussetzung der von Adorno angedeuteten „Möglichkeiten der Bewusstmachung“ ist die Bereitschaft, sich bei strittigen Fragen über die Argumente

beider Seiten zumindest ungefähr zu informieren. Hier stehen auch unsere Funktionsträger in einer gewissen Verantwortung.

Dazu ein aktuelles Beispiel, das auch zur Kontroverse gehört. Wenn z. B. ein Agitator aus Frankfurt in Hamburg auftritt und wider besseres Wissen kommentarlos den hier abgedruckten faksimilierten Brief vom 29.11.1950 verbreitet, sollten sie nicht bloß im kleinen Kreis den Kopf schütteln. Zu erwarten wären öffentliche Hinweise, dass der Inhalt dieses Schreibens sich bald aufgrund verschiedener Erklärungen und Dokumente als falsch erwies. Sie hätten zusätzlich darauf hinzuweisen, dass deren Richtigstellungen im Jahr

Falschmeldung verbreitet



Richtigstellung unterschlagen

Landgericht Hamburg
- Wiedergutmachungsamt -
Sievekingplatz 1
20355 Hamburg

.....
.....

Geschäfts-Nr:	Zimmer	Telefon	Datum
Z 31218	814	040/428432253	05.03.01

Sache
Prof. Dr. Moritz Max Bauer Erben
Z 31218

Ihr Zeichen/Schreiben vom
- 22. November 2000 -


.....

Ich habe daraufhin eine Anfrage an das
Verwaltungsamt für innere Restitutionsen in 30103 Hannover, Postfach 110902, als
Nachfolger des früheren Zentralamts für Vermögensverwaltung (Central Claims
Registry) in Bad Nenndorf
gerichtet, das nach Art. 47 Nr. 1 des Gesetzes Nr. 59 vom 12. 5. 1949 der Militärre-
gierung Deutschland – Britisches Kontrollgebiet – (Rückertsetzungsgesetz, RuG) für die
Entgegennahme von Wiedergutmachungsanträgen auf Rückertstattung entzogen-
er Vermögenswerte zuständig war. Dort waren glücklicherweise noch Teile einer
das Grundstück Rothenbaumchaussee 19 betreffenden Akte vorhanden,
Aktenzeichen VIR – C 3934,
so daß ich Ihre Fragen nunmehr wie folgt beantworten kann:

Das Grundstück Rothenbaumchaussee 19 unterlag nach 1945 der Vermögenskont-
rolle,
weil das Grundstück 1935 veräußert worden war und einer der bis 1935 in das
Grundbuch eingetragenen Voreigentümer – es dürfte sich dabei um Prof. Moritz
Max Bauer gehandelt haben – jüdischer Herkunft war. Aufgrund dieser Umstände
bestand die Möglichkeit, daß hinsichtlich dieses Grundstücks Ansprüche auf Rück-
kerstattung infolge nationalsozialistischer Verfolgung entzogener Vermögensge-
genstände gestellt werden würden;
denn nach der Regelung in Art. 2 u. 3 RuG sollte eine Vermutung für das Vorliegen
der Anspruchsvoraussetzungen sprechen, wenn eine Veräußerung durch eine Per-
son erfolgt war, die unmittelbar Maßnahmen nationalsozialistischer Verfolgung aus-
gesetzt war.

Tatsächlich wurden Ansprüche auf Rückertstattung des Eigentums an dem Grund-
stück von den Voreigentümern oder deren Erben dann jedoch nicht gestellt;
Auf eine Anfrage der Finanzbehörde Hamburg vom 11. Mai 1955 an das Zentralmel-
deamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf teilte dieses der Finanzbehörde
unter dem 28. April 1955 mit: „Seitens eines der bis 1935 im Grundbuch eingetragenen
Voreigentümer ... ist ein Rückertstattungsantrag nach dem Mil Reg Ges. Nr. 59
nicht gestellt. Auch ein Antrag der JTC liegt nicht vor“. (Die JTC war die Rechte un-
bekannter Anspruchsinhaber wahrnehmende Jewish Trust Corporation for Germany
Ltd. in London.) Das Grundstück wurde daraufhin gemäß Mitteilung der Finanzbe-
hörde Hamburg vom 11. Mai 1955 an das Zentralmeldeamt für Vermögensverwal-
tung in Bad Nenndorf aus der Vermögenskontrolle entlassen.
Ich hoffe, daß Ihnen mit diesen Auskünften gedient ist, und bitte wegen der Bear-
beitungsdauer nochmals um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Weyhe, Richter am Landgericht

Nach übereinstimmenden Antworten des Hamburger "Amtes für Wiedergutmachung" auf getrennte Anfragen der GEW-Hamburg und des DGB-Düsseldorf wegen des Schreibens des ORR Klesper war seitens der Vorbesitzer weder Klage über einen Verkauf wegen des Drucks in der NS-Zeit geführt noch ein Rückgabeantrag gestellt worden. Nach einer Anfrage des Finanzamts Hamburg bestätigte das deutschlandweit zuständige Zentralmeldeamt 1955 nochmals, dass es keine diesbezüglichen Aussagen bzw. Anträge der Vorbesitzer gab. Die entsprechenden Akten prüfte der Richter Dr. Weyhe vom Wiedergutmachungsamt 2001 erneut. Er bestätigte, dass es keinen Rückertstattungsantrag oder sonstige Klagen der Vorbesitzer von Ro 19 gegeben hatte. Dies ist lange bekannt, wird aber wider besseren Wissens nicht erwähnt.

1951 in neuerer Zeit nochmals geprüft und bestätigt wurden (Vgl. das amtliche Schreiben aus dem Jahr 2001).

Eine ähnliche systematische Desinformation wie im Fall dieser Dokumente gibt es auch bei der eingangs benannten Anklage, in Hamburg wären 1933 die Mitglieder der „Gesellschaft“ schnell, freiwillig und unter „brausendem Beifall“ zu den Nazis übergelaufen.

Hier bleibt offen, was befremdlicher ist: die Dreistigkeit der Enragierten, die Uninformierte wieder mit Hilfe einseitig ausgewählter Dokumente zu Unterschriften unter ihre Resolutionen drängten oder die Unbekümmertheit, mit der diese geleistet wurden. Die oben genannte Maxime Th. W. Adornos beherzigten jedenfalls viele nicht, die in das Lamento einstimmten.

Dabei wäre es sehr einfach, sich über die politisch-pädagogische Haltung der Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde ...“ gegenüber dem Nationalsozialismus zu informieren. Diese ist gut erforscht. Mitglieder der Hamburger „Gesellschaft der Freunde“ traten – solange Pressefreiheit bestand – offensiv gegen rechte Tendenzen in Staat und Pädagogik auf.

In nahezu jeder Ausgabe der HLZ bis zur „Gleichschaltung“ der „Gesellschaft der Freunde“ im April 1933 wurde die Schulpolitik der in deutschen Einzelstaaten wie Mecklenburg, Anhalt, Braunschweig, Thüringen, Preußen, Oldenburg bereits regierenden Nationalsozialisten und Deutschnationalen vom gewerkschaftlich-demokratischen Standpunkt aus scharf angegriffen. Die Mitglieder der „Gesellschaft“ wirkten engagiert für Abrüstung und Völkerverständigung. Speziell für die den Nazis verhasste Idee des Völkerbundes warb eine „Arbeitsgemeinschaft Völkerbund und Schule“.

Nahezu alle Autoren der HLZ traten für Demokratie, Frie-

den, Toleranz und Aufklärung ein. So erinnerte das Blatt am 19.11.1932 an den „großen Philosophen“ B. Spinoza, der als „Vater der Bibelkritik“ den Orthodoxen aller Konfessionen als ruchloser Atheist, als zersetzender Intellektueller galt und auf der rechten Seite des politischen Spektrums bereits wegen seiner jüdischen Herkunft abgelehnt wurde. Noch am 4. März 1933 lobte die HLZ Sigmund Freud. Er habe mit der Psychoanalyse die „ungeahnte Bedeutung des Unbewussten für das Seelenleben“ aufgedeckt. Dies war ein bewusster Affront gegen Antisemiten und die ideologischen Propheten des „III. Reichs“. Letztere ließen bereits am 10. Mai bei den nationalsozialistischen Bücherverbrennungen auch die Werke des „Juden“ Freud und seiner Schüler auf ihren Scheiterhaufen verbrennen.

Vielleicht erscheint manchem Überzeugten eine Beschäftigung mit solchen Informationen als störend. Sie empfinden Darstellungen, die nicht zu ihren Vorurteilen passen, als Machwerke, bestenfalls als Märchen und Romane. Veröffentlichungen in der HLZ 1932/33 waren übrigens nachweislich keineswegs bloße Lippenbekenntnisse, die über die realen Einstellungen der Mitglieder wenig aussagten. Denn über die entsprechende antinazistische Orientierung der Hamburger Lehrer_innen und der Mitglieder der „Gesellschaft“ gibt das Ergebnis einer Anfang Februar 1933 durchgeführten geheimen (!) Abstimmung und Wahl zum Hamburger Beamtenrat hinreichend Aufschluss. Stattgefunden hatte die Wahl nach der Machtübergabe im Januar 1933 an die Regierung Hitler-Papen (NSDAP-DNVP) im Reich. Der Wahlkampf war ausdrücklich mit allgemeinpolitischen Argumenten geführt worden. Die Wähler konnten über zwei Listen (bzw. zwei Lager) abstimmen. Eine firmierte als „Nationaler Block“.

Hier kandidierte auf Platz 2 ein bekannter Nationalsozialist. Die von der „Gesellschaft“ angeführte „Liste Vereinigter Lehrerverbände“ (4.2.1933) bzw. deren Kandidaten verteidigten in ihrem Wahlkampf nicht nur das parlamentarische System. Sie traten offensiv gegen Anhänger einer autoritären Staatsführung auf sowie gegen „Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen“ könnten (Dies bezog sich auf die Absetzung demokratischer Landesregierungen nach dem Exempel der preußischen Regierung 1932, dem sog. „Preußenschlag“).

Nur eine parlamentarische Regierungsweise ermögliche Wähler_innen und Gewerkschaften, auf den „Inhalt der Gesetze, auf die Führung der Staatsgeschäfte“ Einfluss zu nehmen. Die politische Rechte sähe hingegen im

Besondere ist die Deutlichkeit der Minderheitsposition, in der sie sich befanden. Denn nahezu 75 Prozent der Hamburger Pädagog_innen entschieden sich (anders als die sog. Oberlehrer) in der geheimen Abstimmung gegen den „Nationalen Block“. Da der Anteil liberaler und sozialdemokratischer Lehrer_innen unter den Mitgliedern der „Gesellschaft“ wesentlich höher als in der Gesamtlehrerschaft lag, ist davon auszugehen, dass bei ihnen die Ablehnung des „Nationalen Blocks“ sogar über 75 Prozent lag.

Die „Hamburger Lehrerzeitung“, Sprachrohr der „Gesellschaft der Freunde“, kommentierte das Wahlergebnis am 18.2.1933 mit den Worten, sie hoffe, die „Sehnsucht [der „Nationalen“] bleibe „für immer ungestillt.“ Hier tauschte sich die

Die Mitgliedschaft im Lehrerverein soll verboten werden.

Die Gewerkschaften gegen Staatsstreich und Sozialreaktion.

Artikelüberschriften aus: HLZ 5/1933

„Befehl die letzte Weisheit“, sie fordere „Gehorsam“ und „Maulhalten“. Sie „tarne ihre politische Gesinnung mit dem Schlagwort ‚national‘“. „Was der Nationalsozialismus von demokratischen Einrichtungen“ halte, habe auch die HLZ oft genug dargestellt. Er versuche die Gewerkschaften „lahmzulegen“, wolle die „Mitgliedschaft“ in freiheitlichen Lehrervereinigungen verbieten, er mache in ähnlicher Weise die „Parlamente arbeitsunfähig“.

Ein Blick auf das Wahlergebnis ergibt den wenig überraschenden Befund, dass es unter Hamburger Lehrer_innen (und den Mitgliedern der „Gesellschaft der Freunde“) 1932/33 auch Konservative, Nationalisten und (etwa 130) Angehörige des „Nationalsozialistischen Lehrerbundes“ (NSLB) gab. Das

Redaktion. Aus einem solchen Irrtum aber die These zu folgern, dass die übergroße Mehrheit der Mitglieder der „Gesellschaft“, die bei einer geheimen Abstimmung im Februar 1933 noch gegen Nazis und „Nationalen Block“ votierte, sich zwei Monate später mit 99 Prozent unter „brausendem Beifall“ begeistert und ohne irgendeinen Zwang den Nazis anschloss, dazu gehörte ein fester Glaube.

JÖRG BERLIN

Bei Interesse bitte weitere

Informationen unter

berlin.joerg@hamburg.de anfordern.

Analphabetismus tut weh

Kinderarbeitsfreie Zone in Mali – Was ist das?

„Alles beginnt mit der Weiterbildung der Lehrkräfte in den Zielregionen“, erklärt Soumeïla H. Maïga, der Koordinator des Gewerkschaftsprojekts. „In den Schulen jedes Dorfes bilden wir die Schulleitung und eine Lehrkraft als Verbindungsperson für das Projekt aus. 474 Lehrkräfte wurden im Laufe dieses SNEC-Projektes schon geschult.

Die Verbindungsperson gründet an ihrer Schule einen „Club gegen Kinderarbeit“ aus gleich vielen Mädchen und Jungen. Die Clubmitglieder führen Aktivitäten zu den Risiken von Kinderarbeit durch, finden in ihrer Nachbarschaft die Kinder, die nicht zur Schule gehen, erforschen die Gründe dafür und teilen diese Informationen der Verbindungslehrkraft ihrer Schule mit, die dann den Kontakt und das Gespräch mit den Kindern und/oder

ihren Eltern aufnimmt.

„Die Fortbildung der SNEC ist hilfreich, weil ich dort gelernt habe, besser mit den Angehörigen der Kinder zu kommunizieren, ihre Beweggründe aufmerksamer anzuhören, bevor ich sie zu überzeugen versuche“ erklärt Verbindungslehrer Noumoutieba Diarra.

Comités de veille und lokale Würdenträger

Diese Ausschüsse ruft die SNEC in jeder Kommune der Projektregion ins Leben. Sie setzen sich zusammen aus den traditionellen und religiösen Dorfchefs sowie Mitgliedern der Frauen-, Arbeitgeber- und Zivilorganisationen. Das Zusammenwirken der Verbindungslehrkraft, des Clubs gegen Kinderarbeit und des Comité de veille führt fast systematisch zur Rück-

kehr des arbeitenden Kindes auf die Schulbank.

Der traditionelle Chef des Dorfes beruft eine Versammlung der Bevölkerung ein. Jede_r hat das Recht, sich zu artikulieren, aber zum Schluss erklärt der Chef, dass im Dorf von nun an Kinderarbeit nicht mehr akzeptiert werde. „Diese Entscheidung der lokalen, von der Bevölkerung sehr respektierten Autoritäten hilft uns sehr, jedes Familienmitglied zu überzeugen, all seine Kinder in die Schule zu schicken“, erklärt Diarra. Yakouba Bagavogo, der Dorfchef und Comité-Präsident von Yéréfouméla erläutert: „Bei jeder Ernte bildet sich eine Jugendgruppe zur gegenseitigen Hilfe. Ein Dorfmittglied, das ablehnt, sein Kind in die Schule zu schicken, kann von dieser Art der Solidarität ausgeschlossen werden; es wird schnell begreifen, dass Bildung eine der Prioritäten unseres Dorfes geworden ist.“

Die Associations de mères d’élèves (AME) unterstützen die Aktionen zur Sensibilisierung. Die Mütter haben in Mali eine Schlüsselrolle in der Erziehung, sie können ihre Ehemänner und Kinder von der Bedeutung der Schulbildung überzeugen“, unterstreicht Soumeïla H. Maïga. Madié Bagavogo, AME-Mitglied in Ouroun, arbeitet mit ganz konkreten Beispielen: „Lehrkräfte, die eine feste Arbeit mit garantiertem Einkommen haben, haben in ihrer Kindheit gut gelernt. Mädchen in der Haushaltsarbeit in Bamako sind vielfältiger Ausbeutung ausgesetzt. Ich schildere das Beispiel einiger Mädchen aus unserem Dorf, die schwanger aus der Stadt zurückkamen und von der Dorfgemein-



Foto: Bildungsinternationale

Für die Überzeugungsarbeit zum Schulbesuch entscheidend: die Mütter

schaft nicht akzeptiert wurden. Diese Beispiele bringen sie zum Nachdenken und sie kommen in die Schule zurück.“

Kadjatou Douna, AME-Mitglied in Syentoula, betont: „Dieses Projekt hat die Lehrkräfte verändert. Sie reagieren sofort, sobald ein Kind der Schule fernbleibt. Das Vorgehen der Lehrkräfte und des Comité de veille verpflichtet die Eltern, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Dank der Unterstützung dieser Menschen konnte ich 2015 meine neunjährige Tochter wieder zur Schule schicken. Ich hatte kein Geld, ihr Schuhe und Schulmaterial zu bezahlen und sie zu Hause behalten. Mein Kind so glücklich und erfolgreich zu sehen, als es wieder die Schule besuchte, hat mich überzeugt, dass ich alles dafür tun muss, dass meine Tochter weiter zur Schule gehen kann.“

Die Mütter-Vertretung in einigen Dörfern hat einen kleinen Unterstützungsfonds geschaffen. Jedes Mitglied zahlt in diesen Fonds pro Woche 100 Fr(CFA), umgerechnet 15 Cent, ein. Das Geld wird von der Schule genutzt, um ein wenig Schulmaterial anzuschaffen und damit Kindern in Not eine kleine Hilfe zu bieten.

Mohamed Keïta, Verbindungslehrer der Schule in Yéréfouméla und die Schulkinder des Clubs gegen Kinderarbeit haben dazu beigetragen, dass 2017 schon neun Jungen und 17 Mädchen ihres Dorfes wieder in die Schule zurückgekehrt sind. Die zwölfjährige Fatoumata ergänzt: „Meine große Motivation, im Club mitzumachen ist, dass durch dieses Projekt die Zahl der Analphabeten in unserem Dorf zurückgehen wird. Wer lesen und schreiben kann, kann seine Angelegenheiten selber regeln und ist nicht auf die Hilfe anderer angewiesen. Analphabetismus tut weh!“ (Bericht vom Juni 2017)



Schulabbruchrate im freien Fall – da freut sich nicht nur der Lehrer

Erfolge auf ganzer Linie

Seit 2015 haben 541 Kinder die Rückkehr auf die Schulbank geschafft. An den vom Projekt betroffenen Schulen befindet sich die Schulabbruchrate im freien Fall. In Syentoula zum Beispiel hat seit einem Jahr kein Kind mehr die Schule verlassen, die schulischen Leistungen der Kinder verbessern sich. „Das ermutigt die Lehrkräfte sehr. Sie haben Unterrichtsunterricht entwickelt, insbesondere für Schüler_innen, die wir reintegrieren.“, sagt der Schulleiter.

Und die Bildungsgewerkschaft SNEC selbst gewinnt mit diesem Projekt. So berichtet der Projekt-Koordinator: „Wir haben dank der angebotenen Fortbildung zahlreiche neue Mitglieder und an Sichtbarkeit und Ansehen in der malischen Gesellschaft gewonnen. Die Teilnahme am Projekt stärkt unsere Lobby für Qualität in der Bildung bei den Behörden. Wir haben erreicht, dass das Thema Kinderarbeit im offiziellen Unterrichtsprogramm der Regierung vorkommt. Dieses Projekt stärkt auch unser Plädoyer für die Integration der kommunalen Lehrkräfte in den öffentlichen Dienst, die Ge-

genstand eines anderen von der Bildungsinternationalen unterstützten Projekts ist. Bis heute konnten wir das bereits für 800 Lehrkräfte mit deutlich besseren Beschäftigungsbedingungen erreichen.“

Diese Erfolge rechtfertigen die Entscheidung, das Projekt fortzuführen und weiter finanziell mit unseren Spenden an fair childhood zu unterstützen. Bitte spendet auch in diesem Jahr und überlegt euch, regelmäßige oder gar Dauerspender_in zu werden.

BRUNI RÖMER
Bildungsinternationalen

Deine Spende wirkt!

Mali: Die nationale Lehrkräftegewerkschaft für Bildung und Kultur (SNEC) beteiligt sich an der Einrichtung und Weiterentwicklung kinderarbeitsfreier Zonen in verschiedenen Regionen. Seit diesem Sommer fördert die GEW-Stiftung fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit dieses SNEC-Projekt. Es ist eines der drei neuen Unterstützungsprojekte der Stiftung.

Angelika Schlichting

Angelika Schlichting wurde 1948 geboren und starb 2017. Eine gute Lehrerin und eine gute GEW-Kollegin und für viele von uns eine gute Freundin. Sie war Entwicklungshelferin in Simbabwe und Tansania. Sie machte wenig von sich her, aber wo immer sie auftauchte, wurde sie nach kurzer Zeit in leitende Funktionen gebeten. Ja, gebeten, denn sie bewarb sich nicht für „höhere“ Postenweihen, das – so fand sie – war nicht das, was sie wollte. In ihrer Gesamtschule Grellkamp – die es nicht mehr gibt – wurde sie von den Kolleginnen und Kollegen gebeten, GEW-Vertrauensfrau zu werden, und sie blieb es für lange Zeit, war „an der Basis“ mehr als geachtet und sie legte sich in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Schule sehr bald mit einem Mit-

glied der Schulleitung an. Dieser sei zu leisererischer nach außen und gegenüber der Behörde, befand sie, zu bräsig, unhöflich vor allem gegenüber Kolleginnen und Elternvertretern, dazu ziemlich faul. Wie sie letztlich obsiegte, könnte ein anderes Mal erzählt werden. Es blieb nicht aus – nein, besser: Es konnte nicht ausbleiben, dass sie für die GEW-Liste bei den Personalratswahlen im Jahre 2000 vorgeschlagen und aufgestellt und natürlich gewählt wurde. Es war dies die Personalratswahl, die, so die Hamburger Morgenpost am 24. Mai 2000, mit einem „Triumph für die GEW“ endete. Sogar das Hamburger Abendblatt befand am selben Tag: „GEW baute Vorsprung aus“. Im Gesamtschulbereich wählten satte 94 Prozent (Angestelltenschaft)



bzw. 79 Prozent (Beamten-schaft) die GEW-Kandidatinnen und -Kandidaten. Unnötig zu sagen, dass es diese Hamburg-weiten Personalräte für die Schulformen „Gymnasien“ und „Grundschulen/Hauptschulen/Realschulen/Sonderschulen“ und „Gesamtschulen“ und „Berufsschulen“ heute nicht mehr gibt, seit die Senatorin Dinges-Dierig (CDU) einige Jahre später mit der Axt durch den schulpolitischen Wald getobt war und – neben einem recht abgehobenen Gesamtpersonalrat – die weitgehende Verinselung der Mitbestimmung mittels der Personalräte an Einzelschulen durchgesetzt hatte. Angelika Schlichting jedenfalls wurde im damals noch bestehenden Personalrat „GS“ schon recht bald gebeten, Leitungsfunktionen zu übernehmen. Dort lernten wir alle sie näher kennen. Scharfsinnig war sie. Unbestechlich und mutig, sagte nicht nur gegenüber manchen Behördenvertretern, sondern auch gegenüber den damaligen Großkopfeten in den PR-Vorständen leise, aber sehr vernehmlich ihre Meinung. Sie lachte viel und verstand nicht, warum einige andere nicht ebenso fleißig und sachkundig und beharrlich waren wie sie. Nicht wenige Kolleginnen und Kollegen verdankten ihre Einstellung

In Liebe trauern wir um meine Frau und unsere Mutter und Oma

Angelika Schlichting

verh. Ernsting

*4. Juni 1948 † 25. Juli 2017

Anokufa awachaye wana afurahi, haifi hayati, tawi hufu uhai hukaa.

The one who dies leaving children let that person rejoice! Life does not die; the branches die, life goes on.

Du fehlst uns.

Andreas Ernsting

Malte Ernsting

Gesche (geb. Ernsting) und Max Finkelmeier mit Levi

Wir haben im kleinen Familienkreis Abschied genommen.

in den Hamburger Schuldienst Angelika Schlichtings Geschick im Umgang mit Behördenvertretern, die sie auch – widerwillig oder nicht – schätzen lernten. Sie beteiligte sich ab 2002 energisch und kompetent am Kampf gegen die Arbeitszeiterhöhung für alle Lehrerinnen und Lehrer. Keinen Spaß verstand sie – das nur nebenbei - bei Mobbing und verletzenden Kollegentratsch, ob an einzelnen Schulen oder in GEW-Kreisen. Und wieder wurde sie gebeten – jetzt war es schon 2006 – für die Lehrerkammer zu kandidieren. Natürlich wurde sie gewählt. Und wieder machte sie sich sehr bald einen Namen im Kreis der GEW- und auch der DL-Vertreterinnen und -Vertreter und in ihrer selbstbewusst

leisen Weise bei den „vorgeladenen“ Behördenmenschchen. Die gemeinsame Sachkenntnis in der Lehrerkammer wurde durch sie erheblich erweitert. Sie erstellte bzw. überarbeitete häufig genug Entwürfe von Stellungnahmen, die die Lehrerkammer zu Behördenvorlagen beschließen wollte. Die Möglichkeit, aus der Mitte der Behörde und des Senats Informationen zu fordern und zu erhalten und diese im „Funktionärskörper“ der Hamburger GEW und in der hLz zu verbreiten, unterstützte sie ausdrücklich. „Ich glaube“, schrieb sie am 12. Mai 2006 in einer Mail dazu, „Katrin (Katrin Blümel, die damalige Kammervorsitzende; B.N.) und der Rest der Truppe (sie meinte sowohl die Leh-

rer-kammer als auch die GEW-Leitung; B.N.) können ruhig mal ein paar deutlichere Worte vertragen.“ Sie sagte die Worte und wir ertrugen sie und hörten auf Angelika und baten sie bald, nicht nur in der Lehrerkammer, sondern auch im Geschäftsführenden Ausschuss und im Landesvorstand der GEW Hamburg leitende Funktionen zu übernehmen. Sie tat es. War ja klar.

Nun ist Angelika tot. Wir trauern um eine selbstbewusste, kluge und mutige Frau. Sie war sehr freundlich.

BERNHARD NETTE
ehemaliger Vorsitzender des
PR Gesamtschulen und ehemaliger
GEW-Fraktionsvorsitzender in der
Lehrerkammer

Aufwerten, führen, entlasten!

Gewerkschaftspolitische und rechtliche Wege für Gleichberechtigung im Schulbereich.“ GEW-Fachtagung FrauenStärken im Schulbereich

Wie können Frauenberufe im Bildungsbe-reich aufgewertet werden? Auf welchen Wegen kommen Frauen in Führungspositionen? Wo-durch werden Teilzeitkräfte effektiv entlastet? Die GEW-Fachtagung befasst sich vom 01.-02.12.2017 in Berlin mit genau diesen gleich-stellungspolitischen und rechtlichen Fragen.

Die Besetzung von Schulleitungen ver-rät viel über den Stand von Vielfalt und Ge-schlechtergerechtigkeit im Schulbereich. Eine genauere Betrachtung lässt Einblicke zu, war-um wer in welche Führungspositionen kommt. Über die „integrierende Perspektive von Gen-der Mainstreaming und Diversity Management bei der Besetzung von Schulleitungen“ wird Prof. Dr. Katja Kansteiner von der Pädagogi-schen Hochschule Weingarten praxisnah infor-mieren.

Rechtliche Mittel sind ein Hebel zur Besei-tigung von Diskriminierung im Schulbereich. Die Aufwertung der Arbeit von Grundschul-lehrerinnen fällt in diesen Zweig. Deshalb werden wir die Frage der Entgeltgleichheit auf

dem Rechtsweg zu A13 / E13 verbinden und uns mit dem Prozess „JA13 – Weil Grund-schullehrerinnen es verdienen“ befassen.

Geschlechtergerechte Arbeit bedeutet au-ßerdem Teilzeitkräfte zu stärken. Unbezahlte Mehrarbeit von Lehrkräften und Arbeitszeit sind ein umkämpftes GEW-Thema. Ausge-wählte Ergebnisse zu Arbeitszeitstudien und Arbeitszeitpolitik liefern daher Handlungso-ptionen. Letztlich wird uns auch beschäftigen, wie aus dem, was wir beraten, eigentlich Poli-tik gemacht wird.

Wir laden Gleichstellungsbeauftragte, Per-sonalrätinnen, Frauenpolitikerinnen, für Tar-iff- und Beamtenpolitik Verantwortliche, im Rechtsschutz Aktive und Interessierte herzlich ein, an der Fachtagung teilzunehmen!

Termin: 01.-02. Dezember 2017

Ort: Hotel Sylter Hof, Berlin

Link zu Programm & Anmeldeformular:

„Aufwerten, führen, entlasten!“

Kontakt: sekretariat.frauenpolitik@gew.de

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Grundschule/Vorschule	30.11.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum A
FG Stadtteilschulen	20.11.2017, 17.30-20.00 Uhr, GBW
FG Berufliche Schulen	04.10.2017, 16.30-18.30 Uhr, GBW 15.11.2017, 16.30-18.30 Uhr, GBW
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bildung ohne Bundeswehr	28.11.2017, 19.30-21.00 Uhr, Raum B
FG Sonderpädagogik und Inklusion	10.10.2017, 18.00-20.00 Uhr, GBW 28.11.2017, 18.00-20.00 Uhr, GBW
FG Hochschule u. Forschung	12.11.2017, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	07.11.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
AG Flucht u. Bleiben	04.10.2017, 18.30-21.00 Uhr, GBW 01.11.2017, 18.30-21.00 Uhr, GBW
Bleiberechtsausschuss	28.11.2017, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
Bildung statt Kinderarbeit	14.11.2017, 16.00-18.00 Uhr, Raum C
Friedensausschuß	12.10.2017, 18.00-21.00 Uhr, Raum B
BG Ruheständler	04.10.2017, 10.15-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	16.11.2017, 17.00-19.00 Uhr, GA-Zimmer
AG Schulleitungen	06.11.2017, 18.00-20.00 Uhr, GA-Zimmer
Sportausschuss	05.10.2017, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
AG Kindheitspädagogik	In der Geschäftsstelle nachfragen
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	06.11.2017, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 009
Bildungsclub	02.11.2017, 19.00-21.00 Uhr, GA Zimmer

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/> mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: hlz / Pieter Bruegel d.Ä., (Ausschnitt)
Fotomontage: Jason Tsikas

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign.ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign.ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 11/2017: 1.11.2017



Das HLZ-Rätzel

HAMBURG bei der Wahl vorn

Kaum zu glauben: Wie eine Nachrichtenseite berichtet, belegt Hamburg einen Spitzenplatz bei der Bundestagswahl – dies allerdings nicht beim Abstimmungsverhalten!

Welche Besonderheit zeichnet einen Hamburger Wahlkreis aus?

- A) die reichsten Menschen
- B) die wenigsten Ausländer_innen
- C) die meisten Schulabbrecher_innen
- D) die meisten Abiturient_innen
- E) die meisten Autos

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 31.10.2017 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Zu gewinnen gibt es eine Führung im Hamburger Rathaus für zwei Personen einschließlich Cappuccino im Café Paris um die Ecke. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Bildnachweis: Ralf Roletschek/roletschek.at



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist der Radweg auf dem Elbestrand in Övelgönne. Diese Idee wurde als Konzept zur Verbesserung des Elberadwegs vorgelegt und jetzt mit großer Mehrheit beim Bürgerentscheid im Bezirk Altona abgelehnt. Als Gewinnerin ermittelten wir Eva Rodriguez. Sie erhält einen Gutschein für die Övelgönner Strandbar Ahoi und kann den Strand bei 5 Radlern oder anderen Getränken genießen. Wir gratulieren!

MH/MK

bleibt ohne Radweg: der Elbestrand in Övelgönne

Aus: freies Morgenpost v. 18.9.2017



Aus der Nachlese...

Ein bisschen ist es wie im Theater, wenn der Vorhang noch geschlossen ist und man der Dinge harret, die da kommen. Wieder sitze ich am Vorabend eines nicht unbedeutenden Ereignisses am Computer und schreibe diese Zeilen. Jetzt ist es die Bundestagswahl, bei der letzten Ausgabe war es das G20-Treffen. Zum letztgenannten Ereignis hab' ich halt noch das Bedürfnis etwas zu sagen.

Ich schick' mal vorweg, dass ich die Ereignisse rund um den G20-Gipfel nur aus der Ferne, sprich im Fernsehen, mitverfolgt habe. Als ich am Sonntag nach Hamburg zurückkam, war ja kaum noch was von dem Ungemach zu sehen. „Papi, Papi, nun sei mal nicht mehr so böse, wir räumen auch gleich alles schön wieder auf, was unsere Freunde angerichtet haben!“, so mein Gefühl zu der natürlich wohlgemeinten Initiative von Menschen, für die das der ganzen Sache inwohnende Konfliktpotenzial scheinbar unerträglich war.

Ich landete am Sonntagabend auf einer Geburtstagsfeier, auf der die Ereignisse natürlich das große Thema war. Und da ich wohl von einigen Gästen als Protagonist wahrgenommen wurde, der die Notwendigkeit eines Protestes, auch eines lautstarken, nicht in Zweifel zieht, war die Frage klar, die auf mich wartete: „Was sagst du zu dieser Gewaltorgie?“ Auch auf die Gefahr hin, dass meine Antwort als zu diplomatisch wahrgenommen werden könnte, antwortete ich, dass ich froh sei, dass niemand scheinbar ernsthaft zu Schaden gekommen sei.

Und das meine ich bis heute. Ganz gleich, ob die Polizei im Einzelnen taktisch Fehler gemacht hat: dies ist ein Kompliment an die Politik, die es trotz

der Scharfmacherei vieler Medien geschafft hat, den Protest zu kanalisieren. Da dies aber in den Augen Mancher zu negativ klingen mag, sage ich auch: Es ist ein Kompliment an unsere demokratisch verfasste Gesellschaft, dass dies in dieser Form möglich war. So wie ich es für absolut legitim halte, dass eine demokratisch gewählte Regierung das Recht hat, solch eine Veranstaltung mitten in einem urbanen Stadtteil wie der Schanze durchzuführen – ich weiß, dass es nicht wenige Stimmen gibt, die da anderer Meinung sind –, so weiß ich es zu schätzen, dass das Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch dann geschützt ist, wenn in einer Schönwetter-Demokratie Wolken zu sehen sind. Denn so muss man es ja wohl sehen, wenn ein Teil der Protestierenden das Motto ‚welcome to hell‘ ausgibt.

Ein besseres Motto hätte es für die Medien ja gar nicht geben können. Nach Sensationen lechzend, konnten sie endlich mal aus ihrem langweiligen Tagesgeschäft ausbrechen. Die meisten Kommentare danach hab' ich deshalb auch als verlogen wahrgenommen, wenn die lauterer Formen des Protestes immer gleich als Suada der Gewalt charakterisiert wurden. Das reizt zum Widerspruch. Ganz im Brecht'schen Sinne möchte man fragen: Was ist schon das Abbrennen eines SUVs gegen die Herstellung dieser Dreckschleudern? Und von wegen, das Ganze habe den Ruf Hamburgs geschadet! Ich behaupte das Gegenteil: Sofern die Bilder rauchender Säulen - letztendlich von brennenden Sofas und ein paar Autoreifen - über der Stadt durch die Welt gingen, wird nicht zuletzt bei denen, die unter der Politik derjenigen, die da versammelt waren, besonders



Sollte unsere Überschrift in der letzten Ausgabe, Von Bulimie zur Bullerei, Irritationen ausgelöst haben, so verweise ich auf den im Auge des Taifuns in der Schanze gelegenen Beef-Tempel von Tim Mälzer

leiden, sich eher ein Gefühl der Genugtuung eingestellt haben. Und all jene Bürger_innen dieser Welt, die als weltoffene Menschen die Entwicklung der Globalisierung kritisch begleiten, werden Hamburg als den Ort im Gedächtnis bewahren, in dem die Jugend ein deutliches Signal gegen weltweite Ausbeutung und Unterdrückung gesetzt hat. Dies verstehe ich unter dem so oft für Hamburg herbei gewünschten Attribut weltoffen!

Wenn jetzt, wie von einigen auch im DGB gefordert, nochmals eine Aufarbeitung und Diskussion rund um die Ereignisse des Gipfels gefordert wird, so halte ich dies nicht für vorwärtsweisend. Die gegenseitigen Schuldzuweisungen werden bleiben, weil es in der Sache selbst immanente Widersprüche gibt. Insofern gilt, was jeder Fußballtrainer vom gerade gelaufenem Spiel hält: Nach der Demonstration ist vor der Demonstration.

JOACHIM GEFFERS

PS: Nun ist der Vorhang, was die Bundestagswahl angeht, doch noch aufgegangen. Wie ich es vor den Sommerferien prognostiziert hatte, werden wir wohl nun von Rastafaris regiert.

Inklusion



Materialien

für die Lehrkräfte in der Klasse
(z. B. Heft Klassenförderplanung,
Best.-Nr. 9095-1226, Screening) und
beteiligte sonderpädagogische
Fachkräfte zur Unterstützung in den
Klassen und bei individueller
Förderung (z. B. Heft Förderplan und
Dokumentation, Best.-Nr. 9095-1228).

Bei uns erhältlich!

www.schulorganisation.com

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flöttmann & Langenkämper

Körperorientierte Psychotherapie
Traumatherapie 
Musiktherapie 

- ◆ Freude am Leben
- ◆ Selbstvertrauen
- ◆ Zufriedenheit

Dipl. Mus. Andreas Merk
Psychotherapie HPG, Lehrer
Privatkasse und Beihilfe

Telefon: 040/3009 3736 ◆ www.andreasmerk.de



Wir machen uns stark
für Ihre Gesundheit
gesetzlich und privat



Traditioneller Partner des
öffentlichen Dienstes

Debeka **BKK**

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Debeka – anders als andere

56027 Koblenz
Tel. (02 61) 9 41 43-0
www.debeka-bkk.de

Landesgeschäftsstelle Hamburg
Holzdamm 42
20099 Hamburg
Telefon (040) 24 82 18 - 0



www.debeka.de/socialmedia

ANZEIGE **Debeka**

Servicestärke ist wichtig

So funktioniert der größte private Krankenversicherer in Deutschland

Fast zwei Millionen Beamte inklusive ihren Familienangehörigen sind Mitglieder der Debeka, des größten privaten Krankenversicherers in Deutschland. Kommunalbeamte selbst haben im Jahr 1905 den Debeka Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit gegründet, damit ihnen kein finanzielles Fiasko im Krankheitsfall droht. Die Debeka hat ihre Tarife schon immer auf die Bedürfnisse von Beamten zugeschnitten, abgestimmt auf die Beihilfe oder die freie Heilfürsorge des jeweiligen Dienstherrn.

Schneller per App

Neben einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis zählt für viele die Servicestärke. Wichtig: das schnelle Bearbeiten der Leistungsaufträge. Mit einer Leistungs-App können Krankenversicherte Rechnungen und Belege direkt online übermitteln. Um den individuell optimal passenden Versicherungsschutz zu finden, setzt die Debeka allerdings nach wie vor auf die persönliche Beratung.

Viele Vorteile

Privatversicherte genießen eine dauerhafte Leistungsgarantie. Weder der Versicherer noch die Politik können vertraglich zugesagte Leistungen kürzen. Mitglieder profitieren beispielsweise von einem Ein- oder Zweibettzimmer im Krankenhaus sowie der Behandlung durch den Chefarzt oder Spezialisten. Zudem können sie unter den niedergelassenen und approbierten Ärzten frei auswählen, wer sie behandelt. Auch bei der Suche nach einem Arzt oder Krankenhaus gibt es Hilfe. Hinzu kommen verschiedene Versorgungs- und Betreuungsprogramme.

Bezahlbarkeit im Alter

Mit dem Alter steigt das Risiko zu erkranken, damit nehmen auch die Kosten zu. Diese Entwicklung kalkulieren die privaten Krankenversicherer von Anfang an ein, indem sie einen Teil des Beitrags als Alterungsrückstellungen anlegen. Damit werden später die höheren Leistungen finanziert sowie Beitragsanpassungen gedämpft. Für Beamte im Ruhestand erhöht sich der Beihilfeszatz in der Regel, dadurch sinkt der Beitrag.

So minimieren Arbeitnehmer Zuzahlungen

Angestellte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst müssen sich gesetzlich krankenversichern. Das ist zum Beispiel bei der Debeka Betriebskrankenkasse (BKK) möglich. Sie gehört zu den am stärksten wachsenden Kassen in Deutschland – und hat die niedrigsten Verwaltungskosten innerhalb der Branche. Auf Kassenpatienten können erhebliche Zuzahlungen zukommen. Damit diese im Rahmen bleiben, gibt es private Zusatzversicherungen, die – je nach Wunsch – im ambulanten und stationären Bereich, im Pflegefall, bei Zahnersatz beziehungsweise bei Auslandsreisen greifen.

Nähere Informationen finden Interessierte in der Debeka-Geschäftsstelle vor Ort oder auf www.debeka.de.



Institut für Weiterbildung
Hamburg-Altona

So kann Inklusion gelingen!

Weiterbildung Integrative Lernförderung & Lerntherapie

Start in Hamburg: 26. Januar 2018 | 6. April 2018

Basisausbildung „Achtsamkeit mit Kindern“

Start 9. Februar 2018

Infos und Anmeldung unter www.kreisel-hamburg.de

Öffentliche Zuschüsse möglich!

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–



Erlebnis-Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz: Teamentwicklung für Schulklassen

- * Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- * Training im Hochseilgarten Malente
- * Ein Tag im Outdoor-Camp / GPS-Rallye

www.cjd-malente.de

Godenbergstr. 7b, 23714 Malente, Fon 04523/9916-0, info@cjd-malente.de

Bildung statt Kinderarbeit!

Eine Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Spendenkonto *fair childhood*: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00, BIC: BFSWDE33MUE

www.fair-childhood.de



Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in heilungsförderlichem Ambiente einen erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, individuell auf Ihre Bedürfnisse ausgelegt.

Indikationen: Depressionen, Angst und Panik, Essstörungen, Er schöpfungssyndrom („Burn-Out“), Tinnitus, Zwänge, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzsyndrome

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Infos unter Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14 • 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de • E-Mail: info@schlossklinik.de



**Klinik am
Leisberg**
BADEN-BADEN



Von hier an geht es aufwärts;

Ein wunderschönes Ambiente in einer besonderen Stadt ist der freundliche Rahmen für unser Therapieangebot in privater Atmosphäre. Hier können Sie sich wohlfühlen und gesund werden!

Indikationen: Depressionen, Burn-Out, Ängste und Panik, Essstörungen, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Schmerzen und psychosomatische Erkrankungen, Zwänge

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Telefon: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Hier könnte
Ihre
private oder
gewerbliche
Anzeige stehen!

albersdesign
Mediengestaltung
+ Druckproduktion
Anzeigenverwaltung

04101-842 671
ca@albers.design





HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
gegründet 1897

**Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg für alle pädagogisch Tätigen
sowie deren Angehörige**



Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme
(inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr Hausrat ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert.

Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen:
 Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen,
 Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €.
 Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu
 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme.

Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit
 bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
 040 333 505 14 (Tobias Mittag) 040 796 128 25 (Georg Plicht)
 040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)

www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) - info@h-l-f.de

06/2010
Stiftung Warentest:
**Unter den zwei
günstigsten Hausratversicherungen
für Großstädte ab
500.000 € w.**
Im Test: 134 Hausratversicherungen mit
Fahrradschutz bis 1.300 €

Niemand redet mehr von Berufsverboten – wir schon! 45 Jahre Berufsverbote – es ist an der Zeit!

Die GEW Hamburg nimmt den fünfundvierzigsten Jahrestag des Radikalenerlasses zum Anlass, eine Veranstaltung zum Thema Berufsverbote durchzuführen, um das immer noch nicht abgeschlossene und sogar weiterhin aktuelle Thema politisch aufzugreifen, einen Austausch unter den Betroffenen zu ermöglichen und Bilanz über das Erreichte in den einzelnen Bundesländern zu ziehen.

Aktuelle Fälle in Heidelberg und München zeigen das, wenn auch in der Dimension verminderte, Fortleben der Repressionspraxis als Teil staatlicher Räson auf; linke Praxis kann noch immer und erneut zur Nichteinstellung im öffentlichen Dienst führen. Sie wird oft nicht als direktes Verbot ausgesprochen, sondern über politische Einschätzungen des Verfassungsschutzes als Teil der Innenministerien legitimiert. Auf diese Weise wird ein effektiver Rechtsschutz verhindert. Politisches Ziel bleibt daher, eine Beendigung der kollektiven Verfolgung linker demokratischer Kräfte durchzusetzen und die politische und materielle Rehabilitierung der vom Berufsverbot Betroffenen zu erreichen.



Freitag, 3. November 2017, 16-21 Uhr

Hamburg, Curio-Haus, ABC, Rothenbaumchaussee 15

